

# Stenographisches Protokoll.

## 11. Sitzung der II. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 25. April 1947.

### Inhalt.

1. Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten (S. 269).
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 269).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 269).
4. Verhandlung:
  - Spezialdebatte zu Kapitel VI, Landeskultur: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 270); Redner: Abg. Glaninger (S. 270), Resolutionsantrag Abgeordneter Glaninger (S. 272), Abg. Mentasti (S. 273), Abg. Bachinger (S. 280), Landesrat Abgeordneter Gerner (S. 282), Abg. Reif (S. 283), Abg. Etlinger (S. 286), Abg. Wondrak (S. 290), Landeshauptmannstellvertreter Popp (S. 292), Abg. Bogenreiter (S. 292), Landesrat Abg. Steinböck (S. 293), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 302); Abstimmung (S. 302).
  - Spezialdebatte zu Kapitel VII: Wirtschaftsförderung: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 303); Redner: Abg. Götzl (S. 303), Abg. Nimetz (S. 304), Abg. Endl (S. 305), Abg. Staffa (S. 306), Abg. Tesar (S. 307), Abg. Kuba (S. 308), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 308); Abstimmung (S. 308).
  - Spezialdebatte zu Kapitel VIII: Straßen- und Brückenbauten: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 308); Redner: Abg. Schwarzott (S. 308), Abg. Stern (S. 309), Abg. Kaindl (S. 310), Abg. Legerer (S. 311), Abg. Dr. Steingötter (S. 312), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 312); Abstimmung (S. 313).
  - Spezialdebatte zu Kapitel IX, Wasserbauten: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 313); Redner: Abg. Wallig (S. 313), Abg. Staffa (S. 314), Abg. Theuringer (S. 314), Abg. Nimetz (S. 315), Abg. Endl (S. 315), Abg. Kuba (S. 315), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 316); Abstimmung (S. 316).
  - Spezialdebatte zu Kapitel X, Vermögen und Schulden: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 316); Abstimmung (S. 316).
  - Spezialdebatte zu Kapitel XI, Finanzverwaltung: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 316); Abstimmung (S. 316).
  - Spezialdebatte zu Kapitel XII, Verschiedene Ausgaben und Einnahmen: Berichterstatter Abgeordneter Kuchner (S. 316); Redner: Abg. Findner (S. 316), Resolutionsantrag Abg. Findner (S. 317), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 317); Abstimmung (S. 317).
  - Außerordentlicher Voranschlag 1947: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 317); Abstimmung (S. 317).
  - Wiederaufbauvoranschlag 1947: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 317); Redner: Abg. Zach (S. 317), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 318); Abstimmung (S. 318).
  - Schlußworte zum Voranschlag: Landesrat Haller (S. 318), Abg. Vesely (S. 319), Präsident (S. 319).
  - Antrag des Finanzausschusses, betreffend die Errichtung eines zentralen Beschaffungsamtes im

Schoß der Landesverwaltung; Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 319); Abstimmung (S. 320).  
Antrag des Finanzausschusses, betreffend die Errichtung eines Amtes für Wiederaufbau im Rahmen der allgemeinen Landesverwaltung; Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 320); Abstimmung (S. 320).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend die Errichtung eines Amtes für Verwaltungsorganisation; Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 320); Abstimmung (S. 320).

Antrag des Finanzausschusses, betreffend Gewährung von Darlehen für Zwecke des Wiederaufbaues und Übernahme des Zinsendienstes; Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 320); Abstimmung (S. 320).

**PRÄSIDENT (um 9 Uhr 15 Min.):** Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich wegen Krankheit entschuldigt die Herren Abgeordneten Naderer, Romsy und Kaufmann.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

**SCHRIFTFÜHRER (liest):** Zusatzbericht der Landesregierung, betreffend Zuweisung von Schuhwerk für die Schulkinder Niederösterreichs.

Präsidium des Vorarlberger Landtages, betreffend Resolution des Vorarlberger Landtages wegen Wahrung der Länderrechte.

Antrag der Abgeordneten Stern, Dr. Steingötter, Steirer, Gaßner, Zettel und Genossen, betreffend die Wiederinstandsetzung der sogenannten Staasdorfer Wehr im Kleinen Tullnbach.

Antrag der Abgeordneten Stern, Dr. Steingötter, Steirer, Gaßner, Zettel und Genossen, betreffend die Wiedererrichtung der Straßenbrücke über die Donau in Tulln.

Antrag der Abgeordneten Stern, Dr. Steingötter, Steirer, Gaßner, Zettel und Genossen, betreffend die Kanalisierung der Bezirksstraßen Nr. II/244 und Nr. I/38.

Antrag der Abgeordneten Stern, Dr. Steingötter, Steirer, Gaßner, Zettel und Genossen, betreffend die Pflasterung eines Teiles der Bezirksstraße II. Ordnung Nr. 242 (Staasdorfer Straße) und der Bezirksstraße III. Ordnung Nr. 13 (Frauenhofner Straße) als Einfallstraßen der Stadt Tulln und Änderung der Straßentrasse hinsichtlich Einmündung

beider Straßen in die Bezirksstraße Nr. II/244 (Königstettner Straße).

Antrag der Abgeordneten Grafeneder, Dr. Steingötter, Staffa, Zettel, Wondrak und Genossen, betreffend die Schaffung eines Landessportgesetzes zur Förderung und Leitung des Sportwesens im Land Niederösterreich.

PRÄSIDENT (*nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse*): Wir nehmen die Beratungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 wieder auf.

Ich ersuche den Herrn Referenten Abgeordneten Kuchner, zu Kapitel VI, Landeskultur, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zu Kapitel VI, Landeskultur, wäre zu berichten, daß bei Titel 2 als neuer § 16 für Stipendien an begabte Schüler der Betrag von 70.000 S einzusetzen wäre. Demnach erhöhen sich die Ausgaben im Sachaufwand von 3,739.300 S auf 3,809.300 S und die Summe der Ausgaben von 4,130.500 S auf 4,200.500 S. Die Einnahmen betragen 746.100 S, so daß die Nettoausgaben sich unter Berücksichtigung der Erhöhung des Sachaufwandes um 70.000 S auf 3,454.400 S stellen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Beratung zu diesem Kapitel einzuleiten.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Glaninger.

Abg. GLANINGER: Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Herren! Wenn ich mich zum Kapitel VI zum Wort gemeldet habe, so deshalb, weil all mein Fühlen und Denken der Landwirtschaft gilt.

Mein Grundsatz ist seit eh und je: Der Besitz von Grund und Boden verpflichtet! Der Boden ist so zu betreuen und zu bebauen, daß die Allgemeinheit möglichst viel davon hat. Ich verurteile jede Art von Schleich- oder Tauschhandel und kann Ihnen auch sagen, in mein Haus kommen keine Hamsterer, weil sie wissen, es wäre zwecklos.

Sehr weh tut es uns Bauern, so oft hören und lesen zu müssen: die Bauern erfüllen nicht ihre Pflicht! Ich muß feststellen, daß der Großteil der Bauern die Ablieferungspflicht erfüllt. Nur wenige Prozent sind es, die sich außerhalb der Reihe stellen und dies sind die Unbelehrbaren, die es ja schließlich in jedem Berufe gibt. Ich bin auch damit einverstanden, daß solche Menschen empfindlich bestraft werden, wenn man nachweisen kann, daß ihre Handlung aus Eigennutz geschehen ist. Denn meine Meinung ist, aus der Not der Zeit darf niemand einen Nutzen ziehen und es muß das zu Unrecht erworbene Geld abgeschöpft werden. Daß

dies der Fall sein wird, hat uns die Schillingverordnung gezeigt und es wird dies auch die Vermögensabgabe zeigen. So mancher kam klagend zu dem Mandatar wegen der hohen Einkommensteuer. Wenn aber ein Mensch von einem Jahr zum andern sein Vermögen um so und so viel vermehrt hat, so hat er das Geld irgendwie eingenommen und muß hierfür Steuer bezahlen.

Bei meinen Versammlungen sage ich: Bauer, du mußt alles Überflüssige abliefern, denn der Arbeiter an der Werkbank oder der Schaffende, sei es wo immer, mit einem Wort der Mensch, der wirklich arbeitet, hat dasselbe Recht zu leben wie du! An den Nichtstuern allerdings haben wir kein Interesse, und es kann dies auch kein anständiger Mensch haben. Ein altes Sprichwort sagt: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Der Bauer ist in der überwiegenden Mehrheit gewillt, seine Pflicht zu erfüllen! Ich muß Sie aber bitten, bei Ihren Anhängern dahin zu wirken, daß man ihn nicht allein bei seiner schweren Arbeit läßt. Trachten Sie, daß sich im heurigen Sommer möglichst viele Städter, vor allem die Bediensteten der Bundesbahnen, die ja dreimal so viel Personal haben bei einem Sechstel des Verkehrs gegen früher, der Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Es werden sicher Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Helfern Lebensmittelzubeußen zu geben.

Für das landwirtschaftliche Schulwesen habe ich sehr viel übrig. Der Herr Abgeordnete Dubovsky hat gesagt, daß so und so viele Anträge im Hohen Haus keine Erledigung fanden. Ich habe noch wenig Anträge gestellt, dafür aber Taten gesetzt. Zum Beispiel habe ich innerhalb von elf Monaten durch Aufgreifen einer Möglichkeit, selbstverständlich im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen, eine landwirtschaftliche Mittelschule für Mädchen, der ersten und einzigen Anstalt in Österreich, in Soos bei Loosdorf, aufbauen geholfen. Diese Schule besuchen in drei Jahrgängen 80 Mädchen aus allen Bundesländern. Sie sollen dort zu Lehrerinnen für die Fortbildungsschulen oder zu Wirtschaftlerinnen und Lehrerinnen für die Haushaltungsschulen als auch zu tüchtigen Bäuerinnen herangebildet werden. In dem gleichen Hause ist auch eine Haushaltungsschule für Mädchen mit halbjährigem Unterricht. Für die landwirtschaftliche Mittelschule als auch für die Haushaltungsschule haben wir viele Anmeldungen, so daß man daran denkt, eine weitere solche Schule zu errichten. Das Gut Soos hat mir der Herr Oberst Kostkin im Einvernehmen mit seiner vorgesetzten Behörde übergeben. Es handelt sich um ein Schloß und einen Meierhof mit Nebengebäuden mit einem

Grundaussmaß von 56 ha Äcker und Wiesen sowie zirka 70 ha Wald. Ich kann Ihnen sagen, wir haben die Gebäude zu einer Idealschule für die Jugend ausgebaut und lade ich Sie ein, sich diese zu besichtigen. Von dieser Stelle aus möchte ich der Besatzungsmacht für ihr so großes Entgegenkommen und Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft herzlichst danken; es zeigt, daß man bei gutem Einvernehmen so manches erreichen kann.

In unserem Bezirk hatten wir auch eine Burschenschule. 1945 flüchtete der Direktor dieser Anstalt, der zugleich Stabsleiter der Kreisbauernschaft Melk war, und so ging beinahe das ganze Inventar der Schule verloren. Was gerettet werden konnte, besorgte die Lehrerin der Haushaltungsschule, Fräulein Zuleger, und ich möchte auch ihr öffentlich Dank sagen. Diese geretteten Sachen waren der Grundstock für die Einrichtung der Schule in Soos. Bei der Eröffnung dieser Schule bat ich den Herrn Landeshauptmann und Kammerpräsidenten, die Errichtung einer Genossenschafts- und Burschenschule wieder zu ermöglichen, die wir bis 1938 in Loosdorf hatten. Am 14. d. M. besichtigten wir einige Objekte und wurde das Gut Sitzental mit zirka 70 ha Grund für die Errichtung einer solchen Schule als geeignet befunden und so werden wir im Herbst wieder eine Genossenschafts- und Burschenschule haben. Von 1924 bis 1938 besuchten die landwirtschaftliche Schule in Loosdorf rund 500 Bauernsöhne und zirka 1500 Funktionäre der verschiedenen Genossenschaften. Was eine solche Schule für das ganze Land bedeutet, werden Sie ja ermessen können.

Über was ich jetzt sprach, betraf die Schulen der Landeslandwirtschaftskammer. Nun komme ich zu den landwirtschaftlichen Landesschulen.

Welche Aufgabe diesen Schulen zufällt, ist aus dem vorher Gesagten zu ersehen. Ich bin der Meinung, der Besuch einer landwirtschaftlichen Schule sollte nicht nur für die bäuerliche Jugend, sondern auch für die Kinder der Landarbeiter Pflicht werden. Die landwirtschaftlichen Schulen, die bekanntlich durch die Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse schwer heimgesucht wurden, konnten im Vorjahr bis auf zwei soweit eingerichtet werden, daß sie den Schulbetrieb aufnehmen konnten. Noch nicht eröffnet sind die Schule in Pyhra bei St. Pölten, die bis Juli 1946 von der Besatzungsmacht belegt war, und jene in Bruck an der Leitha, die erst heuer im Jänner freigegeben wurde. In Edelhof, das zur Gebietschule des Waldviertels ausgebaut wird, wurde bereits der erste Lehrgang der Gebietschule abgeschlossen. Die Schulwirtschaft von

Edelhof hatte ihren gesamten Viehstand eingebüßt, und zwar fast 100 Rinder, 70 Schweine und 10 Pferde. Es ist gelungen, bis Ende 1946 einen Viehstand von 70 Rindern, 28 Schweinen und 12 Pferden wieder aufzubauen.

An der landwirtschaftlichen Schule in Gießhübl bei Amstetten, die bis September 1946 als Spital für geschlechtskranke Frauen in Verwendung stand, wurde der durchlaufende Jahrgang der Gebietschule eröffnet und daneben noch ein Lehrgang für Kriegsversehrte aus der Landwirtschaft.

Auch Ober-Siebenbrunn im Marchfeld, das sämtliches Inventar der Schule und Wirtschaft dadurch eingebüßt hat, weil sich der gesamte Lehrkörper nach dem Westen abgesetzt hat, konnte im Vorjahr als Gebietschule für das Marchfeld eröffnet werden.

Die Weinbauschule Retz wurde in eine einjährige Schule mit Internat umgestaltet. Auch die Lehranstalt Weigelsdorf konnte als einjährige Ackerbauschule im Juni 1946 wieder den Schulbetrieb aufnehmen. Auch drei landwirtschaftliche Haushaltungsschulen wurden 1946 eröffnet, und zwar Unterleithen bei Hollenstein, Unternalb bei Retz und Korneuburg. Letztere Anstalt wurde erst im Juni 1946 von der Besatzungsmacht freigegeben. Es ist demnach dem Referat gelungen, im abgelaufenen Jahr fast sämtliche Lehranstalten wieder in Betrieb zu nehmen, freilich teilweise sehr behelfsmäßig, und es wird daher die Wiedereinrichtung im heurigen Jahr und auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden müssen. Die für den Wiederaufbau im Jahre 1947 vorgesehenen Beträge für die unbedingt erforderlichen Arbeiten werden jedoch infolge der laufenden Erhöhung der Baukosten kaum ausreichen. Auch die für den normalen Viehzukauf veranschlagten Beträge sind überholt. Aber auch die im ordentlichen Voranschlag für die Schulwirtschaften vorgesehenen Beträge werden nicht ausreichen, wenn nicht ein entsprechendes Verhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte und den Kosten der Betriebsmittel und den Löhnen geschaffen wird. Grob gerechnet kann man sagen, daß die Beträge eine 50%ige Steigerung erfahren müßten. Ich möchte diesbezüglich keinen Antrag stellen und möchte nur anregen, daß allfällige Überschreitungen aus nicht ausgenützten Mitteln anderer Kapitel Deckung finden sollten.

Die nächste Stufe, die wir haben, sind die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Es wurden heuer nahezu 200 Fortbildungskurse in Niederösterreich abgehalten. Es ist selbstverständlich, daß diese Kurse in den nächsten Jahren soweit vermehrt werden müssen, daß der ganzen landwirtschaftlichen Jugend die

Möglichkeit der Fortbildung gegeben ist, und zwar insoweit, bis wir soweit sind, um durch die Schulpflicht der ganzen landwirtschaftlichen Jugend den Berufsschulbesuch zu ermöglichen.

Was für die Landwirtschaft die Landeslandwirtschaftskammer bedeutet, werden alle Bauern selbst wissen. Die Tätigkeit der Landeslandwirtschaftskammer hat eine ungeahnte Entwicklung bis 1938 in der Landwirtschaft hervorgerufen. Ich bin davon überzeugt, daß wir dank der Bauernkammer auch die jetzigen Krisen, und zwar schneller als nach dem ersten Weltkrieg, überwinden werden. Ich möchte nur erwähnen, daß wir heute schon mehr Milch nach Wien als im Jahre 1926 liefern, und Sie können überzeugt sein, daß wir in, sagen wir, zwei Jahren, wenn man uns die nötigen Dinge zur Verfügung stellt, den Stand von 1937 erreicht haben werden. Nach einer Zeitungsnotiz vom Februar 1938 haben wir im Jahre 1937 in Österreich eine Kuhmilcherzeugung von 2,5 Milliarden Kilogramm bei einem Gesamtviehstand von 1,2 Millionen Stück gehabt, was einer Ablieferung von 2100 kg je Kuh entspricht. Die Erzeugung an Butter betrug 22.500 t und die an Käse 32.000 t. Der Ausfuhrüberschuß betrug 12 Millionen Kilogramm Milch und Rahm, 3500 t Butter, 3900 t Käse und 300 t Milchpulver. Dies zusammen entspricht einer Vollmilchmenge von 200 Millionen Kilogramm. Auf den Kopf der Bevölkerung kam ein Verzehr von 190 kg Milch, 2,8 kg Butter und 4,2 kg Käse pro Jahr. Daraus ist ersichtlich, daß die Bevölkerung hauptsächlich Schweinefett, Margarine sowie Öl verbrauchte. Die Landwirtschaft hat in den besten Zeiten das Brotgetreide bis zu 78% des Bedarfes der Bevölkerung zur Verfügung gestellt, in anderen Nahrungsmitteln bis zu 100%. Wir wissen, daß nach einigen Jahren die Zeit da sein wird, wo wir mit Lebensmitteln, vor allem mit Getreide überschwemmt sein werden. Die Vorsorge der Kammern setzt daher heute schon ein, indem sie die Bauern auf die kommenden Nöte weist und ihnen sagt, daß rechtzeitige Planung und Umstellung nötig ist. Daher die jetzt schon einsetzende Ausweitung des Gemüsebaues, Errichtung von Gemüseverwertungsgenossenschaften mit Konservenfabriken, damit überschüssige Ware konserviert werden kann. Es geht in der Folge um den Wiener Markt. Wir müssen die Großstadt besser mit Gemüse versorgen. 1946 entfiel auf den Kopf der Wiener Bevölkerung nur eine Gemüsemenge von 16 kg, was gänzlich unzulänglich ist. Die Bezirksbauernkammer Melk z. B. hatte 1946 einen Gemüseanbau von 20 ha,

hingegen 1947 einen Anbau von 40 ha. Dieser Anbau muß sich aber in den nächsten Jahren noch erhöhen.

Was die Zuckerrübe anbelangt, so hatten wir 1945, mit Ausnahme in Enns, keine Zuckererzeugung. 1946 erzeugten wir schon 23.500 t und für heuer rechnet man bei einem Anbau von 20.000 ha mit einem Zuckeranfall von vielleicht etwas mehr als 50.000 t. Wenn wir die nötigen Saisonarbeiter erhalten, so könnten wir im nächsten Jahr und 1949 wieder voll aus eigenem versorgt sein. All dies zu erreichen, ist unser innigstes Bestreben, doch müssen manche Voraussetzungen erst geschaffen werden, wie Zuteilung von Kunstdünger, Nutzvieh, Zugtieren, Maschinen und schließlich Versorgung der arbeitenden Bevölkerung auf dem Lande mit Kleider, Wäsche und vor allem mit Schuhen. Auch müssen wir das Kontrollrecht über die Erzeugung in der Industrie und im Gewerbe verlangen, da man ein solches auch bei uns ausübt.

Was die Frage des zweiten Marktes anbelangt, so bin ich persönlich der Ansicht, daß hier sehr vorsichtig zu Werk gegangen werden muß, damit der Schleichhandel nicht legalisiert wird. Ich bin vielmehr der Ansicht, es kommt der Landwirtschaft, nachdem sie durch fast ein Jahrzehnt mit Verlust arbeiten mußte, nicht so sehr darauf an, ob es noch ein Jahr so sein soll, sondern daß sie endlich aus dem Hitlerischen Zwang heraus und zur freien Wirtschaft kommt.

Herr Präsident Mentasti hat die Verteilung der Prämien an die landwirtschaftlichen Dienstnehmer gerügt; ich selbst bin damit auch nicht zufrieden und möchte für heuer die kostenlose Abgabe von Schuhen für Landarbeiter mit zehnjähriger Dienstzeit anregen.

Zu Titel 5 möchte ich nur sagen, in allen zehn Paragraphen könnte derzeit schon noch mehr gemacht werden, weil es sich hier vielfach um Erdarbeiten handelt, bei denen kein großer Materialverbrauch ist. Ich stelle daher folgenden Resolutionsantrag, um dessen Annahme ich Sie bitte (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Arbeiten in der Be- und Entwässerung sowie Kommissierung, Seilwegbauten, Alpverbesserung und Güterwege vordringlich zu behandeln.

Die betreffenden Referate mögen angewiesen werden, solche Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen.“

Zum Veterinärwesen möchte ich berichten, daß wir bei Blindenmarkt eine Tierkörperbeseitigungsanstalt haben, die nun wieder eröffnet werden sollte. Die Besatzungsmacht hat

sie jedoch als deutsches Eigentum reklamiert. Wenn auch die Anstalt unter den Nazi erbaut wurde, so kam dennoch das Geld aus dem politischen Bezirk Melk. Die Einrichtung dieser Anstalt soll ganz erstklassig sein.

Das Feuerwehrwesen ist dank der Initiative und Führung unseres Landesrates Haller endlich im Aufbau begriffen. Auch hier haben die Nazi großen Schaden angerichtet.

Wir haben im ganzen Lande so unendlich viel zu schaffen, was aber nur im guten Zusammenarbeiten aller drei demokratischen Parteien erfolgen kann. Im Interesse unserer so schwer geprüften Heimat bitte ich Sie alle um diese Zusammenarbeit!

Wir Bauern waren und sind stets bereit, alles für ein freies Österreich zu tun! (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Abg. MENTASTI: Hoher Landtag! Ich glaube, daß auch im heurigen Jahre die Behandlung des Kapitels VI, also die Landwirtschaft, als das Wichtigste zu betrachten ist, weil es noch immer die Hauptaufgabe unseres Landes sein muß, für die Ernährung unseres Volkes zu sorgen. Es ist Aufgabe unseres Referenten hier, nicht nur die budgetmäßigen Ziffern einer rechtmäßigen Verwendung zuzuführen, sondern vor allem auch alles zu tun, was dazu angetan ist oder beitragen kann, unsere Ernährungslage zu bessern. Auf diesem Gebiet befinden wir uns gegenwärtig in einer geradezu krisenhaften Lage. Niederösterreich ist innerhalb des Bundesgebietes das sogenannte Hauptagrarland. Bei der Befreiungsfeier hat der General der Roten Armee so gesprächsweise angeführt, daß Niederösterreich eigentlich die Kornkammer von Österreich ist. Das ist auch richtig; es ist dies in demselben Ausmaß, wie etwa der Osten die Kornkammer für Europa darstellt.

Schauen wir uns nun die Bodenverhältnisse in unserem Lande an. Was als erstes für die Ernährung in Frage kommt, das ist das Ackerland. Da marschiert Niederösterreich mit einem Anteil von 694.811 ha am Gesamtgebiet an der Spitze; es sind dies 43% des gesamten Ackerbodens in unseren Bundesländern. Wien hat 44.000 ha, Steiermark 219.000 ha, Burgenland 155.000 ha, Oberösterreich 321.000 ha, Vorarlberg 2000 ha, Kärnten 111.000 ha, Salzburg 43.000 ha, Tirol 44.000 ha, das sind also zusammen 1.627.000 ha. Ich führe diese Ziffern deshalb an, weil bis jetzt, obwohl die Jahreszeit schon sehr weit vorgeschritten ist, noch keinerlei Gewähr vorhanden ist, ob dieses Ackerland auch wirklich zweckentsprechend bebaut werden kann, zumal das Saatgut bis jetzt noch nicht sichergestellt erscheint. Das ist eine sehr kritische Situation, in der wir uns befinden,

und zwar auch aus einem anderen Grund. Wir haben ja bekanntlich zwei Ministerien, und zwar eines, das für die Aufbringung und eines, das für die Verteilung verantwortlich ist, während im Land Niederösterreich diese Angelegenheiten vereint sind, denn hier ist der Aufbringungsreferent zugleich auch Ernährungsreferent. Es ist im vorigen Jahr die Aufbringung durch die verschiedensten Maßnahmen der Kontrollausschüsse erfolgt. In einem Bezirk wurde gewogen, in einem anderen Bezirk nur geschätzt. Nun hat das Parlament heuer bereits zwei Gesetze verabschiedet und eines ist noch in Verhandlung, und das ist eine Verordnung. Das eine Gesetz hat sich mit der Aufbringung beschäftigt und das andere mit dem Anbau, und jetzt laufen die Verhandlungen in der Richtung, daß in diesem Jahre eine Kontingentierung, und zwar eine Mengenkontingentierung eingeführt werden soll. Es ist mir bekannt, daß der Minister für Land- und Forstwirtschaft schon bei der ersten Konferenz, die er zu diesem Zweck einberufen hat, hinsichtlich der Mengenkontingentierung mit ungeheuren Schwierigkeiten und Widerständen aus den einzelnen Bundesländern zu kämpfen hatte, und zwar als es sich darum gehandelt hat, die Quoten der einzelnen Länder festzusetzen. Da hat sich nun herausgestellt, daß das Anbot — es waren 215.000 t Brotgetreide angeboten worden — nicht entsprochen hat und daß man von uns mehr erwartet hat. Es haben sogar die Alliierten ihren Einfluß ausgeübt, so daß gegenwärtig die Situation so ist, daß man sich in neuerlichen Verhandlungen auf eine Quote von 240.000 t Brotgetreide geeinigt hat.

Ich habe schon erwähnt, daß Niederösterreich die Kornkammer Österreichs darstellt, d. h. soviel, daß wir den größten Teil davon zu liefern haben werden. Da ist es nun sehr betrüblich, wenn man jetzt erfährt, daß noch immer nicht alles Saatgut vorhanden ist und daß noch immer einige Waggons irgendwo herumschwimmen, man weiß nicht einmal, wo sie stecken. Jedenfalls ist noch ein sehr großer Ausfall zu verzeichnen. Das Saatgut kommt von Dänemark und — ich habe mich erst gestern wieder erkundigt — man weiß nicht genau, wo die Waggons gegenwärtig sind; es fehlen momentan noch 30 Waggons Hafer und 70 Waggons Gerste als Saatgut. Wenn nun diese 30 und 70 Waggons in den nächsten Tagen eintreffen, wie man erwartet, ist es keineswegs so, daß damit mehr Getreide angebaut werden kann, weil eben auch mit dieser Quantität das Auslangen nicht gefunden werden kann. Das ist sicherlich ein schweres Versäumnis.

Ich habe vor einigen Tagen eine Aussendung gelesen, die von Sektionschef Grünseis herausgegeben wurde. Wenn man das durchliest, glaubt man, es ist ohnedies alles in bester Ordnung, was aber in Wirklichkeit, wie wir jetzt sehen, nicht zutrifft.

Ich mache aufmerksam, daß ich selber auch ein Anhänger der Mengenkottingentierung bin. Die Mengenkottingentierung bedeutet, daß der Bund in seiner Gesamtheit, jedes Land für sich, dann die Bezirke und die Gemeinden ihre Vorschreibungen erhalten, so daß der Kampf, wer das aufzubringen hat, auf die Bauernschaft überwältigt wird. Das ist vielleicht sehr gesund, weil hier das Benefiz gilt, daß der einzelne, wenn er seine Pflicht erfüllt hat und er ein tüchtiger Landwirt ist und daher mehr produzieren konnte, eine gewisse Bewegungsfreiheit mit der überschüssigen Ernte hat. Entscheidend ist dabei, daß das Versprechen wegen des Saatgutes auch gehalten wird; denn in diesen Dingen gibt es keinen Spaß. Da müssen wir uns, und ganz besonders unser Referent, der dafür verantwortlich ist, rechtzeitig und ganz energisch annehmen, damit die Bauernschaft, wenn sie ihre Pflicht erfüllen soll, auch das Saatgut, das sie braucht, zur richtigen Zeit zugeteilt erhält. Erst gestern ist mir mitgeteilt worden, im Bezirk Baden habe eine Gutsbesitzerin die Mitteilung gemacht, daß sie ihre sämtlichen Äcker mit Klee bebauen wird, weil sie nicht mehr warten kann, bis sie das Saatgut erhält. Wenn sich so etwas des öfteren wiederholt oder gar Nachahmung findet, so werden wir vielleicht ein paar Stück Vieh mehr füttern können, aber der Getreideausfall wird da sein und das wird sich bei der Mengenkottingentierung kolossal auswirken. Wenn es beim Brotgetreidebau schon kritisch ist, so ist die Situation bei der Hauptfrucht, den Kartoffeln, geradezu katastrophal. Ich bin nur neugierig, wie wir aus diesem Dilemma herauskommen. Wir haben im vorigen Jahre 4300 Waggon Saatkartoffeln aus der Tschechoslowakei bekommen. Die Kartoffelproduktion ist eine sehr ausreichende gewesen. Es wird im heurigen Jahre auch eine Steigerung auf diesem Gebiet erwartet. Aber wie sieht es mit den Saatkartoffeln gegenwärtig aus? Nach den letzten Mitteilungen ist nicht einmal ein einziger Waggon von den in Aussicht gestellten tschechischen Saatkartoffeln hereingekommen. Es ist bis jetzt nichts anderes übrig geblieben, als daß der Referent, der sich in der Landwirtschaftskammer drüben damit beschäftigt, und die Herren vom Ministerium jetzt einen Alarmruf an die Bauern erlassen haben, Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. Es wird nun aber aus den einzelnen Bezirken, insbesondere

aus den westlichen Gebieten des Waldviertels, wo ja die Kartoffelgegend ist, berichtet, daß sie sich selber behelfen und zum Teil entdecken, daß aber von einem besonderen Überschuß nicht die Rede sein kann; das heißt also, daß man nicht damit rechnen kann, daß von dort die Kartoffeln kommen werden, die notwendig wären, um hier den Anbau zu sichern.

In Niederösterreich allein sollen 70.969 ha Kartoffeln gebaut werden, das sind 45% der gesamten Ernte Österreichs. Wenn jetzt so ein Ausfall ist, können Sie sich vorstellen, wieviel in diesem Jahre verlorengelht, wenn der Anbau nicht erfolgen kann. Ich muß also nochmals die warnende Stimme erheben und die zuständigen Faktoren aufmerksam machen, damit doch alles getan wird, um noch das fehlende Saatgut hereinzubringen. In Niederösterreich allein sollen wir 1400 Waggon erhalten. Mit 1400 Waggon Saatgut kann man 10.000 ha bebauen, es könnten also 60.000 ha nicht bebaut werden. Sie brauchen nur in der Wiener Bevölkerung einmal fragen, was es heißt, wenn der Wiener einmal 20 kg Kartoffeln bekommen hat. Das ist für ihn ein kleiner Haupttreffer gewesen und eine Sicherung für einige Zeit in der Ernährung und ein Schutz vor dem Hunger. Ich weiß nicht, was für Gründe vorhanden sind, daß die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei gescheitert sind. Jedenfalls hätte man meines Erachtens doch früher Sorge tragen müssen, daß, wenn schon nicht von dort, so doch von anderswoher ein Ersatz auf diesem Gebiet geleistet wird oder aber, daß das inländische Saatgut rechtzeitig von einem Gebiet ins andere gebracht wird, weil ja die Schwierigkeiten dabei eine Rolle spielen. Man hätte sich nicht darauf verlassen dürfen, daß ohnedies alles in Ordnung geht, wie es in der Aussendung des Ministeriums heißt, und dann ist es in Wirklichkeit nicht der Fall.

In puncto Gemüsebau hat der Herr Kollege Glaninger heute schon angeführt, daß in seinem Gebiet der Anbau von 20 auf 40 ha erhöht worden ist. Diese Beobachtung ist Gott sei Dank im allgemeinen in Niederösterreich zu machen. Hier ist gerade wieder das Gegenteil von dem, was ich kritisiert habe, eingetreten. Mit Gemüsesamen sind wir nicht nur für dieses Jahr, sondern darüber hinaus versorgt und Krautsamen haben wir schon für drei Jahre im voraus; das ist so, wie wenn sich einer drei Kalender für drei Jahre im vorhinein kauft. In der Richtung brauchen wir also mit einer Not nicht mehr rechnen. Das Gemüse kann aber nicht das Getreide ersetzen und das ist das Entscheidende, denn Brot ist ja die Hauptnahrung des Volkes und

darauf muß immer Rücksicht genommen werden. Wir müssen uns mit einem förmlichen Notschrei an das Ministerium wenden und auf diese Dinge aufmerksam machen. Es hat keinen Wert, einen Vertrag auf Mengenkontingentierung einzugehen und nahezu die Hälfte der Verpflichtung auf sich zu nehmen, wenn man selber schon sieht, daß nicht einmal der Anbau gesichert ist, wobei noch mit anderen Zufällen im Laufe des Jahres bis zur Ernte gerechnet werden muß.

Nun möchte ich noch zu einem anderen Kapitel sprechen. Wir haben in Österreich ein Gesetz über den landwirtschaftlichen Wiederaufbau und es ist begrüßenswert, daß die Bauernschaft selber diesem Gesetz zugestimmt hat. Sie sagt, wir helfen uns selbst und wir helfen alle zusammen, um das, was zugrundegegangen ist, wieder aufzubauen. Ich muß aber den Vorwurf erheben, daß in Niederösterreich in dieser Hinsicht mehr wie lax umgegangen wird. Wir haben in Niederösterreich schätzungsweise 7000 bäuerliche Gehöfte, Wirtschaftsgebäude und Wohngebäude, die durch Krieg und Bombenschäden zum Teil ganz vernichtet, zum Teil stark beschädigt worden sind. Nach dem im Parlament verabschiedeten Gesetz ist Ihnen allen bekannt, daß zur Deckung dieser Schäden 30% des Grundsteuermeßbetrages jährlich eingehoben werden. Wenn man nun im ganzen Bundesgebiet mit einem Grundsteuermeßbetrag von 70 Millionen Schilling rechnet, so kommen bei einer 30%igen Umlage 21 Millionen Schilling herein. Wie ich jetzt im Wiederaufbauministerium auf Grund meiner Erkundigung erfahren habe, sind bis jetzt erst zirka 8 bis 10 Millionen Schilling eingelaufen, so daß noch bedeutende Außenstände offen sind. Es muß da beim Finanzminister — ich glaube, es ist schon einmal geschehen — interveniert werden, daß diese Beträge rechtzeitig eingezahlt werden. Die gesamten Kriegsschäden in der Landwirtschaft hat man ursprünglich mit 234 Millionen Schilling geschätzt. Für die Gewährung von Darlehen und Beihilfen sind normal 50% dieser Summe vorgesehen, sie können aber in Ausnahmefällen bis zu 75% gesteigert werden. Wenn für den Wiederaufbau durch drei Jahre diese 30% eingehoben werden und nach drei Jahren der Wiederaufbau noch nicht vollendet ist, dann ist im Gesetz vorgesehen, daß durch weitere drei Jahre diese 30% eingehoben werden können. Wenn bei einem Grundsteuermeßbetrag von 70 Millionen Schilling 30% 21 Millionen Schilling ergeben, so würden in sechs Jahren 126 Millionen Schilling eingehen. Nachdem die Gesamtschäden mit 234 Millionen Schilling geschätzt wurden, würde die Hälfte 117 Millionen

Schilling betragen, wir wären also mit dieser Umlage 100%ig gedeckt. Hierbei ist zu bedenken, daß nicht allen Geschädigten geholfen werden muß, weil ja auch Leute geschädigt worden sind, die wirtschaftlich so stark sind, daß sie mit eigenen Mitteln ihre Schäden beheben und ihre Gebäude wieder instand setzen können. Ich übe hier nur deshalb Kritik, weil ich selbst Mitglied der Kommission für diesen Wiederaufbaufonds bin und zu meinem Schrecken folgendes feststellen mußte: Wir haben 178 solche Ansuchen aus dem ganzen Bundesgebiet zustimmend erledigt. Von diesen 178 bäuerlichen Gesuchen, die im günstigen Sinne erledigt worden sind, sind 171 aus der grünen Steiermark und nur 7 aus Niederösterreich. Ich bezeichne das als einen Skandal, denn ich kann nicht annehmen und weiß auch, daß das nicht zutrifft, daß die Niederösterreicher derart in Geld schwimmen, daß sie eine Unterstützung nicht brauchen und darauf verzichten. Ich glaube, daß hier ein Bürokratismus am Werk ist, der die Ansuchen irgendwo liegen läßt, während die anderen Bundesländer agiler sind und ihre Ansuchen hereinschicken, wo sie auch behandelt werden. Ich habe mich vorgestern dafür interessiert und erkundigt und man sagte mir: „Lieber Herr Präsident, wir haben 20 oder 30 Ansuchen aus Niederösterreich, die bevorzugt behandelt werden; mehr sind noch nicht da.“ Viele Ansuchen sind noch nicht vorgelegt, während zu uns die Leute kommen und sagen, sie haben schon lange angesucht. Die Sache bleibt immer irgendwo stecken. Wenn vielleicht bei den Bezirksbauernkammern draußen die Schuld liegt, dann müssen die Bezirkshauptmannschaften dafür sorgen, daß diese Dinge in den einzelnen Bezirken vorwärtsgetrieben werden, sonst kann es so sein, daß die Niederösterreicher Steuer zahlen und die anderen Bundesländer damit aufbauen. Das hauptgeschädigte Land ist Niederösterreich, das ist gar keine Frage, wenn auch in anderen Bundesländern, z. B. in der Steiermark, große bauliche Schäden vorhanden sind. Es wird Aufgabe der Landesregierung und besonders des Herrn Landeshauptmannes sein, hier nach dem Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß die Wohltat dieses Gesetzes auch unseren Landesbürgern zugute kommt. Das ist, glaube ich, eine mehr als berechtigte Forderung.

Nun möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Ich habe bei der Budgetberatung im vorigen Jahre — das Büchel habe ich hier noch vor mir liegen — 16 Resolutionsanträge eingebracht. Ich war also sehr produktiv, zum Teil hat man mir das sogar zum Vorwurf gemacht. Ich habe mich jetzt um 180 Grad gedreht und schlage heuer gar keinen Resolu-



tionsantrag vor. Damit will ich aber nicht sagen, daß ich nicht den Wunsch hätte, irgend etwas zu verlangen, aber ich will nicht wie ein Papagei das nachsagen, was ich im vorigen Jahre bereits gesagt habe. Ich will nur feststellen, daß von all diesen Anträgen acht überhaupt keine Berücksichtigung gefunden haben und daß acht nur zum Teil erledigt wurden. Diese Resolutionsanträge betreffen in der Mehrzahl Interventionen der Landesregierung bei der Bundesregierung in verschiedenen Angelegenheiten. Ich glaube, es ist nicht zuviel verlangt, wenn ein Landtagsabgeordneter im Landtag Anträge einbringt, daß sich die hohe Landesregierung im Laufe des Jahres einmal die Zeit nimmt und sich sagt: da hat einer etwas verlangt, da müssen wir etwas tun, daß man wenigstens sieht, daß es nicht vergessen worden ist. Ich will nur einen Antrag herausgreifen. Ich habe im vorigen Jahr u. a. auch den Antrag auf Errichtung einer Forstschule eingebracht. Im Zusammenhang damit will ich über das Kapitel Schule gleich einige Worte sagen. Es hat der Herr Abg. Glaninger bereits angeführt, was alles geschehen ist, daß Schulen in Betrieb gesetzt und Schulen errichtet worden sind; er hat sich dabei erfreulicherweise auch dafür ausgesprochen, daß ein obligatorischer landwirtschaftlicher Unterricht eingeführt wird, lauter Dinge, die wir Sozialisten seit eh und je hier gefordert haben. Es ist von ihm auch mitgeteilt worden, was mir übrigens schon von der Kammer her bekannt ist, daß der Plan besteht, eine Genossenschaftsschule zu errichten. Es sind drei oder vier Projekte vorhanden, für Neulengbach, Loosdorf usw. Meines Erachtens ist aber die Errichtung einer Forstschule eine ebenso vordringliche Notwendigkeit für Niederösterreich. Schließlich und endlich ist ja unser Besitz an Grund und Boden in Niederösterreich zu einem Drittel landwirtschaftlich genutzter Forst. Wir haben jetzt zwei solcher Schulen in Österreich, eine in Öd bei Gmunden, also in Oberösterreich, und eine in Bruck an der Mur, also in Steiermark. Im abgelaufenen Jahr ist es nicht gelungen, einen Niederösterreicher in der Schule in Steiermark unterzubringen, obwohl sie eine Bundesschule ist. Man hat uns aber mehrere Plätze in der Schule in Oberösterreich in Aussicht gestellt. Es sind damals 32 auf Grund ihres Alters und ihrer Vorschulen ausgesuchte Leute namhaft gemacht worden, in Wirklichkeit sind aber nur 12 untergebracht worden. Der Leiter des Landesforstamtes, Nationalrat Strobl, hat, wie er mir mitgeteilt hat, meinen Antrag vom Vorjahr aufgegriffen und von seinem Amt aus den Versuch unternommen, diese Frage zu aktivieren. Es waren auch Ver-

handlungen im Gang — ich habe mich wiederholt darum gekümmert —, daß im Gebäude der landwirtschaftlichen Schule in Wieselburg eine Forstschule untergebracht wird, da die Möglichkeit hiezu vorhanden ist. Im letzten Moment ist aber das gescheitert, weil angeblich Schwierigkeiten bestehen, die nicht überwunden werden können. Es wurde gesagt, die Lehrkräfte wären nicht da, in den Gebäuden wären die notwendigen Einrichtungsgegenstände nicht vorhanden, kurz und gut, die Sache ist nicht zustande gekommen. Es wurde daher als Ersatz auf der Hochschule für Bodenkultur ein einjähriger Kurs für diese Forstschüler abgehalten. Derzeit steht noch nicht fest, was im nächsten Jahr sein wird. Wir stehen nun wieder vor der Tatsache, daß wir unsere Schüler nicht unterbringen werden können. Es ist dies ein unhaltbarer Zustand, noch dazu, wenn namhafte Beträge für das Schulwesen ausgegeben werden. Entweder errichtet der Bund eine solche Schule, wenn aber nicht, dann müssen wir sie selber schaffen. Wenn man alle möglichen landwirtschaftlichen Schulen errichtet, wie für Viehzucht, Weinbau usw., dann muß auch für die Errichtung einer Forstschule Vorsorge getroffen werden.

Auf dem Gebiet der Viehzucht hat es in den letzten Monaten eine Streitfrage gegeben, die uns nicht neu ist — sie hat schon früher bestanden —, nämlich ob es zweckmäßiger ist, mehr Vieh oder weniger Vieh zu halten und nicht so viel Grund und Boden für den Futteranbau, sondern mehr für den Getreidebau zu verwenden. Die Statistiker und Fachleute auf diesem Gebiet sollen errechnet haben, daß die Kalorien, z. B. bei den Kartoffeln, wenn sie direkt zur menschlichen Ernährung verwendet werden, weit größere Quantitäten ergeben, als wenn die Kartoffeln dieser Ernährung auf dem Umweg über die Schweinefütterung zugeführt werden. Es wird also dem das Wort geredet, daß die Viehzucht eingeschränkt werden soll. Ich erinnere mich, daß einmal andere Gründe maßgebend waren, um das gleiche zu fordern. Wir haben einmal einen Landwirtschaftsminister in Österreich gehabt, der verordnet hat, daß unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr als zwei Schweine gefüttert werden dürfen. Es wurden in dieser Hinsicht sogar Zwangsmaßnahmen ergriffen. Es geschah dies deshalb nicht etwa, weil zu wenig Getreide vorhanden war, sondern weil zu viel Schweine produziert worden sind. Damals war aber der Weltmarkt offen, wir haben schon damals 50% des Weizenbedarfes einführen müssen und diese Mengen auch tatsächlich bekommen, weil bei den Kompensationsverhandlungen mit Polen auch auf die



Schweineinfuhr Rücksicht genommen worden war. Darum mußte bei uns die Schweinezucht gedrosselt werden. Es gibt also hier verschiedene Argumente. Minister Strobl war es, der das damals verordnet hat, was aber wenig Verständnis gefunden hat. Auch in der gegenwärtigen Zeit gibt es natürlich Widerstände auf diesem Gebiet. Tatsache ist, daß das Bundesland Niederösterreich in dem jetzigen Zeitabschnitt der Ernährungskrise die Verpflichtung hat, alles zu tun, um seine Bevölkerung nach Möglichkeit ernähren zu können, auch dann, wenn auf dem einen oder anderen Gebiet eine Drosselung erfolgen muß.

Es wird jetzt auch darüber Klage geführt, daß die notwendigen Zug- und Nutztiere vielfach nicht vorhanden sind. Es sind diesbezüglich ununterbrochen Verhandlungen in Gang. Es sollen noch zirka 4000 Zugpferde aus Kärnten und Oberösterreich kommen und ich glaube, wenn diese hereinkommen, daß dann der niederösterreichische Bedarf endgültig hundertprozentig gedeckt ist. Da gibt es nun viele Mißstimmungen und man könnte da sehr viel Kritik üben. Ich habe mich beim zuständigen Referenten erkundigt, wie die Aufteilung erfolgt. Es ist da eine Viehzählungsstatistik vorhanden, woraus man sieht, daß in manchen Bezirken mehr Pferde sind, als früher dort waren. Dort sollen also nach meiner Meinung keine Pferde mehr hinkommen, sondern den sogenannten Notstandsbezirken sollen Pferde zugeteilt werden. Nun kommt es aber auch vor, daß in einem Überschubbezirk, also der schon mehr Pferde hat als früher, der eine Landwirt gar kein Pferd und der andere mehrere hat. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, einer solchen Sache auf den Grund zu gehen und habe dabei meine Wunder erlebt. Da hat ein biederes Bäuerlein von einem Russen ein Roß bekommen und es aufgappelt, aber weil er nur 8 ha Grund hat und früher auch kein Roß gehabt hatte, hat man es ihm weggenommen und einem anderen gegeben, der 4 Pferde und 40 ha Grund hat. Dem hat man also noch ein Pferd zugeschanzt, damit er arbeiten kann. Das war sicherlich in Ordnung, aber daß ein Pferd, das um 200 S übernommen wurde, nach vier Monaten um 10.000 S verkauft wird und daß der mit 8 ha Grund noch immer kein Pferd hat, das sind Dinge, die man nur vereinzelt erfährt, die sich aber des öfteren ereignen sollen. Im Ravelsbacher Bezirk hat sich auch eine solche Pferdegeschichte ereignet, die auch noch untersucht werden muß, weil es absolut nicht angeht, daß man solche Mißstände einreißen läßt.

Neben der Förderung der Kleintierzucht ist auch die Förderung der Fischzucht von

Bedeutung, für die in unserem Budget ein namhafter Betrag eingesetzt ist. In der niederösterreichischen Kammer besteht nun ein Beirat, der sich damit zu beschäftigen hat, die Fischzucht zu fördern. Nur hat man es leider unterlassen, in diesen Beirat auch einen Vertreter der Arbeiterfischereiorganisation hineinzunehmen, obwohl diese eine ganz namhafte Mitgliederanzahl aufweist und somit sicherlich eine Berechtigung hätte, berücksichtigt zu werden. Diese Organisation hat in Niederösterreich 18 Vereine mit 1173 Mitgliedern, die nicht weniger als 3012 ha Fischwasser haben. Normalerweise haben sie aus der Großfischerei 31.200 kg Fische und außerdem die einzelnen Mitglieder 28.300 kg Fische auf den Markt geliefert, so daß insgesamt zirka 60.000 kg Fische abgeliefert worden sind. Auch bei dieser Fischerei sind die Kriegsschäden sehr groß und ich möchte nur den Wunsch aussprechen, daß mit den Mitteln, die hier im Budget für die Förderung der Fischzucht vorgesehen sind, auch die Arbeiterfischereivereine die entsprechende Förderung erfahren.

Nun noch ein paar Worte zum Kapitel Wein- und Obstbau. Es ist im Finanzausschuß darüber gesprochen worden und Kollege Reif, der ein Obstzüchter ist, hat einige Mängel aufgezeigt und auch einige Wünsche geäußert. Der Herr Referent, Landesrat Steinböck, hat das zum Anlaß genommen und gesagt, das gehe uns nichts an, das sei Sache der Kammer, wo der Abg. Mentasti der Referent für Wein- und Obstbau ist. Das heißt zu deutsch: Jogerle, geh du voran, du hast die großen Stiefel an. Wir sollen also auf diesem Gebiet verantwortlich sein. Ich habe durchaus keine Ursache, mich etwa meiner Verpflichtung zu entziehen, darüber einiges zu sagen. Was den Weinbau anbelangt, so sind wir jetzt nicht sehr beliebt. Die einen bekommen zuviel Wein, die anderen zu wenig. Ich glaube aber, es wird die Zeit kommen, wo man sich auf diesem Gebiet nicht mehr viel Sorge machen wird müssen. Tatsache ist aber, daß auch im Weinbau ein Aufbau notwendig ist, weil da in den letzten drei bis vier Jahren nichts geschehen ist. Wenn ich Ihnen sage, daß wir heute im Kompensationsweg von Italien drei Millionen Schnittruben eingeführt haben, während der Bedarf mindestens 30 Millionen betragen würde, oder wenn ich Ihnen sage, daß der Weinsteckenbedarf ebenfalls in der gleichen Zahl liegt, und daß es bis heute noch nicht möglich war, trotzdem wir schon 3000 hl Wein für die Arbeiter und Angestellten in Aussicht gestellt haben, dieses Kontingent an Weinstecken aufzubringen, dann können Sie sehen, daß auch

hier die Nachkriegsschwierigkeiten und die Nachwirkungen des Krieges fühlbar sind.

Was den Obstbau anbelangt, hat schon der Herr Abg. Reif verlangt, daß eine besondere Obstbauschule geschaffen wird. Es besteht zwar in Klosterneuburg eine Wein- und Obstbauschule und es ist gar keine Frage, daß auch in den anderen landwirtschaftlichen Schulen, z. B. in Gumpoldskirchen, wo auch für den Obstbau die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind, Spezialschulen für den Obstbau errichtet werden könnten. Was die Bewirtschaftung anbelangt, ist zu sagen, daß die Obstbäume nur zu 50% bewirtschaftet sind, d. h. also, ein Baumschulbesitzer muß 50% der Kammer abliefern und 50% kann er selber an seine Kunden abgeben. Die Bezirksbauernkammern, der Obst- und Gartenbauverein und der Österreichische Siedlerverband haben ausschließlich inländische Produkte zugeteilt erhalten. Im Jahre 1945/46 sind 86.500 Obstbäume und im Jahre 1946/47 82.400 durch die Kammer und mindestens die gleiche Zahl im freien Handel abgegeben worden. Letztere sind also die restlichen 50%. Aus Ungarn sind 51.500 Stück gekommen, davon allein 20.000 Marillen- und 1500 Pfirsichbäume. Für die Anpflanzung von Wildlingen sind im Wege der Kompensation aus Italien 1.170.750 und aus der westlichen Tschechoslowakei 298.500 Stück bezogen worden. Damit ist natürlich die Wildlingszucht bedeutend gefördert worden. Außerdem haben die Baumschulbesitzer auch Saatgut bekommen. Es ist eine Kernsammlung veranstaltet worden, an der auch die Schulen und die Kinder beteiligt waren; es sind auf diese Weise 376 kg Apfelkerne, 322 kg Birnenkerne, 2 kg Wildkirschenkerne, 347 kg Zwetschken-, 474 kg Marillen- und 29 kg Pfirsichkerne gesammelt und abgegeben worden. Das übrige Saatgut ist durch Einkauf beschafft worden und der größte Teil davon ist gratis abgegeben worden.

Ich habe nur einige Ziffern angeführt, um zu zeigen, daß das Referat in der Landwirtschaftskammer mit den vorhandenen Mitteln nach Möglichkeit doch etwas geschaffen hat. Damit will ich aber absolut nicht die Forderung des Herrn Abg. Reif, die er im Finanzausschuß gestellt hat, entkräften und die sich damit beschäftigt, daß der Obstbau, dem ja eine besondere Bedeutung beizumessen ist, in entsprechender Weise gefördert wird. Ich habe hier eine Statistik, darnach wurden in Niederösterreich im Durchschnitt geerntet: 395.000 kg Steinobst, 906.000 kg Kernobst, 25.000 kg Schalenobst und 31.000 kg Beerenobst, zusammen also fast 1½ Millionen Kilogramm. Das ist eine sehr schöne Ziffer, die

zeigt, daß in Niederösterreich auf diesem Gebiet tatsächlich etwas gemacht wurde.

Über den Weinbau habe ich bereits gesprochen. Ich will nur noch etwas nachholen, das deshalb sehr wichtig ist, weil die Weinbautreibenden meistens kleine Besitzer sind. 65% der Weinbautreibenden haben weniger als 1½ ha und nur 1% hat über 2 ha. Der Weinbau ist daher wirklich auf die ganz kleinen Besitzer aufgeteilt. Über die Unzufriedenheit auf diesem Gebiet habe ich bereits einiges ausgeführt.

Im Zusammenhang mit der Förderung des Forstwesens möchte ich noch die Notwendigkeit der Förderung der Harzgewinnung in Erinnerung bringen. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, weil ja das Forstwesen und die Jagd in einem gewissen Zusammenhang steht, noch einmal auf das Jagdgesetz zu sprechen zu kommen. Wir haben uns in einer Sitzung des Landtages mit dem Jagdgesetz beschäftigt und es auch beschlossen. Dieses Jagdgesetz ist aber bis heute noch immer nicht in Kraft getreten, weil es beeinsprucht worden ist, und zwar dürfte das von der Besatzungsmacht geschehen sein. Mittlerweile ist aber noch etwas anderes geschehen. Wir haben uns bemüht, dieses Jagdgesetz wesentlich anders zu gestalten, insbesondere das Privateigenjagdrecht aufzuheben und an seine Stelle die Genossenschaftsjagd zu setzen, was aber von der Mehrheit abgelehnt worden ist. Nun hat ein anderes Bundesland in Österreich, nämlich Kärnten, das Eigenjagdrecht aufgehoben und das Gemeindejagdrecht geschaffen. Wie hat sich nun dort die Minderheit verhalten? Diese treibt jetzt wegen dem Eigenjagdrecht im Landtag Obstruktion und in Kärnten bekommen sie keinen Landeshauptmann, weil die Großgrundbesitzer um ihr Vorrecht gekommen sind. In diesem Zusammenhang kann ich nur noch einmal sagen, was ich bereits bei der Behandlung des Jagdgesetzes gesagt habe, daß nämlich der Tag kommen wird, wo der Streit um dieses Jagdrecht in dieser Form ganz überflüssig sein wird, weil unsere Forderung nach einer wirklichen Bodenreform dies sicherlich von selbst lösen wird. (*Beifall links.*) Wir müssen diese Bodenreform fordern und diese Forderung ist auch in einem meiner 16 Resolutionsanträge enthalten. Sie ist der Verwirklichung insofern schon näher gekommen, als bereits zwei Bodenreformerträge im Parlament zur Behandlung stehen, nämlich ein sozialistischer und einer von der ÖVP. Aber der Ihrige ist so, als wenn man sagt: Wasch' mir das Gesicht, aber mach' mich nicht naß. Sie sind für die Bodenreform in Form der Siedlung, aber nur sagen Sie nicht, von wo die Gründe

herkommen sollen. Nun haben Ihnen hier die Bischöfe Österreichs aus der Not geholfen. Diese werden ungefähr 1000 ha für solche Siedlungen zur Verfügung stellen. So löblich das im allgemeinen ist, so darf man sich das gar nicht so großartig vorstellen. Wenn ich z. B. 168.000 ha Grund hätte, dann gäbe ich auch gerne 1000 ha für diesen Zweck her. 168.754 ha Grund besitzen diese geistlichen Güter und davon sollen nun 1000 ha für Siedlungszwecke hergegeben werden! Damit kann man in Österreich noch keine Bodenreform durchführen, da muß schon gewaltiger eingegriffen werden. Ich möchte daher nochmals den Hohen Landtag und insbesondere die Landesregierung ermahnen — ich nehme davon Abstand, einen Antrag einzubringen, weil der gleiche vom Vorjahr noch unerledigt ist —, sich endlich zu bemühen, daß dieses Gesetz im Parlament nicht länger liegenbleibt, sondern der Verwirklichung zugeführt wird. Im Zusammenhang mit dem ganzen Problem wird immer gesagt, das sei Demagogie, und was geschehen soll, das werde nicht gesagt. Wir wissen schon, was geschehen soll, wir wissen das um so mehr, weil wir auch wissen, daß etwas geschehen muß, und weil wir sehen, daß nichts weiter geht. Es werden wohl alle möglichen Vorschläge gemacht, wer die Landwirtschaften bearbeiten soll. Auf der Länderkonferenz im Jahre 1945 hat der Landesrat Plöchl von Urfahr in Oberösterreich die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die jungen Leute bis zu 20 Jahren in der Landwirtschaft arbeiten sollen und dann erst einen Beruf ergreifen sollen. Wir halten das für keine Lösung, daß einer bis 20 Jahre Landwirt ist und dann erst ein Gewerbe ergreift, sondern er soll in der Landwirtschaft, wo er arbeitet, auch eine Lebensexistenz finden. Sie müssen sich schon damit vertraut machen, daß nicht wieder, wie in der Vergangenheit, ausländische Arbeiter als Kuli hereinkommen und unseren Boden bearbeiten werden. Warum werden sie nicht kommen? Weil in der Tschechoslowakei die Bodenreform vom nationalen Standpunkt aus bereits durchgeführt wurde, mit dem wir vielleicht nicht ganz einverstanden sein können. Die Bodenreform ist aber dort de facto durchgeführt. Die slowakischen Arbeiter werden daher jetzt Besitzer und brauchen nicht mehr nach Österreich arbeiten gehen. In Ungarn ist es auch so. Ringsherum in allen Ländern ist also die Bodenreform bereits durchgeführt und nur in Österreich ist man in dieser Beziehung sehr zaghaft und will sich nicht an dieses Problem heranwagen. Die Zeit wird aber dazu drängen. Es werden weiter Vorschläge gemacht, daß die jungen Leute, erst

wenn sie in der Landwirtschaft gearbeitet haben, einen Anspruch auf eine Staatsanstellung haben sollen. Das war früher bei den kaiserlichen Unteroffizieren auch so. Wenn einer zwölf Jahre gedient hat, dann ist er Staatsbeamter geworden. Jetzt sollen die Landarbeiter dieselben Aussichten haben. Wenn man mit solchen Methoden arbeitet — das sind nur Zuckerl, die man da austeilten will —, dann wird es natürlich zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nicht kommen. Ich möchte daher die Herren von der rechten Seite des Hauses bitten, seien Sie nicht so zimperlich wegen ein paar Aristokraten, von mir aus sollen sie Grafen oder Barone weiterbleiben oder auch Fürst Bamsti heißen, ich habe nichts dagegen. Nehmen wir ihnen aber doch einmal den Grund weg, den sie uns früher auch weggenommen haben! (*Beifall links.*) Das müssen wir endlich machen, denn die anderen haben es auch gemacht. Damit werden wir auch das Problem der Landarbeiterfrage einer entsprechenden Regelung zuführen können. Wir werden dann den Landarbeiter selbsthaft machen, so daß er gerne auf seinem Grund und Boden arbeiten und den Markt beliefern wird. Es ist ein Schwindel, wenn gesagt wird, daß von den bäuerlichen Betrieben nichts auf den Markt kommt. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo die Bäuerin Eier verkauft hat, um sich Salz oder sonst etwas für ihre Wirtschaft kaufen zu können. Es wird wieder die Zeit kommen, wo wir vom Ausland mit Dingen überschwemmt werden. Dieser Krieg hat ja allerhand gezeigt. Wenn man nur bei der Trockenmilch, bei Trockenkartoffel und Trockenfleisch anfängt, so kann sich einer damit in seiner Kredenz für den ganzen Winter versorgen, und wenn sich der Gaumen einmal daran gewöhnt hat, dann wird er auch dabei bleiben. Es gibt ja jetzt schon Leute, die sagen, die eingedosteten Bratwürstel seien besser als die frischen. Das ist alles möglich, das bedeutet aber eine große Gefahr für die Landwirtschaft. Daher ist es um so notwendiger, daß wir jetzt unsere Pflicht erfüllen, um unsere Kunden auch in der Zukunft zu erhalten.

Nun noch ein paar Worte. Wir fordern die Altersversicherung der Selbständigen und ich habe im Vorjahr auch einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Es ist auch in Ihren Kreisen schon davon gesprochen worden und es ist notwendig, daß eine solche Versicherung endlich gemacht wird, damit der Bauer, wenn er seine Wirtschaft übergibt, nicht hilflos dasteht. Der große Bauer kann sich ja so viel behalten, daß er auf die Versicherung verzichten kann, aber viele kleine und mittlere Bauern können ihre Wirtschaft nur über-

geben, wenn sie für das Alter gesichert sind. Aus der eigenen Wirtschaft ist das aber nicht möglich, weil der Ertrag der Wirtschaft eben nur für eine und nicht für zwei Familien ausreicht. Die Altersversicherung ist also eine Notwendigkeit und wir fordern vom Parlament die eheste Verabschiedung eines solchen Gesetzes.

Die Elementarversicherung ist ebenfalls eine solche Notwendigkeit. Es ist jetzt zwar, wie ich gehört habe, eine allgemeine Hagelversicherung geschaffen worden, nachdem diese aber keine Zwangsversicherung ist, ist es immer so, daß die Leute in den gefährdeten Gebieten die Versicherung abschließen, wo aber diese Gefahr nicht so groß ist, wird eine Versicherung nicht abgeschlossen, weshalb die Prämien höher werden. Es müßte also hier eine Regelung von Landes wegen getroffen werden, die eine Erleichterung bedeutet und die Auswurfung der einzelnen Wirtschaftsbesitzer verhindert.

Ich habe im vorigen Jahr auch einen Antrag wegen Verbesserung des Wahlrechtes in die Bauernkammer eingebracht. Vielleicht nehmen wir uns einmal im Wirtschaftsausschuß oder Verfassungsausschuß Zeit, wenigstens im Winter, wenn nicht schon früher, und setzen wir uns zusammen, wo es schön warm ist, denn Kohle werden wir hoffentlich nächstes Jahr schon haben, und reden wir einmal davon, warum der, der nur 1½ Joch Grund hat und stark an der Scholle hängt, jetzt kein Wahlrecht haben soll, weil er nebenbei noch ein Eisenbahner oder Gewerbetreibender ist, während der Großgrundbesitzer das Wahlrecht hat, auch wenn er seinen Grund und Boden nicht selbst bearbeitet. Eine Demokratisierung ist also hier gewiß am Platz, denn wenn er schon mitzahlen muß, soll er auch mitreden können.

Nun einiges über das Genossenschaftswesen. Im Genossenschaftsgesetz ist eine Bestimmung drinnen, die aus dem Jahre 1873 stammt und nach welcher der Vorstand die Aufnahme eines Mitgliedes ohne Angabe von Gründen ablehnen kann. Ich bin selber in einer solchen Lagerhausgenossenschaft. Ich habe mich selbst gleichsam hineingetaucht, denn gern haben sie mich nicht aufgenommen (*Beifall links*), und jetzt sehe ich, wie es dort zugeht. Da heißt es: Warum lehnen wir den ab? Antwort: Der hat zu wenig Grund. Wir haben es auch in der Heimatgemeinde des Herrn Bundesministers Kraus erlebt, daß man nahezu hundert Leuten, die vor ihrer Aufnahme als Mitglieder die Genossenschaftsbeiträge gezahlt haben, diese wieder zurückgeschickt hat. Die Großen, die dort beisammen gesessen sind, sind nämlich daraufgekommen,

wenn die Hundert einmal zu wählen anfangen, dann bekommen wir einen Vorstand von lauter Kleinen. Einzelne können ja geduldet werden, sagt man, aber nicht so viele. Das ist aber für unsere Landwirtschaft und für unsere Genossenschaftsbewegung von großem Schaden. Es gehört also auch hier eine Demokratisierung.

Ein weiteres Kapitel sind die Landwirtschaftskammern. Wir haben neun Bundesländer; in jedem Land besteht eine Landwirtschaftskammer, nur die Wiener sind mit der Errichtung dieser Kammer noch nicht fertig, denn da machen (*zu der rechten Seite des Hauses gewendet*) Ihre Leute Schwierigkeiten. Die Landwirtschaftskammern zusammen haben aber keinen Kopf. Wir haben wohl eine Bundeshandelskammer und eine Arbeiterkammer, aber kein Forum über die Landwirtschaftskammern. Wir haben zwar die sogenannte Präsidentenkonferenz, die jetzt 30.000 bis 40.000 S kostet, die die Steuerzahler aufbringen müssen. Auch da wollen Sie wieder allein sein und uns nicht hineinlassen. So etwas ist aber in der Demokratie nicht möglich. Wir haben zwar einen Vizepräsidenten in Niederösterreich, im Burgenland und in Kärnten, aber die Präsidentenkonferenz bedeutet nichts als eine ganz lose Zusammenkunft der Kammerpräsidenten, die miteinander beraten. Wir Sozialisten im Parlament haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß von dieser Präsidentenkonferenz begutachtete Gesetze nicht zur Kenntnis genommen werden. Wir werden dafür sorgen, daß eine demokratische Präsidentenkonferenz oder eine Bundeslandwirtschaftskammer zustande kommt. Wenn einmal ein Hecht im Karpfenteich drinnen ist, dann wird sich etwas rühren (*Beifall links*), denn sonst versulzt alles.

Ich möchte zum Schluß noch sagen, daß ich mich bemüht habe, in kurzer Form einiges vom Vorjahr in Erinnerung zu bringen und die großen Schwierigkeiten aufzuzeigen, die in puncto Ernährung jetzt bestehen. Wegen des Saatgutmangels hoffe ich, daß jetzt der Hohe Landtag zustimmen wird, daß wir die Landesregierung auffordern, alles zu veranlassen, daß das Versäumte nachgeholt und der Landwirtschaft das gegeben wird, was sie notwendig braucht. (*Lebhafter Beifall links.*)

Abg. BACHINGER: Hohes Haus! Die beiden Vorredner haben schon in erschöpfenden Berichten darauf hingewiesen, wie notwendig das Kapitel Landeskultur ist. Ich will mich nicht des längeren darüber auslassen, sondern bei dieser Gelegenheit nur das anführen, was unbedingt notwendig ist.

In das Kapitel Landeskultur fallen auch die landwirtschaftlichen Schulen. In diesen

Schulen soll der junge Bauer alles das erlernen können, was er braucht, um in dieser schweren Zeit bestehen zu können. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, was unsere Jugend in der vergangenen Zeit körperlich und geistig mitmachen mußte. Es ist also in der jetzigen Zeit gewiß am Platze, daß man unserer Jugend alles das gibt, was sie für ihr zukünftiges Leben braucht. In den landwirtschaftlichen Schulen hat man einjährige Lehrgänge eingeführt, um es der breiten Masse der bäuerlichen Jugend zu ermöglichen, diese Schulen auch tatsächlich zu besuchen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit ganz besonders darauf hinweisen, daß man auch auf die halbjährigen Winterschulen nicht verzichten soll, denn diese geben dem Bauern die Möglichkeit, seinen Sohn hinzuschicken, weil er ihn ja die einjährige Schule oft nicht besuchen lassen kann, da er ihn in den Sommermonaten infolge des Arbeitermangels in der Wirtschaft selbst braucht.

In Gießhübl bei Amstetten haben wir eine solche einjährige Schule und es wäre auch dort die Möglichkeit, in halbjährigen Winterkursen einen theoretischen Unterricht zu erteilen. In der Praxis könnten die jungen Bauern dann im Elternhaus, bei der Ernte, beim Heuschnitt usw. ausüben, was sie in diesen Winterkursen theoretisch gelernt haben. Herr Abg. Glaninger hat erwähnt, daß in der landwirtschaftlichen Schule seines Bezirkes der Direktor und die Lehrer im Jahre 1945 das Weite gesucht haben und daß die Schule deshalb nach Kriegsende sehr schwer heimgesucht worden ist. Ich möchte an dieser Stelle dem Herrn Direktor Werner von der Schule in Gießhübl den herzlichen und aufrichtigen Dank dafür aussprechen, daß er in der schweren Zeit, als die SS. sich zurückgezogen hat und die Besatzungstruppen eingezogen sind, in der Schule verblieben ist. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß der Viehstand in dieser Schule bis auf 90% erhalten geblieben ist und daß die einzelnen Gebäude keinen Schaden erlitten haben. Im vorigen Jahr wurde dort ein Lazarett für kranke Frauen eingerichtet. Sie haben dort Hilfe bekommen, so daß sie wieder gesund entlassen werden konnten. Jetzt ist diese Schule wieder frei gemacht worden und wenn dort ein halbjähriger Kurs eingerichtet wird, wird davon unsere Bevölkerung einen Vorteil haben. Die Bauernschaft hat bestimmt ein Anrecht darauf, daß in dieser schweren Zeit des Arbeitermangels Gelegenheit gegeben ist, in dieser Schule einen entsprechenden Nachwuchs heranzubilden.

In der Presse wird heute wiederholt von dem Kraftwerk Ybbs-Persenbeug geschrieben.

Ich bitte mich nicht mißzuverstehen, ich bin natürlich nicht gegen dieses Werk, da durch dieses die Möglichkeit gegeben ist, die sogenannte weiße Kohle zu erzeugen, damit wir die schwarze Kohle nicht vom Ausland einführen müssen. Dieses Kraftwerk Ybbs-Persenbeug soll bekanntlich eine Jahresenergie von 800 Millionen bis 1 Milliarde Kilowattstunden liefern, wie wir es bei den seinerzeitigen Vorbesprechungen im Energieministerium gehört haben. Durch dieses Kraftwerk wird es möglich sein, billigen Strom zu liefern, wovon die Bevölkerung besondere Vorteile haben wird. Wenn man ein solches Werk baut, das Österreich Vorteile bringen wird, dann soll man über die armen Teufel, die durch den Bau betroffen sind, nicht hinweggehen und ihnen wenigstens das geben, was ihnen gebührt. Es handelt sich da nicht um Großgrundbesitzer, sondern der größte Teil der Betroffenen sind kleine Besitzer, und zwar hauptsächlich in meinem Bauernkammergebiet, im Bezirk Amstetten. Es sind dies die kleinen Grundbesitzer in den Gemeinden Ardagger, Kollmitzberg und gegen Wallsee hinauf. Es handelt sich da durchwegs um erstklassigen Boden, der ausgezeichnet zu bearbeiten ist, weil er eben ist. Im vorigen Herbst, als nach der großen Trockenheit in den Sommermonaten die Donau aus den Ufern getreten ist, haben diese kleinen Leute wieder großen Schaden erlitten. Unter solchen Verhältnissen darf man sich nicht wundern, wenn die Leute nicht in der Lage sind, die Kartoffeln abzuliefern, da diese durch die Überschwemmung zugrunde gegangen sind. In den nächsten Monaten, wenn die wasserrechtlichen Verhandlungen stattfinden, wird Gelegenheit sein, darauf hinzuwirken, daß, wenn dieses Werk, welches für ganz Österreich von so großem Nutzen sein soll, errichtet wird, dies nicht auf Kosten der dortigen Bevölkerung geschieht. Ich hoffe, daß man bei den wasserrechtlichen Verhandlungen auch dafür das notwendige Verständnis aufbringen wird. In den nächsten Wochen wird übrigens auch Gelegenheit sein, daß die in Betracht kommenden Donaugemeinden eine Flurgenossenschaft gründen, welcher die einzelnen Gemeinden als Mitglieder angehören, deren Vertreter zu den wasserrechtlichen Verhandlungen beigezogen werden sollen.

Im alten Projekt war das Stauwerk mit 9 m vorgesehen, nach dem jetzigen ist eine Stauung von 10½ m vorgesehen. Damals ist die Stauung nur bis Ardagger gegangen, jetzt reicht sie wesentlich weiter hinaus, was wegen der Mehrerzeugung von Kilowattstunden notwendig sein muß. Da es sich da aber ausschließlich um sandigen Boden handelt und daher bei Donauhochwasser das

Wasser durchdringt, wird es notwendig sein, auf der Seite des Flußbettes einen separaten Kanal zu ziehen, damit dieses Gebiet einer Drainage zugeführt werden kann. Ich möchte daher bitten, wenn Gelegenheit dazu ist, diesen Standpunkt zu vertreten und armen Betroffenen die notwendige Hilfe angedeihen zu lassen. *(Beifall rechts.)*

Landesrat Abg. GENNER: Die Politik der Täuschung und Selbsttäuschung wirkt sich auf keinem anderen Gebiet so verhängnisvoll aus, wie auf dem des Ernährungswesens. Diese Politik ist eine der Ursachen dafür, daß wir uns, von kleinen und vorübergehenden Besserungen abgesehen, in einer ständigen Ernährungskrise befinden, durch die Gesundheit und Arbeitskraft eines großen Teiles des Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, langsam untergraben wird. Es ist zu befürchten, daß die Folgen dieser Schädigung der Volksgesundheit noch lange andauern werden.

Auch in der letzten Zeit ist wieder einmal die beruhigende Versicherung abgegeben worden, daß wir über den Berg sind, die Lebensmittel für die nächste Versorgungsperiode gesichert sind usw. Die Hausfrauen allerdings wissen es besser, wie es um die Sicherung der Ernährung bestellt ist. In Wien stehen die Fleischaufträge auf dem Papier, in Niederösterreich sollen die Fleischrationen auf die Hälfte gekürzt und durch Hülsenfrüchte ersetzt werden, die wir allerdings noch nicht haben. Vor einigen Tagen war eine Konferenz der Landeshauptmänner und es wurde eine Unterkommision, bestehend aus dem Landwirtschaftsminister, dem Ernährungsminister und den Landesernährungsreferenten, gebildet, die dafür sorgen soll, daß die ausständigen Fleischmengen von den Bundesländern bis Mitte Mai nachgeliefert werden. In der Tat sind aber die Viehanlieferungen wieder beträchtlich zurückgegangen. Die Folge ist, daß Fleisch wohl in die Kalorien eingerechnet, aber nicht ausgegeben wird.

Die Voraussetzung für eine geregelte Fleischversorgung ist eine einheitliche Ernährungswirtschaft in ganz Österreich. Aus Niederösterreich sind 17.000 Tonnen Getreide in andere Bundesländer gebracht worden. Bald nach der Ernte ist Getreide aus Niederösterreich nach Salzburg befördert worden. Gegen einen Getreideausgleich ist selbstverständlich nichts einzuwenden, aber es muß gleichzeitig ein Viehausgleich durchgeführt werden. Davon ist bis heute trotz allen Versprechungen keine Rede. Der Herr Landeshauptmann hat selbst einmal darüber Klage geführt, daß die Viehaufstockung in Niederösterreich gefährdet ist, während es in den westlichen Bundesländern einen Viehüberschuß gibt.

Die Viehaufbringung versagt auch deswegen, weil die Großaufkäufer, denen praktisch die Aufbringung übertragen ist, kein Interesse an der Aufbringung haben, wenn sie nicht mit einem guten Geschäft verbunden ist. Um ihnen dieses Geschäft zu sichern, wurde ein Ausgleichsfonds von 500.000 S im Februar geschaffen. Als dieser Ausgleichsfonds aufgezehrt war, ist die Viehanlieferung sofort zurückgegangen. Nun spekulieren sie auf eine Erhöhung der Viehpreise, bei denen vor allem sie den größten Gewinn einheimen wollen. So wird durch das Spekulantentum, das in Österreich die Wirtschaft beherrscht, die Volksernährung gefährdet.

Auch die Bauern werden durch das Spekulantentum schwer geschädigt. Zu Spekulationszwecken werden UNRRA.-Maschinen zurückgehalten und den Bauern vorenthalten. Diese Maschinen sind vom Landwirtschaftsministerium von der UNRRA. angefordert und ihr Preis ist selbstverständlich in den gesamten Betrag, der von der UNRRA. für Österreich aufgewendet worden ist, eingerechnet worden.

Die Bauern werden aber auch auf andere Weise geschädigt. Der kleine Bauer, der eine Kuh abliefern muß, die er zum Einspannen braucht, erleidet, wenn er eine solche Kuh abliefern muß, einen schweren Schaden, der geradezu seine Existenz bedroht. Dazu kommt, daß die Großbauern weit besser mit Futtermitteln versorgt sind als die kleinen Bauern. Es wäre also nur gerecht, wenn die Großbauern bei der Viehablieferung weit schärfer als die Kleinbauern herangezogen würden.

Immer wieder kommen Klagen vom Land, daß die kleinen Bauern kein Saatgut, vor allem keine Gerste und keinen Hafer, erhalten haben. Die kleinen Bauern mußten gemäß der gesetzlichen Vorschrift 40% der Gerste abliefern. Dennoch sind die Ablieferungsrückstände bei Gerste und Hafer groß. Das kommt daher, daß die Großgrundbesitzer, wie auch aus dem Bericht des Getreidewirtschaftsverbandes hervorgeht, diese Ablieferung sabotiert haben. So wurden dem Großbetrieb Wunschedreher bei Schwechat ebenfalls 40% der Ernte zur Ablieferung vorgeschrieben. Er hat aber nicht ein Kilogramm abgeliefert. Wie ich erfahren habe, redet sich nun die Güterdirektion darauf aus, daß sie nur Saatgutgerste besitze. Aber dann hätte sie trotzdem diese 40% liefern müssen, zumal da viele Kleinbauern keine Gerste haben. Manche Großbetriebe haben auch kein Getreide abgeliefert mit der Begründung, daß sie nur Saatgutgerste haben. Auch das wurde in Berichten des Getreidewirtschaftsverbandes zugegeben.

Über die Aufbringung des Notopfers gibt es noch keinen abschließenden offiziellen Bericht. Es steht aber jetzt schon fest, daß in den Gebieten, in denen es vor allem kleine und mittlere Bauern gibt, das Notopfer zur Gänze aufgebracht worden ist.

Auch bei Getreide wollen die Großaufkäufer und Verteiler ein gutes Geschäft auf Kosten der Bauern und Verbraucher machen. Wenn der Großaufkäufer, was oft der Fall ist, gleichzeitig auch der Großverteiler ist, kann er sich 25 Groschen Aufkäuferspanne, 1,80 S Verteilerspanne und 20 Groschen Mengenabschlag, das sind insgesamt 2,25 S für 100 kg verrechnen. Auf diese Weise hat ein Wiener Großeinkäufer, der auch Verteiler ist, in Zusammenarbeit mit einer Großmühle in fünf Monaten 106.000 S für sich gebucht. Die Getreidelieferungen hat er nie zu Gesicht bekommen. Er hat lediglich den Getreideverkauf gebucht und Fakturen ausgestellt. In anderen Ländern, z. B. in der Tschechoslowakei, wird planmäßig dafür gesorgt, den Weg vom Produzenten zum Verbraucher abzukürzen und durch die Ausschaltung der Zwischengewinne dem Bauern höhere Preise und dem Verbraucher erträgliche Preise zu sichern. Bei uns wird planmäßig das Spekulantentum immer wieder eingeschaltet und bevorzugt, zum Schaden der Bauern und Verbraucher.

Dabei gibt es eine Unzahl von Ämtern und Behörden und auch noch die Wirtschaftsverbände, die sich irgendwie mit der Ernährung befassen. Die Tätigkeit der Wirtschaftsverbände soll nach dem Gesetz in einigen Monaten beendet sein. Die Kontrolle der Wirtschaftsverbände ist durch die neuen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ausschüsse, die zu je einem Drittel aus Vertretern der Produzenten, des Handels und der Konsumenten bestehen sollen — früher gab es einen Ausschuß, der je zur Hälfte aus Vertretern der Produzenten und Konsumenten bestand —, verschlechtert worden. Aber auch diese verschlechterten Ausschüsse funktionieren noch gar nicht. Außer dem Getreidewirtschaftsverband hat noch kein einziger Verband den neuen Ausschuß einberufen, so daß in den übrigen Verbänden völlig kontrollos gewirtschaftet wird. Dabei scheint es Bestrebungen zu geben, die Tätigkeit der Wirtschaftsverbände, die sich allgemein verhaßt gemacht haben, auch über die Frist, die ihnen nach der letzten Verlängerung gesetzt ist, auf irgendeine Weise zu verlängern.

Die Not in Österreich nimmt kein Ende, sie breitet sich aus, von den Industrieorten in die Dörfer, wo auch die kleinen und mittleren Bauern unter der ganzen Mißwirtschaft immer

mehr leiden. Die einzigen Nutznießer dieser Mißwirtschaft sind die Spekulanten und großen Schleichhändler, zu deren Bekämpfung so gut wie nichts geschieht.

Großgrundbesitzer, Großhändler und Großaufkäufer sabotieren die Ernährung. In Österreich wird im Gegensatz zu anderen Ländern das Ziel verfolgt, das Spekulantentum zu schützen und den Großgrundbesitz in die Höhe zu bringen und ihm neue Profite zuzuschancen. Aber auch in Österreich ist, wie in anderen Ländern, die Bodenreform, wie gerade die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, eine Notwendigkeit zur Sicherung der Ernährung.

Im burgenländischen Landtag haben alle drei Parteien einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, mit dem die Bundesregierung und das Parlament aufgefordert werden, die Vorarbeiten für die Durchführung der Bodenreform zu beschleunigen. Auch in Niederösterreich ist die Bodenreform äußerst dringlich geworden, deshalb beantragen wir, daß auch der Niederösterreichische Landtag in einer gemeinsamen Resolution die Durchführung der Bodenreform von der Regierung und dem Parlament verlangt. Die Bauern und Landarbeiter, aber auch die Arbeiter in den Industriegebieten, die die Bedeutung der Bodenreform erkannt haben, würden einen solchen Beschluß freudig begrüßen.

Viele und große Anstrengungen werden notwendig sein, um die Ernährung des Volkes in den nächsten Monaten und auch im kommenden Jahre zu sichern. Niemand kann behaupten, daß bis jetzt ernsthafte Anstrengungen gemacht worden sind. Die Schwierigkeiten, die es gibt und die noch kommen werden, können ohne Zweifel überwunden werden, wenn man endlich einmal aufhört, fortzuwursteln und die Dinge treiben zu lassen, wenn man die wirtschaftlichen und politischen Tatsachen sieht und verantwortungsbewußt, unter Heranziehung aller demokratischen Kräfte, planmäßig die Hindernisse abbaut und nicht nach den Interessen der Großhändler und Großgrundbesitzer, sondern einzig und allein entsprechend den Interessen des Volkes in Stadt und Dorf handelt.

Abg. REIF: Hohes Haus! Die Not der Zeit wird uns zur Ausnützung aller Möglichkeiten zwingen, die geeignet sind, unseren Lebensunterhalt zu verbessern. Eine solche Möglichkeit ist die initiative Ausnützung unseres heimatlichen Grund und Bodens und die initiativste Ausnützung unseres Bodens ist die Obstbaumzucht, der Obstbau. Wir sind in der glücklichen Lage, ein Klima und Bodenverhältnisse zu haben, welche sich eben ganz besonders für den Obstbau eignen, und es ist



unsere Aufgabe, diesen Vorzug auch wirklich auszunützen. Wie sieht es mit unserem Obstbau derzeit aus? Wir wissen ganz genau, wie es im letzten und im vorletzten Jahr mit der Obstversorgung ausgesehen hat. Es war nicht einmal möglich, den Kindern das notwendigste Obst zukommen zu lassen, in einem Land, das 12 Millionen Obstbäume hat! Das heißt, auf jeden Einwohner, und ich rechne Wien dazu, kommen vier Obstbäume und diese vier Obstbäume waren nicht imstande, jedem Einwohner Obst zu verschaffen, ganz abgesehen davon, daß, wie wir wissen, auch in Niederösterreich selbst in manchen Gegenden es nicht möglich war, den Kindern Obst zu geben. Woher mag das wohl kommen? Ein großer Teil dieser gezählten 12 Millionen Obstbäume ist nicht wert, daß sie auf ihren Platz stehen, weil sie eben keinen Ertrag liefern. Große Gebiete, wo Obstbäume Platz hätten, sind noch da, die aber vollständig unausgenützt sind und für andere Zwecke gar keine Verwendung finden können; selbst wenn die Grundbesitzer die Absicht hätten, diesem Mangel abzuhelpfen, sind sie nicht in der Lage, sich Obstbäume zu verschaffen, weil es Obstbäume nicht zu kaufen gibt. Die geringen Mengen, die die Baumschulen noch aus dem Krieg gerettet haben, sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wenn der Herr Präsident Mentasti uns mitgeteilt hat, daß im vergangenen Jahr ungefähr 160.000 Obstbäume zu haben waren, so scheint die Anzahl sehr hoch zu sein. Wenn wir aber bedenken, daß die 12 Millionen Obstbäume, die wir haben, eine ungefähre 25jährige Lebensdauer haben, dann brauchen wir jedes Jahr das Vierfache von dem, was geliefert wurde, um nur den jährlichen Abgang allein zu decken. Mit dem also, was im vergangenen Jahr zu haben war, können wir noch lange nicht aufbauen. Wir haben nicht nur den Krieg hinter uns, der so viel zerstört hat, sondern wir haben auch zwei Katastrophenwinter hinter uns, die eine Menge Obstbäume, besonders Zwetschkenbäume vernichtet haben; zum Teil sind die Obstbäume vollständig zugrunde gegangen, größtenteils aber kranken sie dahin und man sieht heute schon wirklich selten wüchsige, gesunde Obstbäume als Folge dieser fürchterlichen Winterkälte. Ein Nachpflanzen war nicht möglich. Ein großer Teil der Obstbäume trägt nicht, weil seinerzeit Sorten aus den Baumschulen geliefert wurden, die sich für unsere Gegend nicht geeignet haben. Sie sind hingesetzt worden, sind groß geworden und der Besitzer wartet mit einer Engelsgeduld, die einer besseren Sache würdig wäre, von Jahr zu Jahr auf die Obsternte, die sich nicht einstellen will. Es wäre Aufgabe des Landes, hier ganz

großzügig einzugreifen. Ich erinnere mich an eine Aktion, die nach dem ersten Krieg in der Wachau durchgeführt wurde. Dort hat es eine Menge Mostobstbäume gegeben; man ist darangegangen, sie zu veredeln und der Erfolg war ganz wunderbar. Der Ertrag tritt nach zwei bis drei Jahren ein und der Bauer erntet nicht nur die gleiche Menge, sondern auch wertvolles Obst, das er nicht nur zum Pressen verwenden kann, sondern das er unter verhältnismäßig viel besseren Umständen absetzen kann. Er kann ruhig auch seinen Most weiter erzeugen, denn auch unter den Edelobstsorten gibt es ganz ausgezeichnete Mostsorten.

Eine zweite Erscheinung, die sehr traurig ist, ist der trostlose Zustand der meisten Obstbäume. Es müßte irgend etwas geschehen, um den Besitzern dieser Bäume klar zu machen, daß Bäume nicht nur gepflanzt werden dürfen, um sie stehen und verkümmern zu lassen, sondern daß sie auch eine Pflege brauchen. Der Obstbaum braucht auch eine Düngung und da sieht es ziemlich trostlos aus. Ich weiß ganz genau, daß die Bauern sagen, wir brauchen unseren Dünger für die Felder, für die Obstbäume bleibt uns kein Dünger über. Aber die Verwendung des Düngers für die Obstbäume macht sich reichlich bezahlt und da möchte ich auf etwas hinweisen, was eigentlich uns allen am Herzen liegen soll. Der Kollege Bachinger hat gesagt, daß wir bisher versäumt haben, aus der Donau die Wasserkraft herauszuholen. Wir haben aber auch etwas anderes versäumt; wir führen nämlich in die Donau etwas hinein, was wir brauchen könnten. Es ist eine Schande, daß der Inhalt der Kanäle einer Zweimillionenstadt in einer Zeit, wo es kaum möglich ist, den notwendigen Dünger aufzutreiben, ungenützt in die Donau fließt und es gibt kaum mehr eine Weltstadt, die es sich leisten kann und die es sich leistet, diesen Inhalt unausgenützt davon schwimmen zu lassen. Die Gemeinde Wien selber wird vielleicht als Stadt weniger Interesse daran haben. Das Land Niederösterreich müßte aber alles daransetzen, damit dieses nützvolle Gut nicht unausgenützt verlorenggeht. Da müßte wirklich meiner Meinung nach etwas Großzügiges geschehen. Nun weiß ich genau, daß mit den Ratschlägen, die wir da geben und die vielleicht in der Zeitung stehen werden, nichts getan ist. Wir müssen dafür sorgen, daß eine gewisse Planmäßigkeit in dem Aufbau unserer Obstanlagen eintritt. Was kann nun vom Land aus geschehen? Wir hatten früher im Land Niederösterreich Versuchsanlagen, eine in Amstetten und eine in Korneuburg. Die Auswirkung der Tätigkeit dieser Anlagen können wir heute noch genau beob-

achten. Wir wissen, daß der Bezirk Amstetten unser größtes Obstbaugebiet geworden ist und es ist eine Freude, zur Blütezeit durch diesen Bezirk zu fahren. Beide Anstalten sind nun leider verschwunden. Es ist meiner Meinung nach höchste Zeit, daß solche Versuchsanstalten in den verschiedenen Obstbaugebieten Niederösterreichs wieder errichtet werden. Unsere Gebiete sind derart verschiedenartig, daß solche Obstversuchsanlagen in besonders bevorzugten Gebieten nicht ausreichen. Wir müssen eine solche Versuchsanstalt jedenfalls oben im Waldviertel haben. Es müßte solche Versuchsanstalten aber auch im gebirgigen Gebiet geben, denn es ist nicht wahr, daß sich diese Gebiete nicht für den Obstbau eignen. Mit dem, was man aus den Obstbaumschulen im Tullner Feld oder Marchfeld bezieht, kann man natürlich im Waldviertel und in den südlichen, gebirgigen Teilen unseres Landes keinen Obstbau betreiben, aber auch für diese Gebiete gibt es ganz vorzügliche Sorten, die den Obstbau auch in diesen Gebieten noch zu einem lohnenden Erwerb machen würden. Diese Verhältnisse zu prüfen wird Aufgabe dieser Anstalten sein. Es wird notwendig sein, Bodenuntersuchungen zu machen, um festzustellen, welche Sorten, Unterlagen und Baumarten überhaupt sich für das betreffende Gebiet eignen. Wir brauchen uns nur die Kremser Gegend ansehen, was war dort vor 30 Jahren für ein Obstbau? Kaum nennenswert! Heute haben Sie dort herrlich blühende Obstanlagen, die jedes Jahr neue und reiche Ernte bringen. Wir haben z. B. amerikanische Äpfel eingeführt zu einem ganz unglaublichen Preis. Es wird mit der Zeit sicherlich möglich sein, unsere Mitbewohner zu überzeugen, daß wir imstande sind, viel bessere Äpfel auf den Markt zu bringen, als diese amerikanischen Äpfel, die wohl sehr schön aussehen, aber sich geschmacklich gar nicht mit unseren Edeläpfeln, die bei uns wachsen, vergleichen lassen. Meiner Meinung nach werden wir hinsichtlich des Getreidebaues bestimmt nicht mit den weiten Ebenen Amerikas konkurrieren können, aber in bezug auf Obst werden wir immer und für alle Zeiten infolge unserer klimatischen Vorzüge jede Konkurrenz aushalten. Wir haben es daher nicht notwendig, Obst einzuführen, sondern wir werden in der Lage sein, unser Obst als wertvolles Kompensationsobjekt ins Ausland zu bringen und damit Güter einzutauschen, die wir einführen müssen, weil wir sie in der Menge, die wir brauchen, auf eigenem Grund und Boden nicht erzeugen können. Das ist der Hauptgrund, warum wir eine großzügige Aktion in der Beziehung des Obstbaues ins Leben rufen

sollen. Der Herr Kollege Mentasti hat uns erzählt, daß man Vorsorge getroffen hat, den Baumschulen durch Einführung von Obstunterlagen die Möglichkeit zu geben, ihre Baumschulbestände wieder aufzufrischen. Ich war in der Kammer drüben und habe gesehen, was da eingeführt wurde. Es ist unglaublich, wie hoch die Preise sind. Daß man da mit unseren Stoppreisen nicht auskommt, ist klar. Diese Unterlagen müssen wieder zurückgehen, weil sie ganz einfach dürr und unbrauchbar sind und dabei noch einen Preis haben, der die Veredlungen, die damit erzeugt werden können, von Haus aus gewaltig verteuern würde. Wir müssen uns soviel als möglich und wo wir können vom Ausland unabhängig machen. Ich habe nie begriffen, warum bei uns immer und immer wieder Obstunterlagen eingeführt wurden. Wir selber sind imstande, diese Obstunterlagen zu produzieren und wir müssen den Landwirten begreiflich machen, daß es überhaupt keinen Zweig der Landwirtschaft gibt, der einen so großen Reinertrag bringen kann, wie gerade diese Obstunterlagen. Selbst wenn wir die billigen Preise in Rechnung stellen würden, kämen auf den Quadratmeter Erträge heraus, die geradezu fabelhaft sind. Wir brauchen vor allem entsprechende Unterlagen für jene Sorten, die sich für uns eignen. Jeder, der sich mit Obstbau beschäftigt, weiß ganz genau, wieviel von der richtigen Unterlage für einen ertragreichen Obstbau abhängt. Man hat früher nie gewußt, warum tragen von zwei Bäumen der gleichen Sorte, wenn sie nebeneinander stehen, der eine reichlich, der andere nichts. Wir wissen jetzt, daß die Unterlage die Ursache ist. In einer so wichtigen Angelegenheit müßten wir daher alles daransetzen, diese Unterlagen selbst zu erzeugen, um uns vom Ausland unabhängig zu machen. Das hat meiner Meinung nach keine besonderen Schwierigkeiten und das wäre eine der Aufgaben der zu gründenden Versuchsanstalten in den verschiedenen Gebieten. Ein Hindernis, das einer solch großzügigen Ausgestaltung des Obstbaues entgegensteht, ist die Interessenlosigkeit der Landwirte. Der Obstbau ist immer und immer wieder nur so nebenbei behandelt worden, denn der Bauer sagt, dazu hätte er keine Zeit, dazu fehle ihm der Platz und dergleichen. Es wird heute von den Landwirten mit Recht immer und immer wieder über den Mangel an Grund und Boden geklagt, ein Bodenhunger sondergleichen macht sich geltend, aber gerade der Obstbau ist es, der imstande ist, auch auf kleinen Besitztümern seinen Mann wirklich zu ernähren. Ich kann Ihnen sagen, daß gerade in der Wiener Umgebung Leute sind, die nur ein paar Joch

Grund haben und die durch einen intensiven Obstbau ein auskömmliches Leben führen können, aber nicht nur jetzt, wo die Leute herauskommen und die paar Kilogramm Obst, die sie bekommen, gut bezahlen, sondern auch zu einer Zeit, wo es den Landwirten im großen und ganzen nicht sehr gut gegangen ist. Auch damals haben unsere Obstbauern ein sehr schönes und einträgliches Einkommen gehabt. Da heißt es also natürlich nicht rückständig sein. (3. Präsident übernimmt den Vorsitz.) Wenn wir z. B. sehen, daß in Niederösterreich Riesenanlagen von Ribisel sind, bei denen die eine Staude 10 bis 15 kg und eine andere 4 bis 5 kg abwirft, und wenn es bei Höflein einen Mann gibt, der eine große Anlage Stachelbeeren hat und der pro Staude — das wurde von der Landwirtschaftskammer amtlich geprüft —  $11\frac{1}{2}$  kg Durchschnittsertrag geerntet hat, so sieht man, daß hier Möglichkeiten sind, die nicht nur einem einzelnen gelingen, sondern jedem gelingen können, der sich wirklich damit befaßt und der seine Zeit und seine Arbeit darauf verwendet. Dazu ist es aber auch notwendig, daß wir das Wissen über diese Dinge verbreiten und allgemein machen.

Wir haben für alle Wissensgebiete eigene Schulen, nur gerade für den Obstbau gibt es eigentlich, wenn man es ganz genau nimmt, keine. Die Schule in Klosterneuburg, die eine Bundesschule ist, ist eine Weinbauschule, obwohl sie sich offiziell Wein- und Obstbauschule nennt. In Wirklichkeit ist sie eine Weinbauschule, in der der Obstbau nur so nebenbei unterrichtet wird. Auf der Hochschule wird im Obstbau fast gar nichts gemacht, weil sich für den Obstbau keine Hörer interessieren. Deswegen wird es Aufgabe des Landes sein, auch Obstbauschulen zu errichten, in denen für die Zukunft tüchtige Pomologen erzogen werden. Unsere Alten sind ausgestorben, Nachwuchs gibt es keinen und es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, für einen solchen Nachwuchs zu sorgen. Ich bin fest überzeugt, wenn es uns gelingt, alle Möglichkeiten, die uns unser Heimatland auf diesem Gebiet bietet, auszunützen, dann haben wir für unsere Heimat viel geleistet. Es gibt nicht viele Vorzüge, die uns in derart reichem Maß zur Verfügung stehen, wie gerade die für unseren Obstbau besonders klimatisch geeigneten Verhältnisse. Dies zu erkennen und auszunützen ist unsere Aufgabe. (Beifall links.)

Abg. ETLINGER (liest): Hoher Landtag! In den nun bereits abgeführten Sitzungen der Budgetberatung haben die Vertreter aller Parteien hier im Hohen Landtag wiederholt zu der Frage des Wiederaufbaues Niederösterreichs Stellung genommen und wurde auch

bereits zum wiederholten Male so ziemlich allen Ständen unseres Landes der Dank und die Anerkennung ausgesprochen, den diese in den vergangenen Monaten durch ihre Haltung, Opferbereitschaft und unbeugsamen Arbeitseinsatz sich bestimmt in überreichem Maße verdient haben. Mir dünkt, daß aber gerade einem Stand ein Übersehen zuteil wurde, der es aber sicherlich am wenigsten verdient, ungenannt zu bleiben, wenn es gilt, von Arbeitseinsatz und Opferbereitschaft zu sprechen. Das ist unsere brave und fleißige Bauernschaft Niederösterreichs! Es liegt mir vollkommen ferne, die Verdienste, die Opferbereitschaft der anderen Stände, seien es die Arbeiter oder die Vertreter des Handels und des Gewerbes, der freien Berufe zu schmälern oder gar zu bestreiten. Wir alle, die wir die Ehre haben, diesem Hohen Haus anzugehören, wissen, daß die gesamte Bevölkerung unseres engeren Heimatlandes Niederösterreich zu schwerst durch die Kriegsereignisse zu leiden hatte und doch treu und unverzagt in all der bitterschweren Zeit standgehalten hat. Es soll keine Zurücksetzung der anderen Stände sein, wenn ich im besonderen der Opferbereitschaft und Arbeitseinsatzwilligkeit unserer Bauernschaft Niederösterreichs gedenke, sie besonders erwähne und dadurch auch besonders hervorhebe. Über 41% der gesamten Bevölkerung Niederösterreichs gehört dem Bauernstand an. Fast die Hälfte der niederösterreichischen Bevölkerung vertritt jenen Stand, dem in der heutigen so schweren Zeit eine besondere Aufgabe zuteil wurde und wird. Aufgaben, von deren restlosen Lösung und Erfüllung zum nicht geringen Teil die Sicherheit und der Bestand unseres Vaterlandes abhängt. Und nun widerfuhr gerade diesem so wichtigen Faktor in unserer Wirtschaft seit mehr als zwei Jahren die allerbitterste Schwierigkeit, erstanden ihm mitunter schier unüberwindliche Hemmnisse. Schon vorher unter der Zeit der braunen Diktatur waren die Arbeits- und Lebensverhältnisse in der Landbevölkerung nicht leicht. Der seit langen Jahren bestehende Mangel an Arbeitskräften wurde durch die sich keiner vernünftigen Erwägung zugänglichen Einrückungsbefehle fast ins Unerträgliche gesteigert und verschärft. Die Schwierigkeit, unter denen die Landbevölkerung in einem gewissen latenten Zustand zu leiden hatte, erhob sich ins Katastrophale, als in den Frühlingstagen die geschlagene deutsche Armee plan- und regellos zurückflutete. Gerade als es galt, die Anbauarbeiten durchzuführen, als es galt, für das kommende Jahr die Aussaat durchzuführen, verging wohl kaum ein Tag, an dem jedwedes Arbeiten auf den Äckern und Feldern zur

Unmöglichkeit wurde. Dort, wo es den Befreiungsarmeen gelungen war, im raschen Vorstoß vorzudrängen, unterblieb vielfach der Frühjahrsanbau zur Gänze oder wurde der bereits durchgeführte Anbau durch Kriegshandlungen zerstört und vernichtet. Unzählbares Ackerland wurde durch Bombeneinwirkung für jede Bewirtschaftung unbrauchbar gemacht, Haus und Hof durch Artilleriebeschuß oder durch die abziehenden Truppen oder andere Kriegshandlungen niedergebrannt, Pferde und Wagen weggeführt. Wer jemals die verwüsteten und eingeäscherten Orte an der Ostbahnstrecke oder an der Südbahn, im Marchfeld oder hinauf in die Horner und Mistelbacher Gegend erschaut hat, der kann sich eine Vorstellung machen, welch namenloses Leid über tausende unserer bravsten der Bauern niedergeprasselt ist. Und dieses Leid, dieser Kummer und diese Plage und Vernichtung hat nicht Schluß gefunden, als endlich die Kampfhandlungen vorüber waren.

Dieses von mir dem Hohen Haus aufgezeigte Leid, dieser unsagbare Kummer, die bittere Not auf diesem Gebiet unserer niederösterreichischen Bauernschaft wird noch verschärft und vergrößert, daß tausende und abertausende Angehörige des Bauernstandes noch weit von ihrer Heimat entfernt einer unbestimmten Zukunft entgegenharren. Wer all diese Schwierigkeiten richtig erkennt und beurteilt, wird um so leichter die Leistungen unserer Bauern in den letzten zwei Jahren verstehen und dementsprechend hoch einschätzen. Die niederösterreichische Bauernschaft hat in den letzten zwei Jahren nicht nur ihre ganz selbstverständliche Pflicht erfüllt, nein, darüber hinaus hat sie aus der Erkenntnis der harten Notwendigkeit, des unbeugsamen Willens, alles daranzusetzen, um mit aller Kraft und Möglichkeit dem gesamten Volk zu helfen, in geradezu vorbildlicher und beispielgebender Opferbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit trotz aller Widerwärtigkeiten und Unbillen der Zeit ihre verpflichtenden und freiwilligen Arbeiten gelöst und ist ihnen gerecht geworden. Und dafür gebührt der Bauernschaft von Niederösterreich Dank und Anerkennung. Ich bitte das Hohe Haus, sich diesem Dank und dieser Anerkennung anschließen zu wollen.

Wenn ich heute hier im Hohen Haus als Bauernvertreter, der für die Anliegen aller Stände weitestgehendes und offenherzigstes Verständnis empfindet, im besonderen die Verdienste unserer niederösterreichischen Bauernschaft feststelle und festhalte, so kann ich andererseits nicht umhin, über bestimmte unehrliche, falsche und parteipolitisch aufgelegene Beschuldigungen und Beschimpfungen des Bauernstandes Klage und Rückweisung zu

erheben. Es ist keineswegs dem guten Einvernehmen der Stände, aber auch nicht dem der Parteien vom Vorteil, wenn immer wieder in gehässigster, unanständiger und demagogischer Art und Weise die gesamte Bauernschaft für die Fehler und Vergehen einzelner Pflichtvergessener verantwortlich gemacht wird. Die Bauernschaft hat bereits aus eigenen Reihen zu wiederholten Malen darauf verwiesen, daß sie nicht gewillt ist, Standesgenossen, die sich ihrer Pflicht und Verantwortung nicht bewußt sind oder werden, weiterhin zu ertragen oder gar zu decken. Ich kann dem Hohen Haus die bestimmteste Versicherung geben, daß die Bauern Niederösterreichs bestimmt den Willen, aber auch die Möglichkeit haben, dort, wo irgend einer aus ihren Reihen sich gegen die bestehenden Vorschriften und Gesetze wirklich vergeht, durchzugreifen und Ordnung zu schaffen. Wir wissen zu genau, daß Sonderinteressen und schädliche Einzelallüren in der Zeit schwerster Not untragbar sind. Aber genau so untragbar und schädlich ist eine volksverhetzende Pauschalverdächtigung eines Standes, nur deswegen, weil darunter das eine oder das andere unehrliche und den gesamten Stand schädigende Mitglied sich befindet. Vor kurzem wurde in Wien und Siegendorf ein ganz raffinierter Zuckerskandal durchgeführt. 47.500 kg Zucker wurden unrechtmäßig bezogen. Dieses Quantum entspricht einer halben Wochenration der Wiener Bevölkerung. Um diesen Zucker erzeugen zu können, ist die Bearbeitung von annähernd 17 ha Ackerland nötig. Wer die Kultur der Zuckerrübe kennt, kann ermessen, welch unendliche Arbeit, welcher Fleiß und Schweiß aufgebracht werden muß, um zu einem befriedigenden Ernteergebnis zu gelangen. Ganz bestimmt mehr, als zu der Gaunerei des Zuckerskandalen erforderlich war! Die näheren Berichte über diese Angelegenheit waren bisher ziemlich spärlich. Soviel wurde bekannt, daß ein Chinese, ein Prokurist und auch ein Betriebsrat bei diesem unerhörten, einzig dastehenden, wirklichen Volksverbrechen die Hände im Spiel hatten. Wem fielen nun ein, alle Chinesen als Volksverbrecher, Wirtschaftsschädlinge und Saboteure hinzustellen? Wer würde alle Prokuristen oder gar alle Betriebsräte als solche hinstellen? Würde dies nicht eine demagogische und unehrliche Verdrehung der gegebenen Tatsachen sein? Und wenn da oder dort ein unehrlicher, schmutziger und lumpiger Direktor oder Prokurist, Betriebsrat oder Arbeiter irgend eine Tat setzt, die wirklich einer Sabotage und einem Verbrechen gleichkommen sollte, wer würde daraus einen Schluß auf alle Angehörigen dieses Standes

oder Berufes ziehen? Wir Bauern wissen um die überwiegende Anständigkeit und Lauterkeit der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertreter. Ist bis zum heutigen Tag in diesem Hohen Haus die überwiegende Anständigkeit des Bauernstandes unbekannt geblieben? Ist sie vor allem unbekannt in jenen Kreisen, die sich nicht genug bemühen können, den Bauern parteipolitisch in ihre Reihen zu bekommen. Freilich liegt da die Sache anders, wenn einer sich einer anderen Richtung, als wie es der Bauernbund ist, zuwendet. Da kann auf einmal so ein sogenannter Saboteur ein armer von Paragraphen und Vorschriften verfolgter Landwirt sein, der nur aus Not und Verzweiflung gehandelt hat! Hohes Haus, bleiben und werden wir ehrlich! Nehmen wir alle zu allem Geschehen das gleiche Maß und vergehen wir uns nicht an der Wahrheit. Das Hetzen und Verhetzen hat wahrlich niemals einem Volk Nutzen und Vorteil gebracht. Da sind wir doch alle schon draufgekommen, und ich glaube, auch die Vertreter der anderen Parteien hier in diesem Saal. Wenn nicht, dann ist es tief bedauerlich und wäre es schade um die Vergeblichkeit all der bitteren, traurigen Jahre, die wir gemeinsam in Not und Elend verbringen mußten! Im Interesse gemeinsamer Aufbauarbeit unseres Niederösterreich, aber darüber hinaus unseres gesamten Vaterlandes appelliere ich eindringlichst und aufrichtigst an die beiden Parteien von der linken Seite, künftig objektiver, aufrichtiger und sachlicher die mühevollen und unter den schwersten Verhältnissen geleisteten Arbeiten der gesamten Bauernschaft zu beurteilen und darüber in ihren Blättern zu berichten.

Hohes Haus! Es hat wohl noch selten eine Zeit gegeben, in der soviel von Freiheit geredet wurde, wo so wenig Freiheit wirklich zu verspüren war wie gerade heute! Ich will jetzt nicht über die so sehnsuchtsvoll erhoffte und immer wieder versprochene Freiheit des Vaterlandes sprechen. Ich will nicht über die Freiheit und Menschenwürde des Arbeiters in den Fabriken und Arbeitsstätten viele Worte verlieren. Wir alle wissen, daß es in der Wirklichkeit wohl ganz anders aussieht als in der Theorie. Und wenn jemand glauben sollte, daß die Bauernschaft über besondere Freiheit verfügt, der könnte sich gar rasch überzeugen, daß auch in diesem Stand davon gar wenig zu sehen ist. Das Wort vom freien Bauern auf freier Scholle ist in einem Dickicht von Verordnungen und Vorschriften, Paragraphen und Anweisungen verloren gegangen. Wir Bauern sind klug und verständig genug, um nicht zu wissen, daß die heutige Zeit und ihre Mühseligkeiten nur dann restlos gemeistert werden können, wenn allgemein gültige, Handel und

Wandel leitende und lenkende Bestimmungen festgelegte Bahnen weisen. Gewiß, wir erhoffen und erstreben auch sobald als möglich wirtschaftspolitische Freiheit im Rahmen der gegebenen Möglichkeit. So wie alle Freiheitsliebenden in Österreich, so wünschen wir Bauern uns ehestens die volle Freiheit unseres Handelns. Noch ist die Zeit dazu nicht gegeben und, wie bereits gesagt, können wir vernünftig und gerecht gehandhabten Vorschriften Verständnis entgegenbringen, freilich ohne daran besonderen Geschmack zu finden. Mit aller Kraft und Entschiedenheit wenden wir uns aber gegen eine Auslegung und Handhabung von Vorschriften und Gesetzen, die allein oft aus parteipolitischen, oft aus bürokratischen Erwägungen oder aus Unkenntnis getätigt werden. Der Bauer darf nicht Freigut parteipolitischer Agitation werden, genau so wenig, wie engherziger, kleinlicher Paragraphenreiterei!

Ein besonderes Kapitel, das unerschöpflich ist an verschiedenen Auslegungen und Handhabungen, bildet das Bedarfsdeckungsgesetz. Das Bedarfsdeckungsgesetz, das in seiner nun sehr verschärften Handhabung eine ganz besondere Härte gegenüber der Bauernschaft bedeutet, ist an und für sich schon bei gerechter Auslegung der Bestimmungen auf die Dauer untragbar. Kommt noch dazu eine ungerechte Spruchpraxis der Schnellgerichte, so kann ein Urteil die Existenz einer ganzen Bauernfamilie in Frage stellen. Einige Beispiele mögen das Vorgebrachte beleuchten und bestätigen.

Ein Bauer im Bezirk Scheibbs verkauft zum gesetzlichen Preis zwei Ferkel. Diese waren vorschriftsmäßig mit ordnungsmäßigem Viehpaß abgedeckt. Der Bauer wird vom Schnellgericht St. Pölten zu drei Wochen Arrest verurteilt, weil die Dringlichkeitsbescheinigung fehlte. Ich möchte feststellen, daß durch Erlaß der Bezirkshauptmannschaft Scheibbs die Erbringung einer Dringlichkeitsbescheinigung nicht notwendig ist.

Ein zweiter Fall. Ein anderer Bauer verkaufte ein Paar Zugochsen in die Nachbargemeinde ebenfalls zum gesetzlich erlaubten Preis. Ebenfalls ist dieser Verkauf ordnungsgemäß mit Viehpaß abgedeckt. Auch war, weil nicht nötig, keine Dringlichkeitsbescheinigung vorhanden. Dasselbe Gericht verurteilte diesen Bauern zu zwei Wochen Arrest und zum Verfall der Kaufsumme von 2100 S.

Wieder ein anderer Bauer verkauft zum gesetzlich vorgeschriebenen Preis ein Kalb. Viehpaß ist vorhanden, Dringlichkeitsbescheinigung fehlt. Urteil des Schnellgerichtes St. Pölten drei Wochen Arrest und 2000 S Strafe.

Wieder ein anderer Bauer benötigte Saatkartoffeln und tauschte sich dieselben gegen Kleie bei einem anderen ein. Der Bedarf an Kartoffeln war dringendst, da ansonsten die Anbauarbeiten verspätet hätten durchgeführt werden müssen. Andererseits wurde die Kleie für Viehfütterung verwendet und so die Milchsteigerung gesichert. Das Schnellgericht St. Pölten findet es für gerecht, im Sinne des Bedarfsdeckungsgesetzes den Mann zu einer Arreststrafe von einem Monat zu verurteilen.

Das sind nur einige Beispiele. Ich könnte dem Hohen Haus noch mehr solcher krasser Fehlentscheidungen vorlegen. Trotzdem die Käufe vollkommen in Ordnung und nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie nach den Vorschriften der Bezirkshauptmannschaft durchgeführt wurden, sind diese Leute empfindlichst bestraft worden.

Hat man heute nichts anderes zu tun, als Bauern, die nichts getan haben, einfach einzusperrern? Oder glaubt man, daß die Bauernschaft über Geldmittel verfügt, die solche enorme Strafen erlauben? Schauen Sie sich doch einmal die Preise an, die der Bauer für seine Erzeugnisse bekommt! Für ein Ei 10, für ein Kilo Kartoffel 9 und für einen Liter Milch 32 Groschen. Man treibt mit solchen Handlungen ja zielbewußt zum Schwarzverkauf, bei dem ganz andere Preise erzielt werden.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, alles daranzusetzen, damit künftig solche Fehlurteile unterbleiben und die bereits gefällten überprüft und aufgehoben werden. Das Bedarfsdeckungsgesetz ist sicherlich nicht sehr demokratisch, ist aber vor allem ungerecht, parteiisch und daher in seiner heutigen Form unhaltbar. Ungerecht und parteiisch, weil es sich nur auf die Produkte und Erzeugungen der Bauernschaft bezieht. Wenn der Bauer aber andererseits lebenswichtige Materialien und Geräte, Werkzeuge und Maschinen benötigt, dann erhält er auf normalem Weg in den seltensten Fällen das Gesuchte. Wie oft kommt es vor, daß nicht ein Nagel im Haus zu finden ist, um die nötigsten Reparaturen durchführen zu können. Und dabei ist mir bekannt, daß in manchen Eisenhandlungen Nägel in nicht zu geringer Menge lagernd sind, ja sogar in Zeitungsinserten angeboten werden. Jetzt ist höchste Zeit, daß die Instandsetzung der Weidezäune durchgeführt wird. In kürzester Zeit soll das Jungvieh auf den Almen getrieben werden. Es wird unterbleiben müssen, weil die Nägel nicht erhältlich sind, die Zäune in Ordnung zu bringen. Und was das für unsere Vieh- und Futterwirtschaft bedeutet, kann eben wieder nur der verstehen und ermessen, der

genügend Einsicht und Klarheit, aber auch objektives Denken über diese Frage besitzt. Genau so liegen die Verhältnisse bei Beschaffung von allen anderen Eisenwaren, seien es nun Pflugscharen, Schmiedeisen, Draht und alle übrigen einschlägigen Eisenwaren. Ja, auf normalem Weg ist es den Bauern kaum möglich, sich die so dringend notwendigen Materialien zu beschaffen. Er muß entweder wahnsinnig hohe Preise zahlen oder aber eben einfach wieder etwas Nahrhaftes dafür liefern. Diese Zustände sind untragbar. Untragbar für die Bauernschaft, aber auch untragbar für die gesamte Wirtschaft. Bedarfsdeckungsgesetz gut, aber dann dieses Gesetz für alle Mangelwaren, die lebenswichtig und für große Teile der Bevölkerung existenzbedeutend sind. Die Bauernschaft Niederösterreichs verlangt daher die Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf jene Waren, die, wie gesagt, als lebenswichtig zu bezeichnen sind und nicht aus der Landwirtschaft kommen.

Über den Mangel von Arbeitskräften in der Landwirtschaft ist schon so viel gesprochen worden, daß ich wohl glaube, diese Frage im besonderen nicht weiter erörtern zu müssen. Es wird aber auch immer viel von den vollen Fleischtöpfen der Bauern gesprochen. Man sollte doch glauben, daß nun ein Strom von Arbeitswilligen sich in die Richtung dieser Fleischtöpfe ergießt. Nun, dies ist leider nicht der Fall. 70.000 Arbeitskräfte fehlen in der Landwirtschaft. Es ist natürlich ganz unmöglich, daß dieser Kräftenmangel restlos auch durch die aufopfernde Tätigkeit der Bauern und ihrer Familien aufgeholt werden kann. Es muß sich auch in der breiten Bevölkerungsmasse das Verständnis durchsetzen, daß Arbeiten am Land keineswegs eine Schande oder Herabsetzung der persönlichen Bewertung des Arbeitenden bedeutet. Die Schaffung eines modernen, weitgehenden Landarbeitergesetzes wird in nächster Zeit den Nationalrat beschäftigen. Die gesamte Bauernschaft begrüßt dieses Gesetz und ist sich dessen sicher, daß, wie auf allen anderen sozialen Gesetzgebungen, auch hier Österreich beispielgebend voranschreiten wird. Die Gediegenheit und Güte, die klare soziale Einstellung des Gesetzesvorschlages hat auch beachtenswerterweise die Anerkennung der linksstehenden Parteien gefunden. Die Landarbeiterfrage sozial, gerecht, lebensbejahend, modern und weitestgehend zu regeln, ist nicht nur Aufgabe der Bauernschaft, sondern darüber hinaus vordringlichste und vornehmste Aufgabe aller verantwortungsvollen und gewissenhaften Wirtschaftler und Politiker!

Hoher Landtag! Wenn ich in meinen bisherigen Ausführungen die Sorgen und An-

liegen der Bauernschaft vorgetragen habe, so will ich damit lediglich einen wahrheitsgetreuen und der Wirklichkeit entsprechenden Tatsachenbericht dem Haus vorgelegt haben. Dieser Bericht würde aber auch im bescheidenen Rahmen unvollständig und lückenhaft sein, würde ich nicht imstande sein, die vorher aufgezeigte Opferfreudigkeit und Arbeitsbereitschaft der niederösterreichischen Bauern unter Beweis zu stellen.

Im nachfolgenden erlaube ich mir dem Hohen Haus die im Wirtschaftsjahr 1946/47 getätigten Ablieferungsziffern zu unterbreiten. Diese Angaben betreffen den Bezirk Scheibbs und sind genauest festgestellt worden. Bis zum Jahre 1944 wurden in den Bezirk Scheibbs jährlich 100 Waggon Kartoffeln zu je 10 t eingeführt. Für das Jahr 1944 wurden diesem Bezirk an Ablieferungspflicht für Kartoffeln 90 Waggon zu je 10 t vorgeschrieben. Abgeliefert hat der Bezirk Scheibbs im Jahre 1946 das Dreifache, nämlich 270 Waggon zu 10 t. In der Schlachtviehlieferung wird bis Ende April die Zahl von 5107 Rinder und über 1000 Kälber erreicht sein. Für die Weihnachts- und Osteraktion hat der Bezirk 749 Schweine aufgebracht und 610 kg Fett. An Getreide ist die Ablieferungsvorschrift, die mit 220 Waggon bereits um 60 Waggon höher gewesen war als in früheren Jahren, 100%ig erfüllt. Wir alle erinnern uns noch der katastrophalen Dürre im Vorjahr, die unermesslichen Schaden verursachte. Und doch hat die Bauernschaft des Bezirkes ihre Pflicht erfüllt bis zum äußersten. Doch, wie schon eingangs erwähnt, nicht nur die selbstverständliche Pflicht ist erfüllt worden, sondern darüber hinaus haben die Bauern des Bezirkes aus freien Stücken große Mengen an Lebensmitteln aus ihren Selbstversorgerquoten aufgebracht. Die Traisental-Aktion erbrachte 9252 kg Brotgetreide, 1111 kg Mehl, 321 kg Fleisch und Fett, 8164 Stück Eier und 36.810 kg Kartoffeln. Wer kann da noch von einer Sabotage sprechen, von Volksverbrechern? So wie in diesem Bezirk, so ist in allen anderen Bezirken pflichtgetreuest und opferwilligst ans Werk gegangen worden!

Aber nicht nur in der Frage der Ernährung hat die Bauernschaft des Bezirkes vollauf ihren Mann gestellt. Das für den Wiederaufbau so notwendige Holz wurde bis an die Grenze des nur Menschenmöglichen geschlägert und zum größten Teil aus dem Bezirk ausgeführt. Die nachstehenden Zahlen nehmen nur Bezug auf rein bäuerlichen Besitz. Die Staatsforste sind unberücksichtigt. Vom 1. April 1944 bis 31. Jänner 1945 wurden insgesamt über 31.000 Festmeter Holz aufgebracht. Im Jahre 1946 waren es über

45.000 Festmeter. Auch hier ersieht man die tatkräftige Einsetzung des Bauernstandes, wenn es gilt, an der Wiedererrichtung unseres Vaterlandes Hand anzulegen.

Hohes Haus! Wenn ich meinen vorgebrachten Bericht nun beende, so kann ich es nicht unterlassen, einige ernste Gedanken zum Ausdruck zu bringen und die Vertreter der anderen Parteien zu bitten, diese Gedanken beherzigen zu wollen. Wir alle sind berufen vom Vertrauen unserer Wähler, hier in diesem Hohen Haus über das Wohl und Wehe unseres Heimatlandes Niederösterreich und seiner Bevölkerung in demokratischem Denken, ehrlich und aufrichtig zu beratschlagen und schließlich die besten, dem Land und dem Volk gedeihlichen Beschlüsse zu fassen. Wir stehen inmitten der Beratungen zu der Budgetvorlage für das laufende Jahr. Lassen wir uns hier in allem und jedem einzig und allein leiten von dem Gedanken der Verantwortung, die uns durch den Willen unserer Wähler übertragen wurde. Lassen wir hier in diesem Hohen Haus, aber auch draußen im Land alles Verhetzende und Entzweidende weg. Wir wissen, daß nur gemeinsame Arbeit, gemeinsames Mühen, aber auch gemeinsames Miteinandergehen Erfolg bringen kann. Alles muß unterbleiben, was Ursache ist, das Volk wieder in zwei sich scheel ansehende Gruppen zu spalten. Unterlassen Sie, meine Herren von der linken Seite, jedweden ungerechtfertigten Angriff und jedwede Verhetzung. Im gegenseitigen Vertrauen, in gegenseitiger Achtung werden wir zusammenfinden und gemeinsam arbeiten. Und das ist unsere Verpflichtung, unsere ernste und heiligste Aufgabe. Dann werden auch wir unseren Teil redlich und bestens beigetragen haben zum Wohle, zum Wiederaufbau unserer lieben engeren Heimat, unserem schönen, gottgesegneten Niederösterreich! (*Beifall rechts.*)

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Es war zu erwarten, daß dieses Kapitel des Vorschlages eine ziemlich lebhaftige Diskussion auslösen wird. Es ist auch begreiflich, da die Dinge, die dieses Kapitel behandelt, heute eben wirklich alle Schichten des niederösterreichischen Volkes betreffen. Ich bin jedoch der Meinung, daß der Vortrag des Herrn Abgeordneten Etlinger in diese Diskussion, in den Rahmen dieses Kapitels nicht hineinpaßt (*Rufe links: Sehr richtig!*), und zwar deswegen, weil ich es einfach nicht verstehe, daß man uns ermahnt, wir sollen von Verhetzungen Abstand nehmen, wo man dies von der Gegenseite verlangen könnte. Andererseits halte ich es für sehr gefährlich, daß in diesem Hohen Haus einige Urteile aufgezeigt werden, die niemand überprüfen kann, und die Justiz



so aus dem Ärmel heraus angegriffen wird, wodurch leicht das Vertrauen des Volkes zur Justiz erschüttert werden könnte, ein Zustand, den keiner derjenigen wünschen kann, die darnach streben, daß im Land Ordnung und Recht herrscht. Es ist nicht zweckmäßig, wenn man immer und immer wieder nur davon spricht, wie schwer die Lebenslage eines einzigen Standes ist. Not und Elend herrschen im ganzen Land und alle Stände haben reichlich daran zu tragen, dieses Hungerdasein überhaupt noch länger auszuhalten. Es wurde schon wiederholt betont, daß die Ernährungslage im Land eine außerordentliche Katastrophe bedeutet. Ein krisenhafter Zustand, wie es geheißen hat, ist wieder eingetreten und das ist ohne weiteres zu unterstreichen. Es kommt nun noch der Umstand dazu, daß in weiten Gebieten nun auch die Erdäpfel zu Ende gehen. Die eingelagerten Kartoffeln sind aufgegessen und wir werden in den nächsten Wochen damit rechnen müssen, daß die hungernden Menschen, die in Arbeit stehen, auch noch kommen werden, man soll ihnen wenigstens Kartoffeln geben. Dieser Zustand ist heute schon zu beobachten. In den letzten Wochen häufen sich immer mehr die Fälle, wo die Menschen zu den Bürgermeister kommen und inständig bitten, man möge ihnen wenigstens Erdäpfel geben, weil sie das, was sie eingelagert gehabt haben, schon verzehrt haben. Wir wissen, daß das Problem der Ernährung und das der Landwirtschaft nicht damit gelöst wird, wenn man nur davon spricht, daß man produziert und abliefern. Wir sind uns der Schwierigkeiten in der Landwirtschaft vollkommen bewußt. Wir kennen schon die großen Probleme, wie das Fehlen der Arbeitskräfte und der verschiedenen anderen Dinge, wie z. B. der Zugtiere, Traktoren und der notwendigsten gewerblichen Gegenstände im Bauernhaushalt. Das sind Dinge, die schon Allgemein bekannt sind. Es kann aber nicht ernstlich gesagt werden, daß das Fehlen dieser Dinge so produktionshemmend wirkt, daß man immer wieder davon spricht, noch dazu angesichts der Tatsache, daß die Stadtbevölkerung leider jetzt schon zwei Jahre hindurch hungert und, wie die Dinge liegen, zur Überzeugung gelangt ist, daß dieses Hungern auch nach der dritten Ernte kein Ende finden wird. Es ist meines Erachtens nicht gut, wenn man Mitleid schindet mit den eigenen Schwierigkeiten, sondern ich glaube, wenn man von Zusammenarbeit spricht, muß man objektiv, korrekt die gesamte Situation des Landes zu beurteilen verstehen. Ich habe als Bürgermeister in einer Industriestadt die Erfahrung, daß wirklich die breiten Massen der Bevölkerung nicht in

der Lage sind, sich einmal in der Woche anständig satt zu essen. Diese traurige Tatsache soll meines Erachtens aus menschlichen Motiven heraus auf das tiefste erschüttern und sie müßte den Landtag dazu zwingen, abzuwägen, wo die Not am größten ist. Es müßten alle sachlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit es uns gelingt, mindestens die Menschen zu trösten, daß die kommende Ernte hundertprozentig erfaßt und die Hungerration von 1550 Kalorien überwunden und um mindestens die Hälfte erhöht werden wird. Ich fürchte, daß mit diesem Ernährungssatz ein neuer Winter in Österreich nicht mehr ertragen werden wird. Es ist zu befürchten, daß die Arbeiter in der Industrie nicht mehr weiter können und dann das wenige, was hier noch produziert wird, uns ebenfalls fehlt, was dann die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft wieder vergrößern wird. Wir haben früher einige Beispiele gehört, wie sich die schlechte Ernährungslage auswirkt.

Es ist unbedingt notwendig, daß man den Hohen Landtag jetzt schon aufmerksam macht, daß man sich nicht wieder in Optimismus wiegen darf, wie es zwei Sommer hindurch gegangen ist, nämlich daß man nur Anschluß an die neue Ernte zu finden braucht, um aus dem Ärgsten herauszukommen. Es hat sich gezeigt, daß dieser Optimismus falsch war und daß das Gegenteil eingetreten ist. Ich glaube, daß es notwendig ist, alles daranzusetzen und alles dazu beizutragen, daß die Landwirtschaft produzieren kann. Ich will dies heute nicht im Detail aufzählen, denn da kämen wir ins Uferlose, aber jedenfalls muß schon heute alles darangesetzt werden, daß die Produkte, die in diesem Land geerntet werden, wirklich der Industriebevölkerung zu kommen.

Wenn Sie über die Preispolitik klagen, die nicht in Ordnung ist, stimme ich Ihnen zu, aber es liegt in Ihrer Hand, dafür zu sorgen, daß diese Preispolitik so gestaltet wird, damit diese krassen Ungerechtigkeiten, dieser Zwang zum Schleichhandel und zu Kompensationsgeschäften wenigstens teilweise beseitigt werden. Wir haben Überprüfungen bei verschiedenen Berufsgruppen vornehmen lassen und ich will nur einen einzigen Fall herausgreifen, um zu zeigen, wie sich die Ernährungsverhältnisse auf die Industriebevölkerung praktisch auswirken. In einem Industriebetrieb wurden die Lehrlinge vom Amtsarzt untersucht, 57 an der Zahl. Es wurde festgestellt, daß von diesen 57 Lehrlingen zwei als gut ernährt zu bezeichnen waren (*Rufe: Hört, hört!*), 15 Fälle wurden vom untersuchenden Arzt als mangelhaft ernährt hingestellt und

40 von diesen 57 wurden als ausgesprochen unterernährt registriert, dabei wurden Gewichtsfehlbeträge bis zu 20 kg bei den einzelnen Jugendlichen festgestellt. Sie sehen daraus, daß es hier nicht um eine Agitation geht, daß es nicht ums Hetzen geht, wenn man immer wieder beschwörend davon spricht, daß alles getan werden muß, diese unerträgliche Ernährungslage zu beheben. Wir wollen nicht hetzen, wir wollen nur appellieren an das Gewissen des Hohen Hauses, daß hier wirklich unter Rückstellung aller eigenen Vorteile, aller egoistischen Motive das Äußerste aufgeboten wird, damit die kommende Ernte dem arbeitenden Volk gesichert wird. *(Beifall links.)*

Landeshauptmannstellvertreter POPP *(zur Geschäftsordnung)*: Hoher Landtag! Der Herr Abg. Etlinger hat hier eine Vorlesung mit Ermahnungen und Belehrungen, wie er sich ausgedrückt hat, an die beiden linken Parteien des Hauses gehalten. Wir haben diese Vorlesung mit viel Ruhe und Geduld angehört und ich habe auch gar nicht die Absicht, darauf zu reflektieren und etwa mit der gleichen Münze zu antworten. Ich mache nur auf eines aufmerksam: der § 41 der Geschäftsordnung des Niederösterreichischen Landtages, die schließlich jedem Mitglied des Landtages bekannt sein sollte, sagt im Wortlaut *(liest)*:

„Das Ablesen schriftlich abgefaßter Vorträge ist nur den Berichterstattenden der Ausschüsse sowie den Mitglieder der Landesregierung und bei Beantwortung von Anfragen gestattet.“

Es ist meines Erachtens ein Armutszeugnis für einen Abgeordneten des Hauses, wenn er mühsam zusammengereimte Sätze hier vorliest; ich will gar nicht einmal beurteilen, ob er sie gut oder schlecht vorliest. Ein Abgeordneter muß doch mindestens imstande sein, seinen eigenen Gedanken mit eigenen Worten Ausdruck zu verleihen. Das ist ja der Sinn der Geschäftsordnung, daß hier nicht Gedanken eines anderen, die in der Schreibstube gemacht werden, hier zur Verlesung kommen.

Ich bin nicht berufen, der Erzieher dieses Hohen Hauses zu sein, ich fühle mich aber dazu berufen, wenigstens darauf zu dringen, daß die Geschäftsordnung eingehalten wird, weil sie dem Ansehen der Abgeordneten dieses Hauses dient.

Ich erkläre Ihnen, wenn die Geschäftsordnung weiter so gehandhabt werden würde, so müßten wir unser weiteres Verhalten darnach richten. Ich stelle an den Vorsitzenden, den Präsidenten oder wer immer es ist, das Ersuchen, daß er die Geschäftsordnung — und

dazu ist er ja verpflichtet — so handhabt, wie sie eben beschlossen ist.

Ich erkläre weiter, daß wir solchen Vorlesungen künftig nicht mehr beiwohnen, sondern den Saal verlassen würden. Wir haben es diesmal aus dem Grund nicht getan, weil wir die Nöte der Bauernschaft wohl verstehen und wir nicht mißdeutet werden wollen, daß wir etwa kein Interesse für die Nöte und Sorgen des Bauernstandes hätten.

Eine solche Form der Rede, abgesehen von ihrem Inhalt, ist dieses Hauses nicht würdig. *(Beifall links.)*

3. PRÄSIDENT: Ich ersuche alle Frauen und Herren des Hohen Landtages, sich den § 41 der Geschäftsordnung durchzulesen und sich an seine Bestimmungen zu halten.

Zum Wort gelangt Herr Abg. Bogenreiter.

Abg. BOGENREITER: Hohes Haus! Es ist in diesem Hohen Haus schon sehr viel über die Bildung und besonders über die Schulpflicht der bäuerlichen Jugend gesprochen worden. Ich begrüße es deshalb ganz besonders, daß wir heuer in unserem Budget einen Kredit für Stipendien eingesetzt haben, damit es den Gebirgsbauernsöhnen ermöglicht werden soll, Landwirtschaftsschulen zu besuchen. Die Gebirgsbauern müssen ohnedies hart um ihre Existenz kämpfen und haben keine andere Einnahmen als jene aus den Viehverkäufen, wobei das Vieh derzeit noch abgeliefert werden muß, so daß diese Leute oft in finanziellen Schwierigkeiten sind. Ich begrüße es deshalb ganz besonders, daß den Bauernsöhnen aus dem Gebirge und auch den Dienstboten, die Interesse daran haben, durch die Gewährung von Stipendien Gelegenheit geboten wird, eine solche Schule zu besuchen.

Ich möchte weiter zum Ausbau der Seilbahnen Stellung nehmen. Man sieht jetzt im Gebirge schon sehr viele Seilbahnen und ich möchte die zuständigen Stellen auf die Notwendigkeit der Belieferung der Bauern mit Drahtseilen, Schrauben, Klammern usw. aufmerksam machen, deren Beschaffung heute große Schwierigkeiten macht. In verschiedenen Geschäften liegen oft solche Materialien herum, aber sie geben sie nicht heraus, weil die Bauern dafür keine Eisenmarken hergeben können. Man soll diese Materialien entweder freigeben oder man gibt den Bauern ein gewisses Kontingent Eisenmarken, damit sie sich diese Materialien auf ordentlichem Weg beschaffen können und nicht im Schleichweg kaufen müssen.

Es ist im Voranschlag auch etwas für die Alpverbesserungen vorgesehen. Ich habe da folgendes zur Erwägung zu stellen. Die Almen sind von den Straßen sehr weit entfernt. Die

Leute, die nun bei den Verbesserungsarbeiten auf den Almen beschäftigt sind, müssen schon am Montag zur Arbeitsstätte und können erst am Samstag nach Hause zurückkommen. Wenn der Arbeiter aber am Montag fortgeht, kann er sich nicht so viele Lebensmittel mitnehmen, daß er die ganze Woche damit auskommt, weil er sie eben nicht hat. Dadurch treten gewisse Schwierigkeiten bei der Durchführung der Arbeiten auf, auf die man Bedacht nehmen sollte.

Wenn vielleicht dadurch das veranschlagte Geld für die Alpverbesserungen nicht erschöpfend verwendet werden könnte, sollte man es für einen anderen Zweck verwenden.

Wichtig ist auch der Ausbau der Güterwege. Er beansprucht wenig Material und dem Arbeiter ist auch die Möglichkeit geboten, daß er beim Bauern wohnt, wo der Güterweg gebaut wird. Dadurch ist auch die Lebensmittelversorgung des Arbeiters nicht in Frage gestellt.

Ich möchte an das Hohe Haus appellieren, daß die Güterwegbauten mit allem Nachdruck und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefördert werden.

Eine Förderung der Landeskultur liegt auch darin, daß man den Bauern die nötigen Geräte und die verschiedenen Artikel, die sie sehr notwendig brauchen und die sie sich infolge des Krieges nicht haben nachschaffen können, z. B. Draht zum Einzäunen der Weiden, Nägel und Klammern usw., zur Verfügung stellt. Diese Artikel liegen wohl in den Geschäften herum, aber der Bauer bekommt sie nicht, weil er keinen Eisenschein hat. Man darf sich daher nicht wundern, wenn der eine oder andere Bauer sich mit dem Schleichhandel befaßt, da er sich diese Sachen auf legalem Weg und mit barem Geld nicht kaufen kann.

Eine andere Sache, die uns Bauern im Gebirge bei der Arbeit hinderlich ist, ist die, daß wir von der Holzwirtschaftsstelle zu wenig Holzeinkaufsscheine bekommen. In unseren Gegenden ist wohl Holz vorhanden und trotzdem können sich die Bauern das nötige Holz zu den notwendigen Reparaturen an ihren Gebäuden und Scheunen nicht verschaffen. Im Gebirge ist schon so manches Haus durch den Schneeedruck gefährdet und es gibt kaum eine Gemeinde, die nicht Wirtschaften aufweist, wo die Scheunen vor dem Einsturz stehen. Bei der Beschaffung von Holzscheinen werden aber immer Schwierigkeiten gemacht.

Ich möchte daher an die Holzwirtschaftsstelle appellieren, daß man nicht so engherzig sein soll. Mit den paar Metern Holz, die hinausgegeben werden, kann der Betreffende gar nichts anfangen. Auch die Keuschler, die

meistens nur ein paar Kühe und keinen Wald haben und deren Häuser nur mit Brettern gedeckt sind, bekommen nicht die notwendigen Holzscheine. Es wird oft eingewendet, man könne nicht so viel Holzscheine ausgeben, weil das Holz für den Wiederaufbau in der Stadt kontingentiert ist oder weil es zur Ausfuhr dient. Dazu kann ich nur sagen, daß diese Kontingente nicht beeinträchtigt werden, weil ja die Bauern nur dorthin zur Schlägerung angewiesen werden, wo Windbruch oder Käferholz ist. Die Bauern würden sich nicht nur selbst nützen, sondern sie würden auch dazu beitragen, daß die Käfergefahr vermindert wird, indem sie das Holz verschaffen. Man sollte also eine entsprechende Menge Holzscheine ausgeben, damit sich die Leute das Holz verschaffen können.

Zum Schluß richte ich noch einen Appell an die kompetenten Stellen, daß wir auch die nötigen Zugtiere bekommen. Wie man immer hört, besteht in der Steiermark ein Pferdeüberschuß, so daß man sogar die Almen mit Pferden beweidet. Man sollte diesen Überschuß an Pferden in unser Land bringen, wodurch nicht nur der Bauernschaft, sondern auch der gesamten Bevölkerung gedient wäre. *(Beifall rechts.)*

Landesrat Abg. STEINBÖCK: Hohes Haus! Die vornehmste Aufgabe der Landeskultur bildet die Pflege des landwirtschaftlichen Schulwesens. Von den 15 vom Lande Niederösterreich unterhaltenen landwirtschaftlichen Landeslehranstalten haben fast alle durch die Kriegsereignisse schwer gelitten. Nicht nur die Gebäudeschäden, sondern auch der Verlust an lebendem und totem Inventar haben sich beim Wiederaufbau äußerst hemmend bemerkbar gemacht. Das bis zum Jahre 1938 vom In- und Ausland anerkannte hohe Niveau unserer landwirtschaftlichen Landeslehranstalten fand im Jahre 1938, wie so vieles andere, ein jähes Ende. Körperliche Ertüchtigung und vormilitärische Ausbildung, nicht zu vergessen das Flaggenhissen, waren die Hauptgegenstände in diesen Anstalten, die nur einer fachlichen Ausbildung dienen sollten. Wir müssen nun alles daransetzen, daß der bäuerlichen Jugend eine gediegene fachliche Ausbildung zuteil wird. Das Erfordernis für unsere landwirtschaftlichen Schulen bedeutet eine Ausgabe des Landes, die in späteren Zeiten dem Lande wieder zugute kommen wird. Die Intensivierung der Landwirtschaft, die durch eine gediegene fachliche Vorbildung der Bauernschaft erreicht werden wird, wird nicht nur die agrarischen Umsätze steigern, sondern auch die Steuererträge erhöhen.

Im Kapitel Landeskultur scheint heuer eine Post „Stipendien für landwirtschaftliche

Schüler“ im Ausmaß von 70.000 S zum ersten Male auf. Wir sind nämlich von dem Gedanken geleitet, daß die Söhne minderbemittelter Landwirte oder jüngere Kleinbauern und auch landwirtschaftliche Arbeitnehmer die Möglichkeit haben sollen, eine gediegene fachliche Ausbildung zu erhalten.

Das landwirtschaftliche Schulreferat hat es als dringende Aufgabe betrachtet, die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse schwer heimgesuchten landwirtschaftlichen Landeslehranstalten wieder so weit einzurichten, daß sie den Schulbetrieb aufnehmen können.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Bruck an der Leitha war während des Berichtsjahres noch von der Besatzungsmacht in Anspruch genommen; sie ist erst am 28. Jänner 1947 geräumt worden. Um einem Bedürfnis des dortigen Gebietes entgegenzukommen, wurde am 11. November 1946 in einem zur Verfügung gestellten Schulraum der erste Jahrgang der landwirtschaftlichen Winterschule geführt, der nunmehr bereits in die Lehranstalt übersiedelte. Die Wiederherstellungsarbeiten an den Schul- und Wirtschaftsgebäuden und die Einrichtung mit den notwendigen Inventar werden im Jahre 1947 in Angriff genommen.

An der Lehranstalt in Edelfhof, die bis 7. August 1945 von der Besatzungsmacht besetzt blieb, konnte bereits im Oktober 1945 der Schulbetrieb wieder aufgenommen werden. Im Schuljahr 1946/47 wurde erstmalig die Waldviertler Gebietsschule mit dem ersten Winterlehrgang eröffnet und daneben in zwei Parallelklassen der zweite Jahrgang der auslaufenden zweijährigen Ackerbauschule geführt.

Die Schulwirtschaft von Edelfhof hat beim Zusammenbruch den gesamten Viehbestand eingebüßt, und zwar 96 Rinder, 73 Schweine und 10 Pferde samt Wagen und Geschirr. Es ist im Berichtsjahr gelungen, durch Zukäufe wieder einen entsprechenden Viehbestand zu bilden, so daß mit Ende Dezember 1946 bereits 12 Pferde, 70 Rinder, 28 Schweine und 1 Schaf vorhanden sind. Der Aufbau des notwendigen Viehbestandes wird selbstverständlich noch Jahre beanspruchen.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Gießhübl stand bis 12. September 1946 als Spital für geschlechtskranke Frauen in Verwendung. Am 5. November 1946 wurde der erste durchlaufende Jahrgang der Gebietsschule für das Mostviertel und gleichzeitig im Einvernehmen mit dem Landesinvalidenamts ein zehmonatiger Wehrversehrtenlehrgang eröffnet.

An der Winterschule in Hollabrunn, die nur vorübergehend vom 2. Juli bis 5. September 1945 von der Besatzungsmacht besetzt

war, wurde der Unterricht bereits im November 1945 aufgenommen. Mangels Lehrkräften konnte im Herbst 1946 nur der zweite Jahrgang eröffnet werden.

Die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Korneuburg war bis 1. Juni 1946 von der Besatzungsmacht in Beschlag genommen, doch gelang es, die Wiederinstandsetzung des Gebäudes und die notwendigste Einrichtung soweit durchzuführen, daß der erste Lehrgang am 5. Dezember 1946 eröffnet werden konnte.

Die Landesweinbauschule in Krems hat beim Zusammenbruch den gesamten Weinbestand — 8576 Liter im Wert von 34.992 S — mit 30 Fässern eingebüßt. Das Schulgebäude war nicht besetzt, im Schuljahr 1946/47 konnten zwei Winterlehrgänge durchgeführt werden.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Mistelbach hat durch die Kriegereignisse verhältnismäßig geringen Schaden erlitten. Im Schuljahr 1946/47 konnten beide Winterlehrgänge geführt werden.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Ober-Siebenbrunn, die durch den Umstand, daß der gesamte Lehrkörper vor dem Einmarsch der Besatzungsmacht nach Westen geflohen ist, sämtliches Mobiliar sowohl der Schule als auch der Wirtschaft verloren hat, wurde im Berichtsjahr soweit wieder instandgesetzt, daß der einjährige durchlaufende Lehrgang am 11. November 1946 beginnen konnte.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Pyhra war bis 16. Juli 1946 von der Besatzungsmacht in Beschlag genommen und war nach der Freigabe von fast sämtlichem Inventar entblößt. Die bauliche Wiederherstellung wie auch die Einrichtung des Schulgebäudes ist soweit durchgeführt, daß im kommenden Schuljahr der Unterricht auch an dieser Anstalt aufgenommen werden wird.

Die Landesweinbauschule in Retz war nur vorübergehend besetzt und konnte nach Durchführung einiger baulicher Arbeiten als einjährige Weinbauschule mit durchlaufendem Unterrichtsbetrieb am 6. November 1946 eröffnet werden. Die verhältnismäßig geringen baulichen Veränderungen haben es ermöglicht, sämtliche Schüler im Internat unterzubringen.

Die landwirtschaftliche Winterschule in Tulln war bis 5. November 1945 von der Besatzungsmacht besetzt und hat im Dezember 1945 den Unterrichtsbetrieb aufgenommen. Im Schuljahr 1946/47 wurde der erste Jahrgang geführt.

Die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Unterleiten wurde im Mai 1946 mit einem zehntägigen Ausbildungslehrgang für landwirtschaftliche Fortbildungsschullehrerinnen eröffnet. Am 4. Juli 1946 wurde ein zwei-

monatiger Ergänzungslehrgang für solche Bauernmädchen durchgeführt, die infolge der Kriegereignisse und des Zusammenbruches die landwirtschaftliche Haushaltungsschule nicht abschließen konnten. Am 6. November 1946 wurde der normale Lehrgang der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule begonnen.

Die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Unternalb war vom 4. Oktober 1945 bis 28. Juli 1946 von der Besatzungsmacht besetzt. Es gelang, die notwendigen baulichen Instandsetzungsarbeiten sofort nach der Freigabe in Angriff zu nehmen und die Eröffnung des ersten Lehrganges am 4. November vorzunehmen.

Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Weigelsdorf war bis Oktober 1945 teilweise von der Besatzungsmacht besetzt. Am 4. Juni 1946 wurde ein Abschlußlehrgang für den durch das Kriegsende unterbrochenen zweiten Jahrgang 1944/45 durchgeführt, der am 3. August 1946 zum Abschluß gelangte. Am 1. Oktober 1946 wurde der erste Jahrgang der einjährigen Ackerbauschule mit 32 Schülern eröffnet.

Es sind mithin im Berichtsjahr fast sämtliche Landeslehranstalten wieder in Verwendung genommen worden, vielfach jedoch nur behelfsmäßig. Die Landeslehranstalten für Burschen sind nunmehr einheitlich einjährige Fachschulen, wobei Gießhübl, Ober-Siebenbrunn, Retz und Weigelsdorf ein durchlaufendes Schuljahr und Bruck an der Leitha, Edelhofer, Hollabrunn, Krems, Mistelbach, Pyhra und Tulln ein aus zwei Winterhalbjahren bestehendes Schuljahr aufweisen.

Die landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen werden derzeit halbjährig geführt, und zwar ein Winterlehrgang und ein Sommerlehrgang.

Die Wiederherstellungsarbeiten an den Schulgebäuden Norbertinum bei Tullnerbach wurden im Jahre 1946 in Angriff genommen und nach großen Schwierigkeiten gelang es, die durch einen Bombentreffer im Schulhof beschädigten Dächer in Ordnung zu bringen. Auch die Winderinstandsetzung der Fenster und Türen ist weitestgehend vorgeschritten. Dringlich wäre die Anlage einer Zentralheizung. Das Gebäude ist sowohl für eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule als auch für eine Landwirtschaftsschule für Burschen in Aussicht genommen, weiter sollen dort im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsministerium die pädagogischen Lehrgänge für Landwirtschaftslehrer und -lehrerinnen, wie auch eine Genossenschaftsschule eingerichtet werden. Die Landwirtschaftskammer soll zur Abhaltung verschiedener

Kurse Kursräume zur Verfügung bekommen. Das Gebäude hat für alle diese Aufgaben den unschätzbaren Vorteil der Nähe Wiens und damit der leichten Erreichbarkeit durch Kurs Teilnehmer und Vortragende.

In Langenlois ist beabsichtigt, das dort vorhandene Gebäude auszubauen und darin nicht nur eine vorbildlich geführte landwirtschaftliche Fortbildungsschule für Burschen wie für Mädchen einzurichten, sondern auch in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer Spezialkurse für Obst- und Weinbau durchzuführen und so speziell einen obstbaulichen Stützpunkt einzurichten. An dieser Anstalt könnten dann auch die Baumwärterkurse zur Durchführung kommen. Damit würde die Anstalt in Langenlois nicht mehr wie seinerzeit ein Ableger der Weinbauschule Krems sein, sondern eine Sonderstellung in der Obst- und Weinbauförderung einnehmen.

Auch das landwirtschaftliche Fortbildungsschulwesen hat eine große Bedeutung, weil durch die vom Referat veranstalteten Wanderlehrkurse Bauernburschen und Mädchen, die nicht die Möglichkeit haben, eine zweisemestrige Winterschule zu besuchen, Gelegenheit haben, hervorragenden fachlichen Unterricht zu erhalten.

Im Schuljahr 1946/47 wurden 102 landwirtschaftliche Fortbildungsschulen für Burschen und 86 landwirtschaftliche Fortbildungsschulen für Mädchen mit zusammen 4124 Besuchern errichtet. Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen umfassen künftig einen Vorbereitungslehrgang und den ersten und zweiten Winterlehrgang. Die Einteilung des Landes in Fortbildungsschulsprengel ist im großen und ganzen festgelegt und werden insgesamt 300 Fortbildungsschulsprengel in Niederösterreich bestehen. In jedem Sprengel ist ein Fortbildungsschulausschuß mit der besonderen Obsorge für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen betraut. Die Richtlinien für den Fortbildungsschulausschuß wurden bereits im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer erlassen.

Die administrative Leitung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen hat eine männliche Lehrkraft der Volks- oder Hauptschulen, die zugleich den allgemein bildenden Unterricht an der Fortbildungsschule erteilt, wie z. B. landwirtschaftliches Rechnen, Schriftverkehr, Heimat- und Staatsbürgerkunde, Naturkunde usw. Der fachliche Unterricht wird in Form von Gastvorträgen erteilt, die derzeit von Kammersekretären, Tierärzten, Verwaltern usw. gehalten werden. Es ist jedoch vorgesehen, daß landwirtschaftliche Fortbildungsschullehrer hauptamtlich eingestellt werden, denen einerseits der fachliche

Unterricht an den Fortbildungsschulen, andererseits die Einschaltung der örtlichen Fachkräfte in den Fortbildungsschulunterricht obliegt.

An den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen für Mädchen sind bereits 36 hauptberuflich eingestellte landwirtschaftliche Fortbildungsschullehrerinnen tätig, die im allgemein bildenden Unterricht zum Teil schon von Lehrerinnen der Volks- oder Hauptschulen unterstützt werden.

Im Sommer 1946 hat das Landesamt im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer und dem niederösterreichischen Landesschulrat einen Sonderferialkurs für Lehrer und einen solchen für Lehrerinnen in Wien zur Heranbildung von Lehrkräften an den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen durchgeführt. Die Eröffnung des Lehrerferialkurses war durch eine Ansprache des Herrn Bundeskanzlers ausgezeichnet.

Die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen haben die Aufgabe, die Anwendung der elementaren Kenntnisse im praktischen Berufsleben zu vermitteln, die Jugend für die praktische Fortbildung zu gewinnen und sie auch zur bäuerlichen Denkungsart zu erziehen. Auch die bäuerliche Volkstumspflege gehört zu den Aufgaben der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen.

Um die Wehrversehrten aus der Landwirtschaft, die durch ihren körperlichen Schaden der Landarbeit nicht mehr gewachsen sind, auf Berufe umzuschulen, in denen ihre landwirtschaftliche Erfahrung Verwertung findet, hat die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Landesinvalidenamtsamt und der Landwirtschaftskammer im Berichtsjahr Umschulungslehrgänge für Wehrversehrte durchgeführt. An der Landeslehranstalt in Hollabrunn wurde vom 15. Jänner bis 30. April 1946 ein viermonatiger Lehrgang für Wehrversehrte durchgeführt, die vor dem Zusammenbruch einen Sonderlehrgang besuchten, ihn jedoch nicht mehr abschließen konnten. Im Sommer 1946 wurde ein sechswöchiger Lehrgang von Landgemeindesekretären und genossenschaftlichen Funktionären ebenfalls in Hollabrunn durchgeführt. An der landwirtschaftlichen Landeslehranstalt in Gießhübl wurde im November 1946 ein zehnmonatiger Lehrgang für Wehrversehrte eröffnet.

Hinsichtlich der Meliorationen und der Kanalisierungen muß noch außerordentlich viel im Interesse unserer Landwirtschaft geleistet werden. Gerade die Durchführung von Ent- und Bewässerungen stellt einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Ertragssteigerung des Bodens dar. Die Schwierigkeiten lagen hauptsächlich in der Beschaffung der

notwendigen Baumaterialien, in den Transportverhältnissen und im Mangel an Arbeitskräften. Trotz alledem konnten Gräben im Ausmaß von 5810 m Länge reguliert und 231 ha entwässert werden.

Um die Durchführung kulturtechnischer Wasserbauten wurden 192 Ansuchen eingebracht, von welchen bereits 74 projektiert und 32 gebaut wurden. Im Zuge von wasserrechtlichen Verfahren wurden noch weitere 30 Meliorations-, Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen, vorwiegend Anlagen der Industrie, behandelt.

Zum Veterinärwesen möchte ich bemerken, daß wir bemüht sind, Tierärzte in ärmeren Gegenden durch Subventionen zu unterstützen, damit die bäuerliche Bevölkerung in diesen Gegenden der tierärztlichen Hilfe nicht entbehrt.

Weiter hat die Landesverwaltung Vorsorge getroffen, daß in Gegenden, die durch Elementarschäden heimgesucht sind, die am meisten geschädigten Einwohner Unterstützungen erhalten.

Die Durchführung der agrarischen Operationen im Land leidet dermalen noch unter dem Personalmangel und den schlechten Verkehrsverhältnissen. Nichtsdestoweniger hat die Agrarbezirksbehörde im abgelaufenen Jahr 7 Zusammenlegungen mit einer Gesamtfläche von 9400 ha durchgeführt. In diese Zusammenlegungen wurden 1800 Parteien einbezogen. Die Richtigstellung der öffentlichen Bücher wurde bei 13 Gemeinden durchgeführt, ebenso wurden 13 Teilungen und Regelungen mit einer Fläche von rund 200 ha unter Beteiligung von 334 Parteien vorgenommen. 11 Güterwegbauten mit 14 ½ km Ausbaulänge wurden durchgeführt, 41 Seilauzüge wurden neu errichtet, ebenso ist mit den Alpverbesserungen begonnen worden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht verabsäumen, dem Leiter der Agrarbezirksbehörde und den Beamten dieser Behörde den herzlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir haben den Kredit für die Prämien für landwirtschaftliche Dienstnehmer heuer auf 50.000 S erhöht, weil bei den derzeitigen Preisen für die landwirtschaftlichen Produkte man dem größten Teil unserer Bauern die finanzielle Belastung bei der Gewährung von Prämien an ihre Dienstnehmer nicht zumuten kann.

Wenn ich heute die Gelegenheit wahrnehme, über die Ernährungslage in Niederösterreich zu sprechen, ist es wohl notwendig, dem Hohen Haus durch Bekanntgabe von amtlich erhobenen Ziffern den Einblick zu bieten,

der für die Gesamtbeurteilung der Ernährungslage unerlässlich ist. Es betrug:

	Stück
der Rinderstand am 3. XII. 1946 in	
Niederösterreich . . . . .	535.068
der Rinderstand 1939 . . . . .	699.209
Fehlmenge gegen 1939 . . . . .	164.141
der Schweinestand am 3. XII. 1946	442.855
der Schweinestand 1939 . . . . .	876.205
Fehlmenge gegen 1939 . . . . .	433.350

Diese Viehmengen wurden aufgebracht aus 145.732 landwirtschaftlichen Betrieben mit 406.876 Vollselbstversorgern und 182.175 Teilselbstversorgern in Fleisch.

Wir sind bemüht, den Schweinestand auf eine so hohe Stufe zu bringen, damit auch die gesamte Bevölkerung in den Genuß des geradezu unentbehrlichen Schweinefleisches gelangen kann.

Die Schlachtviehaufbringung 1946 betrug:

Rinder . . . . .	45.969 Stück
Kälber . . . . .	52.921 „
Schweine . . . . .	4.902 „
Pferde . . . . .	2.694 „
Schafe . . . . .	64 „

Bei der Schlachtviehaufbringung für das Jahr 1947 wurden vom Ernährungsministerium für Niederösterreich folgende Lieferungen vorgeschrieben:

	Stück	Schlachtgewicht	Fleischgewicht
Rinder	72.000	170 kg	12,240.000 kg
Kälber	67.300	30 kg	2,019.000 kg
Schweine	25.800	70 kg	1,806.000 kg
Schafe	11.163	20 kg	223.260 kg
Pferde	4.619	60 kg	277.140 kg
		zusammen	16,565.400 kg

	Brotgetreide	Gerste	Hafer	Mais
1945/46	58,104.000 kg	10,467.000 kg	584.000 kg	—
1946/47	86,186.000 kg	13,942.000 kg	5,583.000 kg	1,507.000 kg
Mehrablieferung	28,082.000 kg	3,475.000 kg	4,999.000 kg	1,507.000 kg

Die Gesamtgetreideablieferung betrug 1945/46 69,155.000 kg, 1946/47 bereits 107,218.000 kg.

Auch diese Ziffern sind nach gestriger Meldung schon überholt.

An der Gesamtablieferung Österreichs ist das Bundesland Niederösterreich mit zirka 50% bei Brotgetreide, mit 56% bei Gerste, mit 40% bei Hafer und mit 20% bei Mais beteiligt.

Die Ablieferungsleistung Niederösterreichs, die durch das angeführte Ziffernmateriale belegt ist, bedeutet in Anbetracht der vielen Schwierigkeiten und durch den teilweise nicht

Außer dieser Vorschreibung wurde uns noch vom Ministerium für Volksernährung eine Viehlieferung für März in der Höhe von 1000 Stück und für April wieder 1000 Stück aufgetragen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Wer hat für die Aufbringung zu sorgen?*) Der Viehwirtschaftsverband! (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie reden immer vom Ernährungsministerium!*) Die Vorschreibung erfolgt vom Ernährungsministerium. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Ich habe geglaubt vom Ackerbauministerium.*)

Die Ablieferung vom 1. Jänner 1947 bis 16. März 1947 betrug: 11.654 Rinder, 476 Schweine, 13.327 Kälber, 7 Schafe, 780 Pferde. Bemerkenswert muß werden, daß infolge der Typhusepidemie in den Randgebieten 55.419 kg Rindfleisch und 4790 kg Schweinefleisch, das sind zirka 326 Stück Rinder und 60 Stück Schweine, dem Konsum entgangen sind.

Auf Grund der vorjährigen Lieferungen und der Ablieferung in den ersten zweieinhalb Monaten des Jahres 1947 wird die Landwirtschaft Niederösterreichs nicht in der Lage sein, die Vorschreibung 1947 voll zu erfüllen, da wir sonst Gefahr laufen würden, die Fleischversorgung für 1948 zu gefährden.

Für die 25. Zuteilungsperiode, d. i. ab 2. März, mußten wir 1,130.000 kg Fleisch aufbringen, das sind 6500 Rinder; darüber hinaus mußten im März noch 1000 Rinder für Wien aufgebracht werden.

Für die 26. Zuteilungsperiode werden 1300 Rinder angefordert, so daß eine monatliche Aufbringung von rund 7800 Rinder von uns verlangt wird.

Die Gegenüberstellung der Getreideablieferungen in Niederösterreich per 31. März 1945/46 und 31. März 1946/47 stellt sich wie folgt dar:

als Ablieferer in Betracht kommenden Großgrundbesitz eine beachtliche und anerkenntenswerte Leistung der Produzenten.

Aus der Getreideernte Niederösterreichs wurden 17,000.000 kg Brotgetreide zu Mehl vermahlen, das sind 15,187.000 kg Mehl, die nach Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Wien geliefert wurden. Außerdem erhält Wien noch monatlich 700.000 kg Getreide.

Die Kartoffelablieferung Niederösterreichs betrug bis 31. März 1947 248,217.000 kg. Hievon verblieben zur Versorgung der Bevölkerung Niederösterreichs 66,555.000 kg, nach



Wien gingen 137,654.000 kg und in die anderen Bundesländer gingen 4,808.000 kg. Für die Industrie wurden verwendet 39,200.000 kg.

Nach der Aufstellung des Landesernährungsamtes beträgt der Bedarf Niederösterreichs unter Berücksichtigung der vollen Einlagerungsquote von 75 kg 85,873.000 kg. Davon wurden über den Handel ausgeliefert 66,555.000 kg, die Selbst- und Teilselbstversorger verbrauchten 15,000.000 kg, so daß Niederösterreich mit 81,555.000 kg versorgt erscheint. Das heißt, zur Deckung des vollen Bedarfes bis zum Anschluß an die neue Ernte sind noch zirka 4,000.000 kg aus dem niederösterreichischen Aufkommen erforderlich.

Die Anlieferungen nach Wien sind im Verhältnis zu den vergangenen Jahren als überaus hoch zu bezeichnen. So betrug im Jahre 1940/41 die Anlieferung nach Wien aus Niederösterreich 25,000.000 kg, im Jahre 1941/42 24,700.000 kg, im Jahre 1942/43 84,577.000 kg, im Jahre 1943/44 85,747.000 kg und im Jahre 1944 bis Kriegsende 70,976.000 kg. 20,000.000 kg Saatkartoffeln sollten uns aus der Tschechoslowakei geliefert werden, ebenso 25,000.000 kg Speisekartoffeln. Diese Lieferungen konnten aber nicht nach Österreich gelangen.

Die heurige Kartoffelanlieferung nach Wien betrug 137,654.000 kg. Sie ist dermalen ins Stocken geraten, da die bereits im Herbst vom Ministerium in der Tschechoslowakei angekauften 20,000.000 kg Saatkartoffeln, wie bereits erwähnt, nicht nach Österreich, sondern nach Jugoslawien dirigiert wurden. Außerdem wurden, wie der Herr Bundesminister bei der letzten Landeshauptmännerkonferenz mitteilte, 25,000.000 kg Speisekartoffeln, die auch für Österreich angekauft waren, nach Bulgarien geliefert. Wir müssen daher den gesamten Saatgutbedarf Österreichs aus dem Inland, insbesondere aus Niederösterreich, beziehen. Wir werden selbstverständlich nach dem Anbau der Kartoffeln die restlichen Bestände feststellen lassen und die speisefähigen Kartoffeln für die Volksernährung sichern.

Bei der Milch ist die Situation folgende: Bis 31. Dezember 1946 wurden an Milch angeliefert 73,350.491 l. Weiter wurden angeliefert an Rahm 269.604 l, das sind 1,617.610 l Milch, an Landbutter 119.870 kg. Zu 1 kg Butter werden 22 bis 25 l Milch verrührt.

Nach Wien wurden im Jahre 1946 25,081.124 l Vollmilch, weiter 7,453.606 l Magermilch geliefert.

In Niederösterreich wurden im Jahre 1946 insgesamt 2,082.989 kg Butter molkereimäßig erzeugt, an Landbutter, d. h. in Bauernwirt-

schaften erzeugte Butter wurden 119.870 kg erzeugt, aus Oberösterreich wurden 149.000 kg geliefert, so daß die Gesamtanlieferung 2,351.859 kg Butter beträgt. Von der Bauernbutter wurden 23.300 kg zu Butterschmalz eingeschmolzen und davon 17.265 kg Butterschmalz erzeugt.

Die Topfenerzeugung in Niederösterreich betrug 384.683 kg. Die Käseerzeugung in Niederösterreich betrug 124.222 kg.

Neben der Milch- und Fettproduktion war für die Fettversorgung der niederösterreichischen Ernährungsbezirke die Eigenaufbringung von Ölsaaten von wesentlicher Bedeutung. Die Ölsaatenablieferung der niederösterreichischen Bauernschaft ergab im Jahre 1946 insgesamt 1,041.000 kg. Davon entfallen auf Raps 720.000 kg, auf Lein 955.000 kg, auf Saflor 96.000 kg, auf Soja 48.000 kg, auf Mohn 7000 kg, auf Sonnenblumenkerne 8500 kg, auf Traubenkerne 14.000 kg und auf Senfkerne 3000 kg.

Der Ölfrüchteanbau erfolgte in Niederösterreich, im Gegensatz zu Oberösterreich und Steiermark, durchwegs auf freiwilliger Grundlage.

Die aus Niederösterreich abgelieferten 1,041.000 kg Ölsaaten wurden in der Ölmühle Atzgersdorf, der Österreichischen Önliefer AG., verarbeitet. Hierzu kommen noch 37.000 kg Ölsaaten aus dem Burgenland, Ernte 1945/46, 981 kg Raps und Soja aus Oberösterreich, Ernte 1946, 4,055.000 kg Raps aus Oberösterreich, Verlagerungsgut, die in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls in der Ölmühle Atzgersdorf auf Öl verarbeitet werden.

Insgesamt wurden im Jahre 1946 in Atzgersdorf 2,168.000 kg Speiseöl erzeugt, wovon allein auf die aus Niederösterreich abgelieferten Ölsaaten rund 350.000 kg entfallen, die ausreichend wären, um etwa einen Vierwochenbedarf nach den bisherigen Fettzuweisungssätzen für ganz Niederösterreich zu decken.

Von diesem Speiseöl wurden in die niederösterreichischen Ernährungsbezirke 1,017.000 Kilogramm Speiseöl, davon 187.500 kg im Rahmen der Bevorratungsaktion ausgeliefert. Etwa 300.000 kg Speiseöl und 200.000 kg verschiedene noch unverarbeitete Ölsaaten bleiben für die weitere Fettversorgung noch verfügbar.

Ferner wurden zur Erfüllung der Fettaufträge für Niederösterreich im abgelaufenen Jahre noch 106.000 kg Speiseöl aus Beständen der UNRRA., 86.000 kg Speiseöl aus Beständen der amerikanischen Armee sowie 84.000 kg Margarineschmalz, 493.000 kg Schweine-

schmalz und 679.000 kg Salzspeck, sämtliche aus Beständen der UNRRA., freigestellt.

Trotz der mitunter enormen Schwierigkeiten bei der Aufbringung der zur Bedarfsdeckung erforderlichen Fettmengen konnte die Versorgung im Rahmen der Aufrufe dank der ersprißlichen Mitarbeit der Bezirksernährungsämter und Großverteiler ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt werden.

An Rindstalg wurden im Jahre 1946 in Niederösterreich 128.000 kg aufgebracht und verarbeitet.

In den niederösterreichischen Zuckerfabriken wurden von der vorjährigen Zuckerrübenernte 11,173.000 kg Zucker erzeugt. Nach Wien und Burgenland wurden 2,975.000 kg und nach Niederösterreich 2,877.000 kg Zucker geliefert und verbraucht.

Nach jüngsten Meldungen hat die UNRRA. 7.000.000 kg Zucker für Österreich in der Tschechoslowakei angekauft, so daß die Zuckerversorgung bis zum Anschluß an die neue Ernte gesichert erscheint.

In Niederösterreich wurden im Jahre 1946 17,255.828 kg Gemüse aufgebracht. Davon wurden nach Wien geliefert 13,201.072 kg. In Niederösterreich wurden verbraucht 4,054.756 kg. Während die Gemüseanlieferungen nach Wien im Jahre 1945 bloß 889.300 kg betragen, konnten im abgelaufenen Jahre bereits mehr als 13,000.000 kg nach Wien geführt werden. An andere Bundesländer wurde kein Gemüse versandt.

Die Obsteigenaufbringung 1946 betrug 3,223.485 kg. Davon wurden nach Wien geliefert 1,636.794 kg, gegen 226.400 kg im Jahre 1945. Der niederösterreichische Verbrauch betrug 1,586.691 kg.

Ich habe Ihnen einen Bericht über die Ablieferung der niederösterreichischen Bauernschaft gegeben.

Bei dieser Gelegenheit muß ich auch dem Herrn Landesrat Genner bezüglich der Ablieferung des Gutes Wünschek-Dreher erwidern.

Am 14. Jänner 1947 wurde der genannte Betrieb, nachdem er bereits am 4. November 1946 genauest überprüft wurde, neuerlich einer Revision unterzogen. Es wurde festgestellt, daß insgesamt 3339,65 mq Brotgetreide ablieferungspflichtig sind. Auf diese Menge waren bis 13. Dezember 1946 durch genaue Kontrolle der diesbezüglichen, aufliegenden Ablieferungsscheine 2433 mq abgeliefert. Aus der noch verbliebenen Restmenge von 906,35 mq kamen dann 357,72 mq als Saatgut ab, da sich die Gutsverwaltung verpflichtet hat, im Sinne der gegebenen Weisungen die Brotgetreideanbaufläche um 20% zu erhöhen, so daß eine restliche, abzuliefernde

Menge von 548,63 mq Brotgetreide verblieb, die auch im Laufe des Jänner und Februar zur Ablieferung gelangte. Trotz wiederholter Aufforderungen hat der Betrieb bisher bei der Gerste seine Ablieferungspflicht in der Höhe von insgesamt zirka 1390 mq nicht erfüllt.

Der Betrieb verfaßte vielmehr am 25. Februar eine Resolution, die von der Betriebsleitung, vom Zentralbetriebsrat, vom Arbeiterbetriebsrat und vom Angestelltenbetriebsrat unterfertigt ist. Aus dieser Resolution geht hervor, daß eine Gerstenablieferung für den Betrieb nicht in Betracht komme. Wir haben diese Resolution nicht zur Kenntnis genommen und bei der zuständigen Verwaltungsstelle, das ist die Bezirksvorstehung Schwechat, sowohl am 14. Februar als auch am 25. März auf die vorgeschriebene Ablieferungsverpflichtung, auch bei der Gerste, bestanden.

Mit Schreiben vom 25. März ersuchten wir die Bezirksvorstehung Schwechat, dem Betrieb neuerlich einen kurzfristigen Termin zur Gersteablieferung zu stellen und bei Nichtablieferung mit entsprechender Bestrafung vorzugehen.

Nach dem durchgeführten Frühjahrsanbau, der Ende April vollkommen erledigt sein soll, werden wir den Betrieb nochmals genauest überprüfen und alle kleinen Restbestände, die sich aus dem Anbau erübrigen, zur Ablieferung bringen lassen.

Zusammenfassend ist daher festzustellen, daß die Brotgetreideablieferung, allerdings erst durch wiederholt von uns durchgeführte Revisionen erfüllt wurde, bei der Gerste aber eine Ablieferung für Konsumzwecke aussteht. Dagegen ist uns bekannt, daß im Wege über die Landwirtschaftskammer entsprechende Mengen Gerste abgegeben wurden. Es dürfte sich um zirka 500 bis 600 mq handeln.

Dem Bericht des Getreidewirtschaftsverbandes ist ein Resolutionsantrag der Arbeiter und Angestellten der Wünschek-Dreher'schen Güterdirektion angeschlossen, welcher lautet (*liest*):

„Die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten der Wünschek-Dreher'schen Güterdirektion in Schwechat haben im Einvernehmen mit der Betriebsleitung folgende Resolution beschlossen:

In der ‚Volksstimme‘ vom 22. Februar 1947 wurde im Zusammenhang mit dem Hinweis, daß der Großgrundbesitz den Anbau und die Ablieferung sabotiert, festgestellt, daß sich der riesige Gutsbetrieb in Schwechat geweigert hat, überhaupt Gerste abzuliefern; wahrscheinlich will er sie für Brauzwecke verwenden.

Die den drei demokratischen Parteien angehörenden Betriebsräte des Betriebes Wünschek-Dreher stellen fest, daß diese Mitteilung

der ‚Volksstimme‘ nicht auf Wahrheit beruht. Trotz Mangel an Zugkräften, Traktoren, Pferden und Ochsen, die durch die Kriegseignisse verloren gingen, sowie den wichtigsten Betriebsmitteln, wie Dieselöl, Petroleum und Benzin wurden im Jahre 1946 alle Flächen des Betriebes restlos bebaut.

Der Betrieb ist seinen Ablieferungspflichten nachgekommen. Während der Ernte befanden sich bei den Dreschmaschinen offizielle Kontrollorgane, die die erdroschene Menge genau festgehalten haben. Ebenso haben der Getreidewirtschaftsverband und das zuständige Bezirksnährungsamt über Verlangen der Betriebsleitung wiederholt Kontrollen vorgenommen, bei denen die vorhandenen Vorräte überprüft und teilweise auch nachgeprüft wurden. Dabei hat sich jedesmal die Übereinstimmung zwischen den vorhandenen Mengen und den Belegen des Betriebes erwiesen. Die vorgeschriebene Ablieferung an Brotgetreide wurde restlos erfüllt.

Die gesamte Gerstenernte betrug 35 Waggons, wohingegen der eigene Bedarf des Betriebes 59 Waggons beträgt. Hievon entfallen auf Futterbedarf für Pferde, Kühe und Ochsen 27,125 Waggons, an Saatgut 9,63 Waggons, Auswinterung 10 Waggons, wobei auch mit Rücksicht auf die diesjährigen Auswinterungsschäden sich derzeit noch gar nicht feststellen läßt, ob mit dieser Menge das Auslangen zu finden sein wird.

Weiter muß unbedingt berücksichtigt werden, in welchem Maß uns im heurigen Jahr Saisonarbeiter zur Verfügung stehen werden, so daß die zu bebauende Fläche an Zuckerrübe herabgemindert und durch Gerste ersetzt werden muß, so daß auch das präliminierte Saatgut für Gerste noch bedeutend zu erhöhen wäre.

Die Zuweisung von Arbeitskräften durch das Arbeitsamt im Vorjahr hat restlos versagt, so daß durch den Leutemangel die Zuckerrübenenernte entsprechend ausgefallen ist. Um all diesen Eventualitäten entgegen zu können, ist eine verantwortungsbewußte Betriebsleitung gezwungen, Vorsorge zu treffen, daß sich solche Umstände nicht wiederholen können.

Im übrigen wurden 8 Waggons Gerstensaatsaatgutvermehrung durch die Landeslandwirtschaftskammer im Einvernehmen mit dem Getreidewirtschaftsverband sichergestellt.

Schließlich kommen noch 12 Waggons Gerste auf die kollektivvertraglich zugesicherten Mengen, die den Deputatisten zustehen, und Schweinefutter als eigener Bedarf in Anrechnung.

Aus all diesen Aufzeichnungen ergibt sich ein Manko von zirka 24 Waggons, wobei die

8 Waggons sichergestellte Gerste nicht berücksichtigt erscheint.

Für Brauzwecke wurde aus dem Gutsbetrieb Wünschek-Dreher nicht ein Gramm geliefert und kommt auch eine diesbezügliche Lieferung nicht in Frage, da es uns wichtiger erscheint, unsere Pflichten der Arbeiterschaft gegenüber zu erfüllen.

Die unterfertigten Betriebsräte vertreten insgesamt 470 Familienerhalter und Volldeputatisten, welche Zahl sich noch teilweise um Frauen und Kinder der Arbeiter erhöht. Für die vertraglich zustehenden Mehldeputate hat der Betrieb inklusive Wander- und Saisonarbeiter 27 Waggons Brotgetreide aufzuwenden.

Die unterfertigten Betriebsräte erklären, daß sie von der Betriebsleitung, ohne daß zur Zeit eine gesetzliche Grundlage hierfür besteht, über alle wichtigen Betriebsvorkommnisse laufend unterrichtet werden und die Möglichkeit haben, in gemeinsamen Aussprachen und im demokratischen Geist jenen Einblick in die Betriebsverhältnisse zu besitzen, der sie zu der Feststellung berechtigt, daß die erhobenen Anwürfe jeder Grundlage entbehren.“

Unterzeichnet vom Arbeiter-, Angestellten- und Zentralbetriebsrat.

Der Getreidewirtschaftsverband wird nach der Aussaat auf alle Fälle eine neuerliche Überprüfung des Betriebes vornehmen und die dann noch vorhandenen Gerstemengen der Ablieferung zuführen.

Ich glaube, ein weiterer Kommentar dazu ist überflüssig.

Darf ich Ihnen noch kurz den Lebensmittelbedarf des Landes vor Augen führen.

Der Lebensmittelbedarf Niederösterreichs beträgt nach dem gegenwärtigen Bevölkerungsstand und nach den von den Alliierten festgesetzten Kaloriensätzen für eine Zuteilungsperiode 9,008.000 kg Mehl, 1,059.000 kg Fleisch, 690.000 kg Fett, 514.000 kg Hülsenfrüchte, 506.000 kg Nahrungsmittel, 585.000 kg Zucker, 5,317.000 kg Kartoffeln.

Der Ernährungsdienst des Landes hat für 1,408.698 Gesamtverbraucher aufzukommen. Davon sind 810.304 Normalverbraucher, 406.876 Vollselbstversorger, 42.266 Teilselbstversorger mit Brot, 82.175 Teilselbstversorger mit Fleisch und Fett, 33.493 Teilselbstversorger mit Milch, 10.502 Teilselbstversorger mit Brot und Milch und 23.082 Gemeinschaftsverpflegte.

Zusatzkarten werden ausgegeben an 60.375 Angestellte, 135.368 Arbeiter, 116.641 Schwerarbeiter und 17.964 Mütter.

Weiters wurden in der 25. Zuteilungsperiode ausgegeben 22.804 Karten für Teilselbstversorger mit Fleisch und Fett sowie

31.171 Karten für Teilselbstversorger mit Brot.

Leider steht das Bundesministerium für Volksernährung hinsichtlich der Zuerkennung von Zusatzkarten noch immer auf der Basis vom Juli 1946, wo durch die Minderbeschäftigung in Industrie und Gewerbe, namentlich bei den Zusatzkarten für Schwerarbeiter, zwischen der Zuerkennung von 77.493 Schwerarbeiterkarten und tatsächlicher Ausgabe von 116.641 Zusatzkarten eine Differenz von 39.148 Karten aufscheint, für die wir keine Zuteilung erhalten. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Warum steht das Ernährungsministerium auf diesem Standpunkt?*) Bei der vorletzten Landeshauptmännerkonferenz hat der Minister für Volksernährung erklärt, daß er bemüht und bestrebt ist, die 24. Zuteilungsperiode als Grundlage zu nehmen und bei den Alliierten zu vertreten. Ich kann und will unter keinen Umständen dem Herrn Ernährungsminister einen Vorwurf machen. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Zitieren Sie richtig, sonst hat es den Anschein der Einseitigkeit!*) Das liegt mir vollkommen ferne. Ich habe als Ernährungsreferent des Landes Niederösterreich verlangt, nachdem ich nicht in der Lage war, die Differenz zu tragen, daß die 24. Zuteilungsperiode zur Grundlage genommen wird oder daß das Ministerium diejenigen Leute bekanntgeben möge, die in den Genuß von Zusatzkarten kommen.

Auch bei den Angestelltenzusatzkarten ist eine Differenz von über 3000 Karten zu unseren Ungunsten.

Die Kaloriensätze betragen: Für Normalverbraucher 1550, für Angestellte 1750, für Arbeiter 2200, für Schwerarbeiter 2800 und für werdende und stillende Mütter 2400.

Da die landwirtschaftliche Produktion Niederösterreichs nicht in der Lage ist, sämtliche Lebensmittel, die die niederösterreichische Bevölkerung zur Ernährung braucht, zu erzeugen, wurden uns daher vom Bundesministerium für Volksernährung aus UNRRA-Sätzen und amerikanischen Heeresbeständen folgende Lebensmittel zugeteilt:

An Mehl 26,857.000 kg, an Fleisch 11,467.000 kg, an Fett 3,235.000 kg, an Nährmitteln 5,129.000 kg, an Hülsenfrüchten 4,372.000 kg und an Zucker 3,264.000 kg.

Diese Zuteilungen wurden aber nicht immer voll angeliefert, so daß die Aufrufe nicht vollständig erfüllt werden konnten.

Aus den vom Volksernährungsministerium an Niederösterreich zugeteilten Lebensmitteln ist bisher eine Menge im Kalorienwerte von 4.508,184.000 Kalorien nicht angeliefert worden. Besonders nachteilig wirkte sich in den letzten Monaten und in der laufenden Ver-

sorgungsperiode das Ausbleiben der Hülsenfrüchte aus, so daß in der laufenden Periode die Kaloriensätze nicht mehr zur Gänze erfüllt werden konnten. Bei rechtzeitigem Eintreffen wird die Differenz durch nachträglichen Aufruf ausgeglichen werden.

Da ich als Landesrat gleichzeitig Ernährungs- und Landwirtschaftsreferent, also gewissermaßen als solcher für die Verteilung der Lebensmittel zuständig bin, so lege ich auf eine erhöhte Ablieferung größten Wert. Diese ist aber nur dann gewährleistet, wenn der Bauernschaft auch die entsprechenden Bedarfsgüter zur Verfügung gestellt werden. Schlechte Preise, die kaum die Produktionskosten decken und fortdauernde, schon ans schikanenhaft grenzende Kontrollen, die vielfach in der Art ihrer Durchführung der Perlustrierung von Vagabunden auf der Landstraße durch Gendarmen gleichkommen, stellen wohl harte Anforderungen an den Fleiß und die Ausdauer unserer bäuerlichen Produzenten. Auch der Bauer ist ein Arbeiter, und zwar ein solcher der Scholle, und ich möchte bezweifeln, ob bei einem Fabrikarbeiter bei schlechter Bezahlung und bei steter, von Mißtrauen erfüllter Beobachtung seiner Arbeit die Arbeitsfreude gesteigert werden kann. Wir haben den Mut, Saboteure aus unseren Reihen hart anzufassen. Wir greifen durch, lehnen es aber ab, daß jeder angeprangert wird, genau so wie der Arbeiter sich gegen eine sein Fortkommen schädigende Eintragung in sein Arbeitsbuch mit Recht auflehnen kann. Dann kommt noch eines: Dem Bauern fehlt es in seinem Haushalt an Bedarfs- und Wirtschaftsartikeln genau so wie jedem anderen. Der Mangel an Schuhen und landwirtschaftlichen Werkzeugen ist für ihn empfindlicher als für den Städter. Er ist ja jedem Wetter ausgesetzt. Beim Feld ist nicht ein Haustor, das ihn schützend aufnehmen kann, und in dieser Situation kommen die Leute aus der Stadt und bieten nun dem Bauern Geld oder Tauschgegenstände, die er brauchen kann, an. Beide sind im Notstand, der eine hat Hunger, der andere keine Werkzeuge usw. Dabei duldet der Produktionsvorgang beim Bauern keinen Aufschub. Der beiderseitige Notstand, des Produzenten wie des Konsumenten, führt also zu einem Gütertausch, der freilich nicht immer nach festfügten Sätzen sich abwickelt. Auch der Arbeiter sucht jenen Betrieb auf, der ihn besser entlohnt. Der Geschäftsmann bringt seine Ware lieber zu einem höheren Preis an und auch der Intelligenzler will seine Geisteskräfte materiell besser verwertet wissen.

Das mußte einmal gesagt werden, um die Dinge ins richtige Licht zu rücken. Für den unverschämt Fordernden, wie den unverschämt

Bietenden haben wir kein Verständnis. Wie den Produzenten gedankt werden soll für ihre Pflichterfüllung, so auch den Konsumenten für die Tapferkeit und den Heroismus, mit dem sie die Schwere dieser Tage auf sich nehmen.

Danken will ich zum Schluß allen Beamten des Ernährungsdienstes im Lande wie in den einzelnen Bezirken für ihre oft unter den schwierigsten Verhältnissen geleistete Arbeit.

An die Parteien des Hohen Hauses richte ich die Bitte, sie mögen dahin wirken, daß die Bauernschaft gerecht behandelt wird und gerechte Preise für ihre Produkte erhält. Wenn ihr der Bezug der erforderlichen Bedarfsgegenstände — Maschinen, Geräte, Zugmaschinen sowie Schuhe und Kleider — erleichtert wird, wird das Tauschgeschäft ein natürliches Ende finden. Es müssen aber der Landwirtschaft auch in Zeiten der Not die entsprechenden Arbeitskräfte bereitgestellt werden, um sie in die Lage zu versetzen, ihrer Aufgabe als Nährstand vollständig gerecht zu werden.

Hohes Haus! Ich habe Ihnen damit über die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel und über die Mengen der gebrauchten Lebensmittel einen kurzen Bericht gegeben.

Ich möchte von dieser Stelle aus den so vielfach angegriffenen Wirtschaftsverbänden für ihre mühevollen Arbeit den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Es wird nicht leicht einen zweiten Mann in diesem Hohen Haus geben, der die Arbeit der Wirtschaftsverbände so zu schätzen weiß wie ich. Ich bin mir voll und ganz bewußt, daß die Wirtschaftsverbände es waren, welche die Aufbringung durchgeführt hatten. In Niederösterreich liegen die Dinge anders als in den anderen Bundesländern.

Nach dem Zusammenbruch wurde in Österreich eine Bundesregierung geschaffen, die kein anderes Bundesland zu verwalten hatte als Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Später kam noch das Mühlviertel dazu. Alle anderen Bundesländer haben sich um die Anordnungen der Regierung weniger gekümmert und sie haben die Aufbringung in ihre eigene Hand genommen. Bei uns in Niederösterreich wurde aber die Aufbringung dem Ackerbauminister und die Verteilung dem Ernährungsminister zugewiesen und der Ernährungsreferent des Landes hat nicht die Möglichkeit, in die Aufbringung Einsicht zu erhalten. Es ist mir nur im Wege der Wirtschaftsverbände gelungen, auch in die Erfassung wirksam einzugreifen. Erst jetzt stellt sich auf Grund des Gesetzes, das im Nationalrat beschlossen worden ist, heraus, daß wir die Ablieferung unserer gesamten Aufbringung der landwirtschaftlichen Produkte in die Hand bekommen.

Ich möchte als Referent für die Landwirtschaft an Sie die Bitte richten, mitzuhelfen, daß der Bauer das bekommt, was er dringend braucht. Wir wissen alle, was sich da draußen im Lande tut; der Bauer bekommt nichts zugewiesen und es gibt Menschen in der Stadt, die Hunger haben, die aber Textilien, Schuhe und Werkzeuge abzugeben haben und die daher zu den Bauern hinausgehen und sich für diese Sachen landwirtschaftliche Produkte eintauschen, die uns aber dann bei der Ablieferung entgehen.

Ich möchte daher auch bitten, dahin zu wirken, daß die Bauern in erster Linie gerechte Preise für ihre Produkte bekommen, und in zweiter Linie mit Schuhen, Kleidern und landwirtschaftlichen Artikeln, die sie zur Erhaltung ihrer Wirtschaft und zur Förderung der Produktion brauchen, bedacht werden. Dann bin ich hundertprozentig überzeugt, daß die Bauernschaft restlos oder wenigstens zum größten Teil ihre Pflicht gegenüber der Allgemeinheit erfüllt. Wir Bauern haben kein Verständnis für Saboteure und Schleichhändler und wir werden alles mögliche tun und veranlassen, um diese Herrschaften dorthin zu bringen, wohin sie gehören, weil der anständige Bauer sich nicht mit einem Saboteur oder Schleichhändler auf die gleiche Stufe stellen läßt. *(Beifall rechts.)*

Zum Schluß möchte ich noch einmal bitten, alles daranzusetzen, daß dem Bauern zu seinem Recht verholfen wird, dann ist mir auch um die Ernährung im Jahre 1948 nicht bange. *(Lebhafte, lang anhaltender Beifall rechts.)*

3. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich bitte, das Kapitel VI, „Landeskultur“, anzunehmen, und zwar mit der Abänderung zu Titel 2, § 16, „Stipendien für begabte Schüler (neue Zweckbestimmung)“ 70.000 S, so daß die Endsumme zu Kapitel VI, Ausgaben im Sachaufwand, sich von 3,739.300 S um 70.000 S auf 3,809.300 S erhöht; demnach erhöht sich auch die Gesamtausgabe zu Kapitel VI von 4,130.500 S um 70.000 S auf 4,200.500 S.

Die Einnahmen betragen 746.100 S, somit ergibt sich eine Nettoausgabensumme von 3,454.400 S.

Ich bitte um die Zustimmung.

3. PRÄSIDENT *(Abstimmung über Kapitel VI, „Landeskultur“, in Erjodernis und Bedeckung mit dem Antrag des Finanzausschusses): A n g e n o m m e n.*

Weiter bitte ich den zu diesem Kapitel gestellten Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Glaninger anzunehmen, welcher lautet *(liest)*:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Arbeiten in der Be- und Entwässerung sowie Kommissierung, Seilwegbauten, Almverbesserung und Güterwege vordringlich zu behandeln.

Die betreffenden Referate mögen angewiesen werden, solche Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen.“

3. PRÄSIDENT (*Abstimmung über den Resolutionsantrag des Abg. Glaninger*): Angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr 10 Minuten.

Fünf Minuten vor Wiederaufnahme der Sitzung findet eine kurze Sitzung des Fürsorgeausschusses im Prälatensaal statt.

(*Unterbrechung der Sitzung um 13 Uhr 15 Minuten.*)

PRÄSIDENT (*um 14 Uhr 25 Min.*): Ich nehme die Sitzung wieder auf und ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Kuchner, zu Kapitel VII, Wirtschaftsförderung, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zu Kapitel VII, Wirtschaftsförderung, möchte ich nur den Antrag des Finanzausschusses erwähnen, der eine Erhöhung bei Titel 2, „Förderung der gewerblichen Wirtschaft“, von 200.000 S um 400.000 S auf den Betrag von 600.000 S vorsieht, so daß die Ausgabensumme bei diesem Kapitel 1.932.100 S beträgt. Da die Einnahmensumme 1.000.100 S ist, ergibt sich bei diesem Kapitel eine Nettoausgabe von 932.000 S.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlung zu diesem Kapitel einzuleiten.

Abg. GÖTZL: Hohes Haus! Als Vertreter von Handel und Gewerbe ist es meine Pflicht, dem Hohen Haus die dringendsten Erfordernisse und Nöte unseres Standes sowie vor allem Vorschläge zur Behebung derselben aufzuzeigen und vorzutragen. Ich will mich nicht in Klagegesängen ergehen, denn wir haben alle zusammen sieben Jahre Krieg und seine verheerenden Folgen verspürt. Ich will nur mit ganz wenigen Daten die Schäden aufzeigen, welche Handel und Gewerbe durch den Krieg erlitten haben. Im Bezirk Hainfeld-Lilienfeld sind in den Orten Traisen, Rohrbach, Annaberg und Lilienfeld 21 Häuser total ausgebombt und ausgebrannt. Im gleichen Bezirk fielen 20 Geschäfte den Flammen zum Opfer. Im Bezirk Wiener Neustadt wurde neben den Kriegsschäden an den Häusern an Warenverlusten beim Handel allein ein Betrag von 2.984.421 S festgestellt. Nimmt man nun alle Orte der 22 Bezirkshauptmannschaften des Landes Niederösterreich zusammen, so kann man ermessen, welche enorme Summen herauskommen, die Handel und Gewerbe an Betriebs-

mitteln, Werkstätten und Lokalen und anderen Vermögenswerten verloren haben. Gerade der Kleinhandel und das Kleingewerbe arbeiten heute infolge des Zusammenbruches ihrer Finanzen mit Defizit. Die geringen Warenzuteilungen, bedingt durch die Warenknappheit, und die erhöhten Erfordernisse für Gehälter, soziale Zuwendungen usw. machen es dem selbständig Erwerbenden nicht mehr möglich, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Es ist so, daß viele Betriebe heute tatsächlich nur mehr von der Substanz zehren, und diese ist selbstverständlich sehr beschränkt, da bekanntlich 60% des Bargeldes gesperrt und die restlichen 40% zu wenig sind, um damit das Auslangen zu finden. Wenn wir dies alles sowie das Mißverhältnis bei den Verdienstmöglichkeiten bedenken, dann muß ich schon sagen, daß unbedingt eine großzügige Aktion ins Leben gerufen werden muß, um dem Handel und Gewerbe wieder auf die Beine zu helfen.

Man kann heute wohl als Gewerbetreibender einen Kredit bekommen, wenn man ein Haus oder eine Betriebsstätte hat, aber was machen diejenigen Leute, die vor dem Nichts stehen, weil ihre Häuser zerbombt sind? Es ist daran gedacht, durch eine großzügige Aktion vom Land und von der Kammer aus wenigstens teilweise diese Betriebe wieder behelfsmäßig aufzurichten. Es ist unmöglich, daß sich heute ein Geschäftsmann allein behelfen kann. Während bei der Landwirtschaft verschiedene Fonds für Unterstützungen vorhanden sind, sind beim Handel und Gewerbe solche Fonds nicht vorhanden. Früher hat der Handel überall Kredit bekommen, weil er imstande war, die Verzinsung selbst aufzubringen. Heute aber, wo der Handel oder der von Bomben beschädigte Geschäftsmann kein Aktivum hat und ausgeplündert worden ist, muß er trachten, von staatlichen Stellen oder irgendwelchen anderen befugten Stellen Subventionen oder Kredite zu bekommen. Das Wichtigste, was Handel und Gewerbe benötigen, sind Kredite. Diese sollen dazu dienen, den Betrieb wieder soweit instandzusetzen, daß der Betriebsinhaber sein Geschäft wieder aufbauen kann. Ich denke mir das so, daß das Land eine fünfjährige Verzinsung oder Sicherstellung übernimmt und in gar argen Fällen, wo gar nichts vorhanden ist, sogar Subventionen gibt.

Es kann ein Geschäftsmann ja auch auf ideelle Werte hin Kredite bekommen, d. h. auf Grund seines Kundenstockes oder auf Grund seiner 20- oder 40jährigen Tätigkeit auf einem Platz oder auf Grund dessen, daß er einen derartigen Ruf genießt, daß man sagen kann, dieser Mann ist imstande, sein Geschäft wieder aufzubauen und den Kredit zurückzahlen. Wie ich schon erwähnt habe, muß er

aber unbedingt beim Neuaufbau seines Betriebes unterstützt werden. Die Landesregierung ist nun diesbezüglich entgegengekommen und hat im Budget Beträge ausgeworfen, die wohl ganz ansehnlich erscheinen, aber auf Grund der Schäden doch viel zu gering sind. Es ist nämlich zu bedenken, daß es unbedingt notwendig ist, Handel und Gewerbe wieder in Schwung zu bringen, damit sie durch die Gewährung von Finanzkrediten wieder als Steuerzahler in Frage kommen. Ich meine also, daß diese Sache rasch in Angriff zu nehmen ist, und zwar so, daß auf kurzem Wege irgendwie, vielleicht durch die berufsständische Kammer, die Leute angewiesen werden, Gesuche zu machen und daß durch eine kleine Kommission, die aus Vertretern des Berufsstandes und der Landesregierung zusammengesetzt ist, diese Gesuche überprüft werden. Auf diese Weise kann den Leuten rasche Hilfe gebracht werden. Alles, was jetzt rasch geschieht, ist doppelt geschehen. Es sind derart krasse Fälle aufzuweisen, die zeigen, daß Leute, die 30 bis 40 Jahre im Geschäft gestanden sind, heute vor dem Nichts stehen. Keine Bank gibt ihnen einen Kredit, denn auf Trümmerhaufen kann man nichts aufbauen. Außergewöhnliche Verhältnisse und Zeiten erfordern auch außergewöhnliche Maßnahmen. Ich möchte daher nochmals einen Appell richten, man möge sich mit dieser Kreditaktion näher befassen und es möge der Landtag und die gewerblichen Kammern in gemeinsamer Arbeit diesen wichtigen Komplex von Fragen überprüfen und den richtigen Weg weisen. Ich bin überzeugt, daß sich die beiden Institutionen, Landesregierung und Kammer, sich in der Unterstützungsaktion ergänzen werden und die aufgezeigten Notstände in der Wirtschaft nicht nur werden lindern helfen, sondern auch diesen staats-erhaltenden Zweig der Wirtschaft in wenigen Jahren wieder in die Lage setzen werden, das zu sein, was er durch seine jahrzehntelange Bewährung im Staatsgefüge stets war, nämlich ein Organ zur Bereitstellung der Verbrauchsgüter für die Bewohner des Landes Niederösterreich.

Ich möchte daran anschließend auch noch über die neuen Kontrollmaßnahmen sprechen, welche sich manchmal in unliebsamer Weise in Niederösterreich bemerkbar gemacht haben. Es schaut da oft so aus, wie es seinerzeit bei einem Naziüberfallkommando der Fall war. Junge Beamte bekommen den Auftrag, von Geschäft zu Geschäft zu gehen und nach Waren zu suchen, die mehr oder weniger nicht mehr da sind. Es sind Fälle vorgekommen, wo man selbst in Privatwohnungen eingedrungen ist und ein Paar Glacéhandschuhe, die der betreffenden Frau gehört haben, mitgenommen

hat. Das sind unhaltbare Zustände; auf diese Art und Weise wird der Kaufmann sozusagen als vogelfrei erklärt. Ich glaube, nach sieben Jahren schwerer Bedrängnis und nach all den Ereignissen, welche dieser Berufsstand mitgemacht hat, ist eine Generalverdächtigung und eine Mißachtung der Rechte des Privat-eigentums oder der Hausherrnrechte nicht am Platz. Wenn man solche Berichte hört, kann man nur sagen, diese Kommissionen sind nicht nur gefürchtet, sondern auch verachtet. Wenn schon Kontrollen sein müssen, so sollen sie anständig und der Verwaltung gemäß richtig und vornehm geführt werden, denn man muß wissen, in einem kleineren Ort am Lande draußen, kann es, wenn zwei Gendarmen mit einem Beamten kommen, passieren, daß ein Aufruhr entsteht und man sagt: „Schaut den Kaufmann an, da müssen sie etwas finden.“ Ich möchte das nur zur Illustration sagen. Wir lehnen selbstverständlich jede Sabotage der Wirtschaft ab und wir wollen es nur mit anständigen Kollegen zu tun haben. Gott sei Dank ist in Niederösterreich verhältnismäßig noch nicht viel vorgekommen. Es sollen diese Worte nur eine kleine Bitte sein, daß man für Handel und Gewerbe in Niederösterreich etwas übrig haben soll. (*Beifall rechts.*)

Abg. NIMETZ: Hohes Haus! Die gewerbliche Wirtschaft hat während des Krieges schweren Schaden gelitten, einerseits durch die Bombenschäden, andererseits durch Materialmangel und durch die Einziehung der selbständigen Meister zum Militär und zu Rüstungsarbeiten. Dadurch konnte dem Nachwuchs in der gewerblichen Wirtschaft nicht die notwendige Sorge zugewendet werden. Die Meister fehlen an allen Ecken und Enden, es fehlt uns der Nachwuchs und das macht sich beim Wiederaufbau im Handel und Gewerbe selbstverständlich nachteilig bemerkbar. Der Zustand in der gewerblichen Wirtschaft ist beinahe untragbar; die allergrößte Schwierigkeit liegt in der Beschaffung des Materials. Dieses fehlt an allen Ecken und Enden. Sämtliche Gewerbe und Branchen klagen über Materialmangel und es klingt geradezu wie ein Hohn, wenn man in den Zeitungen lesen muß, welch geringe Mengen an Materialien, wie Leder, Nägel usw., die Schuhmacher zugewiesen bekommen. Noch viel schlimmer ist die Situation bei der Bekleidungsindustrie. Von der Zuweisung an Stoffen, Textilien und dergleichen ist keine Rede.

Im Baugewerbe wirkt sich der Materialmangel dadurch furchtbar aus, daß vor allem Stahl und Eisen fehlt sowie Ziegel, sowohl Dach- wie Mauerziegel, Zement usw., also Materialien, ohne die das Baugewerbe überhaupt nicht arbeiten kann. Zur Herstellung



dieser wichtigen Rohmaterialien fehlt wieder die Kohle. Die Kohle ist ja das Urprodukt für sämtliche gewerbliche Erfordernisse. Es wäre daher Aufgabe des Landes, dafür Sorge zu tragen und alles zu tun, um die zur Herstellung dieser Materialien notwendige Kohle bereitzustellen. Da das Gewerbe Güter produziert, welche der Allgemeinheit und dem Wiederaufbau zugute kommen, wäre es zu rechtfertigen, wenn man das Gewerbe auch bei der Beschaffung von Maschinen unterstützt und ihm für die Wiederinstandsetzung der Werkstätten Baumaterialien bevorzugt zuweist.

Helfen wir den Gewerbetreibenden, helfen wir der gewerblichen Wirtschaft, dann fördern wir auch den Wiederaufbau im Lande Niederösterreich (*Beifall links*).

Abg. ENDL: Sehr verehrte Damen und Herren! Hoher Landtag! Wirtschaftsförderung soll für Niederösterreich kein Schlagwort sein. Wir haben von den Vorrednern gehört, daß sie beantragen, daß wir unsere Gewerbe durch Zuteilung von Materialien und von Gütern, die die Wirtschaft notwendig hat, fördern sollen. Das ist unbedingt notwendig, denn nur dadurch können wir zu einer Wirtschaftsförderung kommen. Hiezu ist aber auch unbedingt notwendig, den schleppenden Bürokratismus auszumerzen und ihm an den Leib zu rücken. Es ist weiter unbedingt notwendig, den Instanzenzug zu verkürzen, um so der gewerblichen Wirtschaft rasch die Hilfe angeheißen zu lassen, die sie unbedingt notwendig hat.

In der gewerblichen Wirtschaft nimmt die Fremdenverkehrsindustrie eine Schlüsselstellung ein. Die Fremdenindustrie im Lande Niederösterreich hat gegenüber den westlichen Bundesländern einen derartigen Niederbruch erlitten, daß dieser als katastrophal zu bezeichnen ist. Ich will nur zwei Ziffern nennen: Vor dem Jahre 1938 haben wir in 7800 Betrieben, wie in Hotels, Pensionen, Privathäusern und Gasthöfen, rund 91.000 Fremdenbetten gehabt. Jetzt haben wir nach einer vorsichtigen Schätzung, wenn ich die Privatbetten abziehe, nur mehr 8000 Betten zur Verfügung, es fehlen uns also rund 80.000 Betten in Niederösterreich. Wenn nun in einem Mittelbetrieb jedes einzelne Bett mit 1000 bis 1200 S und in einem großen Luxusbetrieb mit 1500 S bewertet wird, so ergibt das einen enormen Verlust, den die Fremdenindustrie in Niederösterreich erlitten hat. Es ist notwendig, daß wir ganz besonders bei den kleinen Unternehmen, bei den Wirten, die Privatinitiative fördern, denn nur durch diese Förderung wird es möglich sein, in absehbarer Zeit doch 10.000 bis 12.000 Betten mehr zur Verfügung zu erhalten. Die kleinen Wirte haben in der Ausstattung ihrer Betriebe verschiedene Sor-

gen. Es ist vor allem notwendig, daß sie bei den Baumaterialzuteilungen bevorzugt behandelt werden. Es sind Umänderungen innerhalb der Gebäude sowie Modernisierungen notwendig, denn man soll auch dem Fortschritt huldigen und den Betrieb, wenn schon etwas angewendet wird, zu modernisieren trachten.

Die größte Sorge besteht beim Textilsektor. Es gibt keine Wäsche, keine Matratzen, kein Roßhaar. Außerdem fehlt Porzellan, Glas und die verschiedenen anderen Bestandteile, die die Fremdenindustrie benötigt. Ich führe dies deshalb an, weil ich als alter niederösterreichischer, noch immer tätiger gewerblicher Arbeiter in der Hotelindustrie weiß, daß die Berufskollegen, die da in Niederösterreich draußen stehen, sehr schwere Sorgen haben. Diese Kollegen wieder in ihre Betriebe einzustellen, ist eine meiner größten Bemühungen. Wir hatten früher in Niederösterreich 9000 Lohnempfänger im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe und wenn wir auch nur einen Bruchteil derselben wieder einstellen wollen, dann müssen wir vorerst darangehen, die Betriebe wieder einzurichten, damit sie in die Lage kommen, Arbeiter einzustellen. Wir können nicht annehmen, daß die geschulten Kräfte, die drei bis vier Sprachen sprechen, etwa in das Baugewerbe hinüberwechseln, weil in der Fremdenindustrie für den Nachwuchs keine Plattform da ist. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß in Niederösterreich die Verantwortlichen der Innung und der Gewerkschaften sich zusammengefunden haben, um eine Gemeinschaft zu bilden und die Nachwuchsfrage zu regeln. Wir wollen den Nachwuchs von unten herauf, nicht von oben herunter fördern, wie das in manchen Bundesländern geschieht, die Akademien schaffen und nur Direktoren züchten wollen. Diese Schulen sind nichts anderes als ganz gewöhnliche Unternehmungen, die auf den Erwerb von Geld und nicht auf Erziehung ausgehen. Wir wollen die Schulung auf gesetzlicher Basis durchführen. West-Pennsylvanien hat uns ersucht, den Lehrplan unserer neu aufgebauten Berufsschule in Waldegg zu senden, da sie diesen Lehrplan in ihren Schulen aufnehmen wollen. Sehen Sie, solches Interesse hat das Land Niederösterreich als Fremdenverkehrsland im Ausland! Schon im Ausland hat man also gehört, daß wir seit Monaten dabei sind, den Fremdenverkehr und die Nachwuchsfrage zu fördern und dabei den richtigen Weg einschlagen. Ich bitte daher den Hohen Landtag, uns zu unterstützen, daß der Fremdenverkehr angekurbelt wird. Wir werden wohl in den nächsten Jahren nicht auf einen internationalen Fremdenverkehr wie früher rechnen können, sondern werden uns darauf

beschränken müssen, den Inlandsfremdenverkehr zu fördern. Wiener und Wienerinnen, ob Arbeiter, Angestellter oder Geschäftsmann, kommt hinaus in unser schönes Niederösterreich, die Wirte und die Hotels wollen euch Erholung bieten, die wir sonst den Ausländern geboten haben zum Wohle unseres ganzen Landes! (*Beifall rechts.*)

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Der verbrecherische Nazikrieg, der im Jahre 1939 von den braunen Faschisten vom Zaun gebrochen wurde, hat den österreichischen Fremdenverkehr fast total zerstört. Verbindungen, die wir mit allen Ländern der Erde hatten, wurden mit einem Schlag zerrissen und zahlreiche Fäden wurden mit einem einzigen Eingriff zerstört. Wir werden also jetzt, wenn wir auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs wieder dahin gelangen wollen, wo wir vor dem Jahre 1938 gestanden sind, ganz von vorne anfangen müssen. Wir werden viele Mühe und jahrelange Arbeit dabei aufzuwenden haben, um dieses Ziel zu erreichen. Niederösterreich hat im gesamten österreichischen Fremdenverkehr eine ganz besonders hervorragende Rolle gespielt und wenn ich beispielsweise sage, daß im Jahre 1937, also im Jahre des besten österreichischen Fremdenverkehrs, Niederösterreich mit 5,728.000 Fremdenübernachtungen an der Spitze gestanden ist und damit die Fremdenübernachtungen von Wien, die mit 2,966.000 angegeben werden, weitaus überschritten hat, so ist damit der Beweis erbracht, daß Niederösterreich auf diesem Gebiete immer führend gewesen ist. Der Fremdenverkehr in Niederösterreich unterscheidet sich dadurch wesentlich vom Fremdenverkehr in den anderen Bundesländern, daß Niederösterreich in erster Linie ein Fremdenverkehrsland für den innerösterreichischen Verkehr ist. Während beispielsweise von den 2,966.000 Übernachtungen in Wien 2,739.000 auf Ausländerübernachtungen entfallen sind, so ist der Fremdenverkehr in Niederösterreich fast zu 90% von Österreichern bestritten worden, denn es entfallen von den 5,728.000 Übernachtungen nur 485.000 Übernachtungen auf Ausländer. Wenn wir die Situation auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs heute betrachten, so müssen wir sagen, daß gerade Niederösterreich das durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse am meisten mitgenommene Gebiet Österreichs ist. Die niederösterreichischen Fremdenverkehrsgebiete sind derart schwer getroffen, daß diese für die Wirtschaft so bedeutungsvollen Gebiete ohne die tatkräftige Unterstützung aller öffentlichen Körperschaften nicht wieder aufgebaut werden können. Wenn wir beispielsweise das Semmeringgebiet, das einst blühendste Fremdenverkehrsgebiet betrachten,

so müssen wir feststellen, daß von den dort vor dem Jahre 1938 zur Verfügung gestandenen 3500 Fremdenbetten fast 70% verlorengegangen sind. Wenn wir weiterhin bedenken, daß das obere Schwarzatal, das einst als Eldorado des Fremdenverkehrs für die Touristen angesprochen werden konnte, heute nicht mehr in der Lage ist, seinem einstigen internationalen Ruf gerecht zu werden, und wenn wir ferner daran denken, daß von den früher in Payerbach vorhandenen 170 Fremdenzimmern mit 270 Betten heute nur 40 Zimmer mit 54 Betten benützbar sind, da der Rest durch die Kriegsereignisse vernichtet oder geplündert wurde, und wenn ich schließlich daran erinnere, daß all dieses auch für alle übrigen Fremdenverkehrsorte in Niederösterreich gilt, so können Sie daraus ermessen, welche ungeheure Arbeit notwendig sein wird, um den Fremdenverkehr in Niederösterreich wieder auf eine nennenswerte Stufe zu bringen.

Ich habe hier eine Aufstellung über das Gesamterfordernis, das notwendig sein wird, um nur das zu ersetzen, was durch die Kriegsereignisse zugrunde gegangen ist. In Niederösterreich sind allein 3955 Zimmereinrichtungen notwendig, das sind fast zwei Drittel des Gesamtbedarfes unseres Bundesgebietes. 24.266 Matratzen sind in Niederösterreich durch die Kriegsereignisse verloren gegangen, das ist fast die Hälfte des gesamten österreichischen Bedarfes. Außer vielen anderen Kleinigkeiten, wie Kopfpolster, Geschirr, Teller, Eßbesteck usw., haben wir einen Bedarf an 426 Küchenöfen und 232 elektrischen Kochgeräten. Sie sehen also, daß hier ganz gewaltige Aufgaben auf uns warten.

Über die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs brauche ich nicht viel zu erzählen. Es genügt nur, auf die Tatsache hinzuweisen, daß der Fremdenverkehr einer der wichtigsten Wirtschaftszweige ist, der uns in Österreich bei der Beschaffung von Auslandsdevisen, die wir so dringend brauchen, zur Verfügung steht. Der Fremdenverkehr ist ein ebenso wichtiges Gebiet wie Handel, Industrie und Gewerbe, er reagiert genau so wie diese auf alle Änderungen in der Wirtschaft und Politik. Es muß daher verlangt werden, daß der Fremdenverkehr, wenn wir auf diesem Gebiet einen dauernden Erfolg erreichen wollen, sorgfältig einer Planung zugeführt werden muß. Es ist notwendig, daß planvoll organisiert und vorgegangen wird. Wenn wir uns ganz primitiv fragen, was verlangen die Menschen, was verlangen die Arbeiter im Sommer, wenn sie auf Urlaub gehen, so ist die Antwort kurz die: In erster Linie erwarten die Menschen, wenn sie auf Urlaub gehen, daß sie reichlich zu essen

bekommen, daß sie eine anständige Unterkunft, anständige und gute Fahrtverbindungen, anständige Behandlung und eine den einzelnen Interessen angepaßte schöne Gegend haben. Das ist im großen und ganzen das Um und Auf des Fremdenverkehrs. Wir müssen bedenken, daß vor einer befriedigenden Lösung des Verkehrs- und Ernährungsproblems mit einem nennenswerten Zuzug von Ausländern auf lange Zeit hinaus nicht gerechnet werden kann, und daß daher der Fremdenverkehr in erster Linie auf den Inländerverkehr angewiesen sein wird, weshalb vor allem die Österreicher es sein werden, die die Kosten für den Wiederaufbau der Fremdenindustriebetriebe werden bezahlen müssen. Allen, die am Fremdenverkehr interessiert sind, also Gastwirte, Hoteliers und Pensionsinhaber sowie Theater und Sportvereine werden in erster Linie durch Österreicher verdienen. Diese Betriebsinhaber und Unternehmungen werden daher gezwungen sein, sich einmal daran zu gewöhnen, daß sie alle Gäste, ganz gleich, ob sie Ausländer oder Inländer, ob sie reich oder arm sind, gleich zu behandeln und zu bedienen haben. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, wenn es gelingen soll, den Fremdenverkehr in Österreich wieder auf eine anständige Stufe zu bringen.

Wir begrüßen im Interesse des Fremdenverkehrs auch die Schaffung einer niederösterreichischen Fremdenverkehrskommission. Wir würden auch wünschen und halten es auch für zweckmäßig, wenn Niederösterreich ein Landesverkehrsbüro errichten würde, wie es z. B. in Steiermark der Fall ist.

Der Fremdenverkehr ist für die österreichische Volkswirtschaft so notwendig, daß es sich wahrlich der Mühe lohnen wird, alle unsere Kräfte anzustrengen, um den Fremdenverkehr auf jenes Niveau zu heben, das er vor dem Jahre 1938 gehabt hat. Wenn uns das gelingt, dann bin ich überzeugt, werden wir dem Lande Niederösterreich und darüber hinaus dem ganzen österreichischen Volk einen wesentlich guten Dienst geleistet haben. (*Beifall links.*)

Abg. TESAR: Hohes Haus! Zu den Ausführungen meiner beiden Vorredner möchte ich ergänzend sagen, daß jene Betriebe, die Besatzungen gehabt haben, in erster Linie rasch in den Genuß des Ersatzes der Besatzungskosten kommen. Gerade jetzt müssen wir Niederösterreicher darangehen, den Fremdenverkehr aufzubauen, und wenn das auch nur in einem kleinem Ausmaß geschehen kann, so ist dennoch dazu Geld notwendig. Es sollen daher in erster Linie die offenstehenden Forderungen an Besatzungskosten beglichen werden.

Wir alle haben uns bemüht, die Wirtschaft zu fördern und anzukurbeln. Das Zauberwort „Ankurbelung der Wirtschaft“ ist für viele Zehntausende draußen die einzige Hoffnung, daß wir aufwärts und vorwärts kommen. Gerade jetzt nach dem harten Winter ist es notwendig, daß wir uns mit dieser Frage eingehend befassen. Alles Wirtschaftshemmende müssen wir beseitigen. Da ist vieles nicht so geschehen, wie es sein sollte, weil eben zu viele Instanzen mitzusprechen haben; man sollte vielmehr den gesunden Menschenverstand walten lassen, der leider durch bürokratische Hemmungen oft lahmgelegt wird. Es wird wohl Aufgabe des betreffenden Landesreferates sein, dafür zu sorgen, daß die Wirtschaftsankurbelung mit möglichst wenig theoretischen Vorschriften und dergleichen gemacht wird. Da ist es nun herzlich wenig, wenn wir im Budget nur 3000 S an Reisegebühren verzeichnet finden. Es wird notwendig sein, daß hier mehr getan wird, sollen wir das uns gesteckte Ziel erreichen.

Nicht minder wichtig ist, daß der gewerblichen Wirtschaft in puncto Rohstoffe mehr zur Verfügung gestellt wird als bisher, weil diese das Um und Auf des Gewerbes sind. Eine Mehrzuteilung an Materialien kommt auch der Lehrlings- und Facharbeiterausbildung zugute.

Wichtig ist auch, daß die einzelnen Handwerksbetriebe, wie Tischlerei, Schusterei, Schneiderei usw., dadurch gefördert werden, daß ihren berechtigten Wünschen und Anregungen Gehör geschenkt wird. Wir klagen alle mit Recht über die schlechte Schuhversorgung im Lande Niederösterreich. Es könnten aber mit wenig tausenden Quadratmeter Oberleder mehrere tausend Paar Schuhe, die umherstehen, durch Vorschubarbeiten wieder zu einem nützlichen Schuhwerk gemacht werden. Bei einigem guten Willen wird es möglich sein, auf diesem Gebiete mehr zu tun, als bisher geschehen ist. Die Statistiken, die wir darüber in den Zeitungen lesen, machen die Menschen nur mißtrauisch gegen alle Behörden. Wir müssen daher in jeder Hinsicht trachten, daß wir den Bedürfnissen der Bevölkerung voll und ganz Rechnung tragen.

Ich möchte nun kurz das Kapitel Land- und Forstarbeiterwohnungen streifen. Auch hier muß etwas geschehen, denn auch das ist wirtschaftsfördernd, wenn wir diesen Menschen draußen am Lande oder im Gebirge helfen, deren Häuser oder Keuschen oft ganz verfallen sind. Wir bitten alle zuständigen Herren, besonders den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl (*Zustimmung rechts*), daß er darauf dringt, daß bei der Einstufung der Bauvorhaben diese Leute entsprechend

berücksichtigt werden. So können wir auch praktisch die Landflucht hintanhaltend.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch den Herrn Landesernährungsreferenten neuerlich darauf verweisen, die Zebußen für die Forstarbeiter wieder in Geltung zu bringen. Wenn wir Holz haben wollen, müssen wir diesen Leuten das geben, was sie zur Erhaltung ihrer Kraft brauchen. Sonst haben wir nur wiederum tausende Festmeter Holz, die nur auf dem Papier stehen, aber nicht erzeugt werden. Hier muß rasch eingegriffen werden, denn wer rasch gibt, gibt doppelt. *(Beifall rechts.)*

Abg. KUBA: Wenn ich zu Kapitel VII, Wirtschaftsförderung, spreche, dann ist es meine Pflicht, für die Landarbeiter und deren Wohnungen zu sprechen. Als Mandatar eines Gebietes, wo die meisten Meierhöfe sind, weiß ich, wie die Landarbeiter dort leben. Ich habe das auch im Vorjahr in diesem Hohen Haus aufgezeigt. Ich habe gesagt, wie wir den Landarbeitern helfen können, damit diese zu einer Wohnung kommen. Es geht nicht an, daß gerade die Landarbeiter als letzte im Lande angesehen werden und mit den Industriearbeitern nicht gleichberechtigt sind. Es geht aber auch nicht an, daß gerade die Landarbeiter noch in der Wohnungsfrage vernachlässigt werden. Ich weiß, daß es in unserem Gebiet in den Meierhöfen Landarbeiter gibt, die bei einer Regenperiode nicht wissen, welches Platzl sie sich suchen sollen, um die Nacht trocken verbringen zu können. Ich könnte Ihnen Namen von Höfen angeben, wo das tatsächlich vorkommt. Ich möchte daher das Hohe Haus bitten, daß man wirklich endlich einmal für die Landarbeiter eintritt. Wir brauchen sie, denn wir wissen, wie schwer die Ernährungskrise in unserem Lande ist. Auch die Landflucht der Landarbeiter wird vermieden, wenn wir ihnen entsprechende Wohnungen verschaffen, vielleicht in Siedlungen im Zuge der Bodenreform. In meinem Gebiet in Laa an der Thaya haben von 22 Meierhöfen zwölf Höfe faschistischen Nazifürsten gehört, von denen man heute noch nicht weiß, wo sie derzeit leben. Diese Meierhöfe werden wohl verwaltet, aber 40 bis 50% des Grundes liegen brach. Wir müssen daher endlich darangehen, die Bodenreform zu beschließen, damit unsere braven Landarbeitersöhne und Bauernsöhne Grund und Boden bekommen, den sie sicherlich so bearbeiten werden, wie wir es für unser Vaterland brauchen.

Es gibt noch manches, was für die Landarbeiter von Wichtigkeit wäre. Ich habe schon gesagt, daß sie den Industriearbeitern hintangestellt sind. Wir fordern daher die Gleichberechtigung der Landarbeiter mit allen anderen Arbeitern. Die Landarbeiter müssen

auch bevorzugt werden in bezug auf die Zuteilung von Kleidung, weil es auf die Dauer nicht angeht, daß sie barfuß hinter dem Pflug oder der Egge gehen müssen.

Außerdem müßte, wie es in Oberösterreich der Fall ist, unser Ernährungsreferent veranlassen, daß den Landarbeitern pro Kopf der Selbstverbrauch der Eier eines Huhnes freigegeben wird, weil es nicht angeht, daß der Landarbeiter oder der kleine Arbeiter schon vom ersten Huhn an die Eier abliefern muß *(Landesrat Steinböck: Fällt leider nicht in meine Kompetenz!)*. Wollen wir eine gesunde Landwirtschaft und damit eine gesunde Wirtschaft in Österreich haben, dann müssen wir unseren Landarbeitern die soziale Gleichberechtigung geben. *(Beifall links.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Nachdem Anträge auf Abänderung dieses Kapitels im Hohen Haus nicht gestellt wurden, will ich noch einmal die Endsummen verlesen. Eine Änderung ist nur, wie gesagt, über Antrag des Finanzausschusses zu Titel 2, „Förderung der gewerblichen Wirtschaft“, nämlich Erhöhung von 200.000 S um 400.000 S auf 600.000 S beantragt worden, so daß sich die Ausgabensumme von 1.532.100 S um 400.000 S auf 1.932.100 S erhöht. Da die Einnahmen 1.000.100 S betragen, ergibt sich bei diesem Kapitel eine Nettoausgabe von 932.000 S. Ich bitte das Hohe Haus, diesem Kapitel die Zustimmung zu erteilen.

PRÄSIDENT *(Abstimmung über Kapitel VII, Wirtschaftsförderung, in Erfordernis und Bedeckung mit dem Abänderungsantrag des Finanzausschusses)*: A n g e n o m m e n .

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, seinen Bericht zu Kapitel VIII, Straßen- und Brückenbauten, einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zum Kapitel VIII, Straßen- und Brückenbauten, stellt der Finanzausschuß keinen Abänderungsantrag, es gelten daher die im vorliegenden Voranschlag angeführten Ziffern, und zwar eine Ausgabensumme von 13.807.000 S, eine Einnahmensumme von 266.000 S, somit eine Nettoausgabensumme von 13.541.000 S.

2. PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schwarzott.

Abg. SCHWARZOTT: Hoher Landtag! Unsere Straßen und Brücken sind wirklich in einem äußerst bedauerlichen Zustand. Niemand kann das besser beurteilen als der Fuhrwerker, welcher sein Brot sozusagen auf der Straße findet und daher dort alle Vor- und Nachteile am besten verspüren kann. Ich

wurde voriges Jahr in den Ausschuß berufen, dessen Aufgabe es ist, den Wiederaufbau der Straßen- und Brückenbauten vorwärts zu treiben. Es haben einige Sitzungen stattgefunden, ich war bei drei Sitzungen anwesend und ich muß sagen, diese Sitzungen waren äußerst interessant und es wurde sachliche und gute Arbeit geleistet. Die Sitzungen wurden von der Landesverwaltung und von Straßenbau-firmen beschickt. Man konnte feststellen, daß jeder einzelne, der daran teilgenommen hat, wirklich in der Materie bewandert war und sich bemüht hat, wenigstens die Schwierigkeiten zu bekämpfen. Es gibt deren sehr viele, die sich nicht restlos beheben lassen. Denken wir da nur an die Stromkrise, die unsere Steinbrüche lahmgelegt hat, denken wir an die Ölmisere, durch welche unsere ganze Industrie zum Stillstand gezwungen wurde, und denken wir an die großen Transportschwierigkeiten auf den Schienen und Straßen. Für Neubauten und für die notwendigsten Ausbesserungsarbeiten brauchen wir in Niederösterreich allein 16.000 Waggons Schotter, außerdem 970 Waggons Bitumenbindemittel. Aus diesen ungeheuren Mengen, die höchstens zu einem Fünftel bei uns erzeugt werden können, ersieht man, wie groß die Schwierigkeiten sind, die zu bewältigen sind.

Unsere Straßenverwaltung hat mit den Straßenwärtern und Aufsehern im heurigen Winter wirklich ein Musterbeispiel an Pflichterfüllung geliefert. Ich selbst habe oft Gelegenheit gehabt, das feststellen zu können. Ich wurde einige Male bei Nacht geweckt; schon um 2 Uhr früh kam der Straßenmeister und sagte: Bitte helfen Sie uns, daß wir Treibstoff bekommen, damit wir die Straßen vom Schnee freimachen können. Die Leute waren oft 14 bis 20 Stunden im Dienst ohne warme Suppe im Magen und manchmal auch ohne ein Stücklein Brot. Man muß wirklich sagen, daß alle, die hier eingesetzt waren, vom Baudirektor angefangen bis zum letzten Straßenwärter, mehr als ihre Pflicht getan haben (*Beifall*). Ich glaube, das Hohe Haus wird es für richtig halten, wenn wir allen, die sich in diesem schweren Katastrophenwinter in jeder Weise bewährt haben, unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen (*Beifall im ganzen Haus*). Es wird auch notwendig sein, der Straßenverwaltung und ihren Leuten das zu geben, was sie brauchen, nämlich die finanziellen Mittel und die notwendigen Werkzeuge und Materialien. Es fehlt bestimmt nicht an dem nötigen Verständnis und auch nicht an gutem Willen. Wenn wir imstande sind, in den nächsten Jahren das Notwendige für die Straßen bereitzustellen, dann braucht uns nicht bange zu sein, daß wir recht bald wieder

brauchbare Straßen haben werden, wie wir sie früher gehabt haben. (*Beifall rechts*.)

Abg. STERN: Ich will nur einiges über den Zustand der Straßen und Brücken in meinem Bezirk erwähnen. Wir haben im Tullner Bezirk allein 92 Brücken, die hergerichtet werden müssen. Ich verweise da nur auf die große Donaubrücke. Die Gemeinde Tulln hat eine Rollfähre gebaut, die aber infolge des Eisstoßes im heurigen Winter monatelang nicht zu verwenden war. Sie können sich leicht vorstellen, was das bedeutet und Sie werden zugeben, daß die Ausgaben im Budget im allgemeinen nicht mehr bedeuten, als einen Tropfen auf einen heißen Stein. Der Tullner Bezirk verfügt über einen Dieselwagen, über einen 5-t-Kipper, einen Benzinwagen, einen 4-t-Wagen mit Schneepflug, eine Dampfwalze, einen Straßenhobel und 16 Holzschneepflüge. Die Bereifung dieser Wagen ist infolge ihres langen Stehens auf der Straße so desolat, daß man nichts als picken und kleistern muß. Trotz alledem müssen wir dem Zustand unserer Straßen und Brücken draußen ein besonderes Augenmerk zuwenden. Leider fehlt heute noch immer ein wichtiger Faktor, nämlich die Bezirksstraßenverwaltung. Bei den Bezirkshauptmannschaften gibt es Fahrzeuge und Benzin genug, aber für unsere Straßenwärter hat man noch nicht getrachtet, daß sie Fahrräder bekommen, damit sie die kilometerlangen Wege etwas leichter zurücklegen können. Außerdem haben unsere Straßenwärter weder Mäntel, Schuhe, Kappen, noch sonst etwas bekommen. Diesen Winter haben unsere Straßenwärter Tag und Nacht hindurch, wie schon ein Vorredner gesagt hat, ihren Dienst versehen. Das kann auch ich nachweisen. Bei uns fehlen nicht weniger als 1800 Stück Schneewände. Sie können sich vorstellen, wenn wir diese gehabt hätten, wie leicht es gewesen wäre, die verschneiten Straßen etwas zu schützen, so daß wir hätten durchfahren können. Das gleiche war im ganzen Lande Niederösterreich zu beobachten. Wir müssen daher trachten, daß auf der Straße viel mehr Leute beschäftigt werden. Bei uns auf der Bezirkshauptmannschaft gibt es 130 Angestellte, der Bezirksstraßenausschuß aber, der ein weit größeres Arbeitsgebiet hat, hat nicht einmal 70 Angestellte. Wie sollen also diese wenigen Leute die Arbeit bewältigen können? Wir können nicht sagen und der Bevölkerung klar machen, daß wir keine Mittel haben und daher die Straßen nicht herrichten können.

Wir brauchen für die Bezirksstraßen auch Schotter und Fuhrwerk. Wir müssen trachten, einerseits die Autos, die dem Bezirksstraßenausschuß gehören, wieder instandzusetzen und andererseits unsere Schotterwerke zu fördern,

damit sie den notwendigen Schotter liefern, um die Gruben und Löcher auf den Straßen zumachen zu können, durch welche den Fahrzeugen der Landwirtschaft und Industrie sehr viel Schaden zugefügt wird. Wenn wir unsere Straßen hergerichtet haben, dann können wir sagen, daß wir dadurch auch unsere Verkehrsmittel bedeutend schonen. Man könnte stundenlang erzählen, was sich alles auf der Straße tut. Wir alle können in der Nacht ruhig schlafen, auch wenn es stürmt und schneit, doch die Straßenwärter müssen draußen auf den Straßen sein und Sorge tragen, daß bei Unwetter und Katastrophen Unfälle verhütet werden. Darum müssen wir den Straßenwärtern das geben, was ihnen gebührt, nämlich eine menschliche Behandlung und ein wenig Freizeit. Unsere Straßenwärter können oft nicht einmal am Sonntag feiern.

Wir haben in unserem Bezirk 151 Quadratmeter Asphaltflächen, deren Schäden wir nicht auf einmal beheben können, weil der Asphalt nicht zu haben ist, aber mit Rieselschotter und dergleichen könnten wir die Straßen belegen. Auch die Obstbäume, die längs der Straßen stehen, sollten eine entsprechende Pflege erhalten. Wir sollten statt Mostobst Edelobst pflanzen und jeder Straßenwärter könnte auf seiner Strecke dadurch für unsere Ernährung sehr viel beitragen. Leider fehlt es da wieder an Baumspritzmittel, wie Kupfervitriol und dergleichen. Das alles müßte in Erwägung gezogen werden. Dazu gehören aber der Bezirksstraßenausschuß und Männer, die das lenken und leiten. Wenn das geschieht und wir wieder schöne Straßen bauen, dann ist uns um die Zukunft unseres Österreich nicht bange. *(Beifall links.)*

Abg. KAINDL: Hoher Landtag! Dem Dank, den die Abgeordneten Schwarzott und Stern an die Männer, die im heurigen Winter auf den Straßen gearbeitet haben, gerichtet haben, möchte ich noch einen zweiten Dank anschließen.

Dankend muß das große Verständnis für die herrschenden Schwierigkeiten und die bereitwillige Unterstützung des Straßendienstes durch die Transportabteilung der russischen Besatzungsmacht hervorgehoben werden. Insbesondere haben Herr Oberstleutnant Babionijew und Herr Ing. Kudriawsew stets helfend eingegriffen.

Wer das alles mitgemacht hat, weiß, was da geleistet worden ist. Wenn man 150 km von Wien weg wohnt, kann man das erst richtig beurteilen. Das alles nützt aber nichts, wenn wir den Dank für das aussprechen, was im vergangenen Winter geleistet wurde, aber nicht schon jetzt dafür Vorsorge treffen, daß es uns im nächsten Winter nicht wieder so

geht. Es ist notwendig, vor allem den Maschinenpark der Straßenverwaltung zu ergänzen, denn das ist ungeheuer wichtig. Es wird notwendig sein — wir haben darüber schon im Bauausschuß gesprochen —, daß die einzelnen großen Straßenwalzen nicht im Winter draußen stehen auf den Straßen, sondern daß sie gut geölt über den Winter vorbereitet werden.

Zur Glatteisbekämpfung möchte ich folgendes sagen: Längs der Straßen sind Sandprismen aufgerichtet. Es ist eine Erfahrungssache, daß sie leicht einfrieren und im Bedarfsfall daher schwer zugänglich sind. Da hat die russische Kommandantur den Vorschlag gemacht, den Streusand in Form von Kegeln aufzuschütten, weil so das Einfrierungsmoment geringer ist. Noch besser wäre es, wenn Niederösterreich darangehen würde, wie es in Oberösterreich der Fall ist, Sandhütten aufzustellen, die an der abgekehrten Seite eine Öffnung haben, so daß man mit einem einfachen Schaufelstich den Sand herausnehmen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die schwarz-weiß gestrichenen Schneebegrenzungsstecken verweisen, die sehr notwendig sind, damit es nicht passiert, daß man mit dem Auto in eine Schneewächte hineinkommt und dann schwer wieder herauskommt.

Herr Abg. Stern hat von den Schneewänden gesprochen. Was er gesagt hat, kann ich hundertprozentig unterstreichen. Für diesen Zweck fehlen uns aber die notwendigen Forstarbeiter, welche das Holz fällen sollen; unsere Leute können das nicht mehr übernehmen, weil sie ohnehin für die Herstellung des Bau- und Brennholzes genügend zu tun haben.

Im Voranschlag ist auch ein Betrag für Güterwege eingesetzt. Sie wissen ganz genau, daß wir statt 30 Vorhaben nur zwölf machen können; da ist wieder die Jammergeschichte, daß wir nicht das nötige Material hiezu zur Verfügung haben. Es fehlt an allen möglichen Baumaterialien, besonders auch an Zement, und da soll man die Adresse nicht immer nur an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl richten — was er sich bemüht hat, hier zu tun, sei wirklich lobend erwähnt —, sondern die Adresse müssen wir anderswohin richten. Sie können es mir wohl ersparen, die Namen der Adressaten anzugeben. Diese übermenschliche, hier bei der Baumaterialbeschaffung geleistete Arbeit nur halbwegs zu würdigen, ist eine selbstverständliche Pflicht des Dankes.

Landarbeitermangel ist die Ursache, daß wir in vielen Fällen nicht richtig durchgreifen können, wie zum Beispiel beim Holz. In diesem Zusammenhang sei immer wieder die alte

Forderung nach Rückführung unserer Kriegsgefangenen ausgesprochen, die wir gerade beim Aufbau unseres Straßenwesens so notwendig brauchen.

Herr Abg. Mentasti hat in der Finanzausschußsitzung von den Bezirksstraßenausschüssen gesprochen und das alte Witzwort gebracht: Der Straßenwärter steht und schaut, der Straßenmeister geht und schaut und der Straßenobmann fährt und schaut. Wir sind ebenfalls hundertprozentig für die Errichtung der Bezirksstraßenausschüsse, weil das eine demokratische Einrichtung ist. Der Bezirksstraßenausschuß ist vielleicht eine der segensreichsten demokratischen Einrichtungen, die wir haben, denn hier fällt der Zentralismus und der langwierige Aktenweg weg.

Die kleinen Schottergruben im Lande wären wieder heranzuziehen. Das wäre ein Verdienst für den Bauern und auch für den kleinen Mann. Sie werden sich alle daran erinnern, die auf dem Lande aufgewachsen sind, daß wir — auch ich schäme mich nicht, das zu sagen — in den Ferien Schottermachen gegangen sind, um ein paar Kreuzer zu verdienen. Das sind nämlich Arbeiten, die auch ein 15jähriger Bub verrichten kann. Dadurch haben nicht nur die Fuhrwerker, sondern auch Bauern eine Beschäftigung gehabt und damit Geld verdient. Diese Arbeiten wurden gern geleistet. Ein nun schon verstorbener Obmann, Ökonomierat Stromer aus Horn, hat schon, lange bevor noch Vierjahrpläne existierten, einen Fünfjahrplan für die Sanierung der Ortschaften im Horner Bezirk aufgestellt; er war der erste, der die produktive Arbeitslosenfürsorge zur Finanzierung der Schottergewinnung herangezogen hat und kleine Unternehmer, die transportable Schotterquetschen besaßen, zur Belieferung auswählte. Unser Herr Landesrat Steinböck hat das ebenfalls in die Wege geleitet und durch die Heranziehung der produktiven Arbeitslosenfürsorge es zustande gebracht, daß in einer unglaublich kurzen Zeit in Messern-Poigen der Straßenbau mit geringem Kostenaufwand durchgeführt werden konnte.

Zur Bewältigung der großen Straßenarbeiten, die uns bevorstehen, ist die eheste Aktivierung der Bezirksstraßenausschüsse notwendig. Der Hohe Landtag hat bereits einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Die Sache steht jetzt so, daß wir bald hoffen können, daß die Bezirksstraßenausschüsse wieder in volle Aktion treten können. Der Straßenausschuß ist ja innig verwoben mit dem ganzen Bezirk und daher werden auch durch eine persönliche Initiative viele Schwierigkeiten behoben werden können.

Nun bitte ich das Hohe Haus, unserem Straßenreferat und unseren Straßenarbeitern den besten Dank auszusprechen. (*Beifall rechts.*)

Abg. LEGERER: Hoher Landtag! Ich möchte mich nur ganz kurz halten, weil über das Straßenwesen ohnehin schon viele Wünsche geäußert worden sind. Für die Straßen sind weder genug Gelder, noch genug Materialien, noch genügend Arbeitskräfte vorhanden.

Ich möchte auf das Marchfeld und das angrenzende Weinland verweisen, auf Bezirke also, die stiefmütterlich behandelt werden. Es wäre da mit wenig Schottermaterial möglich, die Straßen halbwegs instandzusetzen. Die Hauptstraße von Gänserndorf nach Wien, die Straße 409, ist eine Bundesstraße und es wäre hier der Gemeinde Wien nahezu legen, daß sie das Stück, das ihr angehört, instandsetzt, denn der gegenwärtige Zustand dieser Straße spottet jeder Beschreibung. In Ermangelung des Personenverkehrs auf der Bahn müssen heute große Transportauto- und Omnibusfahrten auf den Straßen stattfinden. Was diese Fahrzeuge unter dem Zustand der Straßen zu leiden haben, darüber brauchen Sie nur die Unternehmer fragen, bei diesen werden Sie alles erfahren.

Dann ist ein Stück Straße von Angern nach Dürnkrotz; die ist noch keine Bundesstraße und ich möchte bitten, daß die Landesregierung trachtet, daß sie baldigst Bundesstraße und als solche entsprechend instandgesetzt wird. Ich habe es mir zusammengestellt und gefunden, daß verhältnismäßig wenig Materialien notwendig wären, um diese Straße halbwegs instandzusetzen. Mit einigen tausend Tonnen Schotter wäre es möglich, im ganzen Bezirk die Straßen in einen Zustand zu bringen, daß sie mit allen Fahrzeugen ohne Gefahr benützt werden könnten. Wenn das nicht möglich ist, so sollte doch wenigstens der nötigste Aufwand für die wichtigsten Straßen aufgebracht werden.

Bezüglich der Brücken möchte ich darauf hinweisen, daß zwei Marchbrücken durch den Eisstoß kaputt gegangen sind. Es sind dort einzelne Joche abgebrochen worden. Ich habe diesbezüglich bereits Verhandlungen eingeleitet und ersucht, man möge die Brücke Angern—Unterweiden und die Brücke Markthof—Neudorf wieder instandsetzen. Das würde wenig Kosten verursachen und ist deswegen notwendig, weil die Leute dort drüben Gründe und Holz haben und drüben auch die Felder bestellen müssen. Darum wäre es also notwendig, daß die erwähnten Brücken ehestens wieder instandgesetzt werden.



Es wäre wirklich notwendig, daß man dieses bisher so stiefmütterlich behandelte Marchfeld entsprechend betreut. (*Beifall rechts.*)

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Bei diesem Kapitel, das über die Verkehrswege handelt, ist es notwendig, auch das Problem des Verkehrswesens Niederösterreichs zu erörtern. Nicht umsonst wissen wir, daß die Bedeutung Österreichs vor allem darin liegt, daß sich in diesem Lande die wichtigsten Verbindungswege von Süd nach Nord und von West nach Ost kreuzen. Da sind nun gerade in Niederösterreich die wichtigsten Schnittpunkte zu finden. Die Verbindung von West nach Ost besorgt vor allem die Donau, über deren wichtigstes Projekt ja heute schon gesprochen wurde. Es ist dabei notwendig, hier im Niederösterreichischen Landtag daran zu erinnern, daß wir neben all den Sorgen des Wiederaufbaues nicht darauf vergessen dürfen, an die großen Aufgaben des Verkehrs zu denken, die gerade diese Verbindung betrifft. Hier müssen wir also vor aller Öffentlichkeit noch einmal darauf aufmerksam machen, daß Niederösterreich dringend den schon oft in diesem Haus verlangten Winterhafen in Krems bekommen muß.

Ferner wird es notwendig sein, daß wir auch auf die Erweiterung der Donauuferbahn, die eine wichtige Entlastungslinie der Westbahn ist, unser Augenmerk lenken müssen. Das Land Niederösterreich ist immer daran interessiert, daß diese Bahn bis Linz ausgebaut wird.

Dabei darf die Autobahn nicht vergessen werden. Ich habe erst vor einigen Tagen bemerkt, daß trotz des vollständigen Baustillstandes das Stück Autobahn, das von der Reichsgrenze über Salzburg führt, doch in Ordnung gehalten ist, und ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Autobahn, von der wir voraussetzen, daß sie in späterer Zeit der wirtschaftlichen Erstarkeung ausgebaut und weitergeführt wird, beim Handelsministerium und bei den liquidierenden Reichsautobahnen dahin zu intervenieren, daß das wichtige Material, das draußen an der Strecke der Autobahn liegt, nicht unnötig verschleppt wird und so seinem eigentlichen Zweck nicht zugeführt werden kann.

Ich wäre aber nicht Abgeordneter von St. Pölten, wenn ich hier nicht als Nachfolger eines Mannes, nämlich von Hubert Schnofel, ein Projekt erwähnen würde, von dem er hier oft gesprochen hat. Dieses betrifft den notwendigen Ausbau der Kernhofer Bahn, das ist die Verbindung mit der Bahn Mürzschlag—Neuberg. Es handelt sich hier nur um 30 km. Seit dem Jahre 1870 wird in

diesem Haus immer wieder von der Notwendigkeit des Baues dieser Bahn gesprochen und es ist eine Pflicht des Landes Niederösterreich, diese wichtige Verbindungsstrecke zu schaffen. Ich brauche auf die wirtschaftliche Bedeutung dieser Bahn nicht erst hinzuweisen, weil wir ja wissen, daß wir uns dadurch hauptsächlich für den Güterverkehr den schwierigen Umweg über den Semmering ersparen und unsere Güter aus der Tschechoslowakei auf einem viel kürzeren Weg zum Triester Hafen befördern können.

Ich würde daher anregen, daß sich im Lande Niederösterreich Abgeordnete und die entsprechenden Fachmänner zusammenfinden, um dieses Projekt weiter zu fördern, damit endlich dieser Bahnbau durchgeführt werden kann. Ich will mich über dieses Projekt, über das schon so viel gesprochen wurde, nicht weiter verbreitern. Ich habe davon absichtlich nur aus dem Grund gesprochen, damit es nicht in Vergessenheit gerät, weil es meiner Meinung nach zu den wichtigsten Forderungen gehört, die wir Niederösterreicher an die Regierung stellen müssen, und weil eben das Land Niederösterreich diesen Verkehrsweg unbedingt braucht.

In diesem Zusammenhang will ich, obwohl dies nicht hieher gehört, aber zur wirtschaftlichen Erschließung unseres Landes unbedingt notwendig ist, hier im offenen Haus an den Herrn Landeshauptmann die Frage stellen, ob ihm bekannt ist, daß in Kilb nach Petroleum gebohrt wird, also mitten im Herzen des Landes. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, nachforschen zu lassen, ob diese Bohrungen wirklich nur von rein österreichischen Gesellschaften durchgeführt werden. Es wäre meiner Meinung nach nicht zu verantworten, wenn wir nach den traurigen Erfahrungen von Zistersdorf wieder in Erfahrung bringen müßten, daß sich auch an diesen Bohrungen in Kilb wieder fremdes Kapital und eine fremde Macht beteiligen möchten. Ich möchte also den Herrn Landeshauptmann wirklich darum bitten, sich hierüber zu orientieren, und dem Haus und der Bevölkerung von Niederösterreich, die natürlich an diesen Arbeiten sehr interessiert ist, davon Nachricht zu geben; wir sind ja alle bestrebt, dieses Land wieder zu dem zu machen, was es mit Wien zusammen war, nämlich zum kulturellen und wirtschaftlichen Herzstück von ganz Österreich. (*Lebhafter Beifall links.*)

2. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich möchte das Hohe Haus bitten, das Kapitel VIII, Straßen- und Brückenbauten, mit

den angegebenen Ziffern in Erfordernis und Bedeckung anzunehmen.

2. PRÄSIDENT (*Abstimmung über Kapitel VIII in Erfordernis und Bedeckung*): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zu Kapitel IX, „Wasserbauten“, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Auch zu Kapitel IX, Wasserbauten, sind keine Änderungsanträge gestellt worden.

Die Ausgaben dieses Kapitels betragen 1,178.000 S, die Einnahmen 120.000 S, die Nettoausgaben somit 1,058.000 S.

Abg. WALLIG: Hohes Haus! Im Volksmund wird oft gesprochen: Vor dem Feuer kann man flüchten, vor dem Wasser aber nicht. Dieses Sprichwort ist vollständig begründet. Das gesamte Pulkatal und der gesamte Bezirk Hollabrunn mußten das heuer leider in den letzten Märztagen erfahren. Infolge der letzten schlechten Bautätigkeit in den vergangenen Jahren waren die Dämme in einem schlechten Zustand, die Hilfsgräben waren voll Erdmaterial und konnten infolgedessen die großen Wassermassen nicht fassen. Schon in den Mittagsstunden hat das Wasser der oberen Pulka die Dämme überschritten und in ganz kurzer Zeit, kaum in zwei Stunden, ist das ganze Pulkatal unter Wasser gestanden. Angst und Sorge erfüllte die einzelnen Besitzer, ob Landarbeiter oder Bauer, es war ein Rennen und Flüchten der Menschen und Tiere. Die Feuerwehren, die gesamte Bevölkerung haben wirklich das Möglichste geleistet und trotzdem ist es leider Gottes sehr oft vorgekommen, daß sogar Einrichtungsgegenstände und Lebensmittel unter Wasser kamen und beschädigt oder ruiniert wurden.

In einem Bauprojekt vor dem Jahre 1938 ist schon die Regulierung der Pulka enthalten gewesen, ebenso auch die Regulierung des Göllersbaches. Wir hoffen und bitten, daß das Baureferat die beiden Regulierungen auch wirklich durchgeführt und daß die Regulierung von Göllersdorf bis Hollabrunn weitergeführt wird, und dazu die Baggermaschinen, welche die Erdarbeiten leisten sollen, eingesetzt werden.

Was das Pulkatal anbelangt, so ist die Regulierung bis Hadres bereits durchgeführt und wenn es möglich wäre, hätte ich die dringende Bitte, daß diese Regulierung mindestens bis Jetzelsdorf fortgesetzt wird, weil dort die Vereinigung des Langbaches und des Altbaches ist, wo große Wassermassen aufgenommen werden müssen, weshalb dort ein großer Rückstoß erfolgt, wie es heuer der Fall war. Dort waren tausende Hektar Grund und

Boden der Vermurung ausgesetzt und viele Hektar Grund sind unter Wasser gestanden.

Ich möchte daher die dringende Bitte und den Appell an den Herrn Referenten richten, wenn es möglich wäre, daß im Gebiet von Pulkau bis Laa und im Bezirk Hollabrunn die Arbeiten ehestens durchgeführt werden. Ich möchte den Herrn Landesrat Steinböck ersuchen, er möge sein Möglichstes dazu beitragen.

Es hat heute schon einer der Herren Abgeordneten über die Eierablieferung gesprochen und ich muß ihm da vollständig beipflichten. Die Eierablieferung ist heute auf dem Lande schon ein geflügeltes Wort. Es ist wirklich traurig, daß der letzte Landarbeiter und Bauer nicht einmal ein Huhn frei zur Verfügung hat. Bei uns in Zellerndorf und Umgebung, wo infolge des Wasserschadens ohnehin sehr viele Hühner eingegangen sind, ist das der Anfang vom Ende. Viele Bauern und Landarbeiter sind bereits ohne Körnerfrucht, infolgedessen kommt ein Hühnerkopf nach dem anderen daran. Sie können die Hühner nicht mehr füttern, daher auch nicht der Eierablieferung nachkommen, weshalb ein Huhn um das andere sterben muß. Ich glaube, es wäre richtiger, wenn für eine Person ein Huhn freigegeben würde; damit würde der Allgemeinheit bei der Eierablieferung mehr gedient sein, als wenn die Eier von einem jeden Huhn abgeliefert werden müssen.

Bezüglich der Schadenserhebungen im Bezirk Hollabrunn habe ich mir erlaubt, an die Gendarmerieposten amtliche Erhebungsbögen hinauszugeben, und da möchte ich den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ing. Kargl bitten, auch hier dringendst einzugreifen. Es geht nicht an, daß der Bezirk Hollabrunn mit nur 0,8% der Baumaterialien beliefert wird, wo doch der gesamte Schaden meiner Meinung nach unrichtig angegeben ist, weil er noch durch die jetzigen Wasserschäden vergrößert wurde. Außerdem sind noch von 14 Gendarmerieposten die Meldungen ausständig. Es fehlen uns 212.000 Mauerziegel, 10.000 Dachziegel, 93 Tonnen Kalk, 62 Tonnen Zement und 72 Tonnen Holz.

Ich möchte daher bitten, daß der Bezirk Hollabrunn für seine Schäden, die natürlich weit höher sind, weil, wie schon gesagt, 14 Meldungen ausständig sind, noch eine Sonderzuteilung bewilligt bekommt, damit diese Schäden, die meist deswegen entstanden sind, weil die Bauten aus Quadern und Rohmaterial bestehen, daher unterwaschen wurden und zusammengefallen sind, nicht noch größer werden.

Die Abteilung für Wasserbauten hat entschieden das Wichtigste und Notwendigste

geleistet und es gebührt ihr so wie früher auch heute wirklich der ehrliche und aufrichtige Dank. Die Herren dieses Referates waren immer, obwohl dort nur wenige beschäftigt sind, ehrliche, aufrichtige und fleißige Arbeiter. Dazu ist aber eines dringend notwendig und da möchte ich den Herrn Landesrat Haller um Unterstützung bitten; es handelt sich da nämlich um die notwendigen Fahrzeuge. Ohne Fahrzeuge ist es nicht möglich, die einzelnen Gemeinden zu besuchen, es ist aber dringend notwendig, daß die Herren des Referates hinauskommen und sich an Ort und Stelle überzeugen können, wie groß der Schaden ist und wie er zu beheben wäre. Außerdem haben sie ja die einzelnen Bauten zu überwachen.

Ich möchte das Hohe Haus bitten, mitzuhelfen, daß die Schäden ehestens behoben werden, was auch im Interesse der Ernährung unseres Volkes gelegen ist. *(Beifall rechts.)*

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Ich möchte die Gelegenheit der Beratung dieses Kapitels dazu benützen, um auf einen Zustand hinzuweisen, der schon längst zu einer Katastrophe auszuarten droht. Der Piestingfluß befindet sich in der Strecke von Gutenstein bis Ebreichsdorf in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Jahrzehntelang wird schon von dieser Regulierung der Piesting gesprochen, aber bis zum heutigen Tag ist noch immer nichts geschehen. Speziell in der Gemeinde Piesting ist bei jedem größeren Regenguß ein Hochwasser zu erwarten, wodurch immer größere Schäden verursacht werden. In der Gemeinde Steinbrückl ist der gleiche Fall zu verzeichnen. In der Heidenmühl-Siedlung wird bei jedem Hochwasser die ganze Siedlung unter Wasser gesetzt und die angrenzenden Felder überschwemmt, wodurch die Saat zugrunde geht. Das gleiche trifft in Felixdorf zu, wo die angrenzenden Felder der Gemeinde Matzendorf ebenfalls unter Wasser gesetzt und die Saaten vernichtet werden.

In der Gemeinde Sollenau ist in den Jahren 1942/43 sogar ein Dambruch zu verzeichnen gewesen und nur dem Umstand, daß der Dambruch nicht bei Nacht, sondern bei Tag eingetreten ist, und dem raschen Eingreifen der Bevölkerung von Sollenau und der Feuerwehr war es zu verdanken, daß nicht auch Menschenleben zu beklagen waren.

In allen den genannten Gemeinden besteht immer wieder die Gefahr, daß bei Hochwasser größere Schäden angerichtet werden. Schon seit Jahrzehnten versucht man, diesem Übelstand abzuwehren, bis jetzt aber wurde immer nur davon gesprochen.

Alle genannten Gemeinden haben Ende des vorigen Jahres und zu Beginn des heurigen

Jahres Eingaben an die Landesregierung gerichtet, endlich die Piesting-Regulierung in die Tat umzusetzen. Unter meiner Führung hat am 1. April d. J. eine Deputation aus den Gemeinden Wöllersdorf, Felixdorf und Sollenau beim Herrn Landeshauptmann diesbezüglich vorgesprochen. Der Herr Landeshauptmann hat zugesagt, daß sofort nach den Osterfeiertagen mit den Vorarbeiten zur Piesting-Regulierung begonnen wird. Am 2. April haben Herr Abgeordneter Haller und Genossen im Niederösterreichischen Landtag einen Antrag eingebracht, worin die Landesregierung aufgefordert wird, die eheste Durchführung der Piesting-Regulierung in die Wege zu leiten. Es wäre wirklich hoch an der Zeit, wenn diese Arbeiten endlich in Angriff genommen würden. Auch das ist ein Antrag, der darauf wartet, realisiert zu werden, und wir erwarten, daß er nicht das Schicksal der anderen 73 Anträge teilen wird, die, wie wir gehört haben, noch der Erledigung harren. Wir fordern diese Regulierung nicht erst seit gestern und heute, sondern schon sehr lange. Herr Landesrat Haller weiß ganz genau, daß über die Piesting-Regulierung schon vor dem Jahre 1934 gesprochen wurde und wir erwarten, daß endlich mit dem Reden Schluß gemacht und jetzt, und zwar sofort die Regulierung der Piesting in Angriff genommen wird. *(Beifall links.)*

Abg. THEURINGER: Hohes Haus! Bei Kapitei „Wasserbauten“ möchte ich folgendes aufzeigen. Bei uns im Marchfeld haben wir erlebt, daß der kleine, unscheinbare Rußbach, der sonst so friedlich dahinfließt, uns im heurigen Jahr großen Schaden zugefügt hat. Das gleiche gilt auch von der March. An diesen Wasserläufen wurde die ganze Zeit nichts gemacht. Die Schutzdämme sind daher teilweise durch Bisamratten und Feldkaninchen durchlöchert worden und wir haben es heuer erleben müssen, daß die Schutzdämme gerissen sind, wodurch an den Feldern enormer Schaden entstanden ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch aufzeigen, daß es unbedingt notwendig ist, in die durch das Hochwasser zu Schaden gekommenen Gebiete zusätzlich Saatgut zu dirigieren. Wir haben es erleben müssen, daß das versprochene Saatgut an Kartoffeln aus der Tschechoslowakei nicht geliefert wurde und so stehen große Flächen ohne Saatgut da. Außerdem möchte ich noch an einen Vorschlag erinnern, den ich voriges Jahr eingebracht habe. Ich bitte neuerlich, der Bewässerung des Marchfeldes mehr Augenmerk zuzuwenden, damit das Marchfeld endlich das werden kann, was mir immer vorschwebt, ein Dorado von Österreich! *(Beifall rechts.)*

Abg. NIMETZ: Hohes Haus! Bei diesem Kapitel möchte ich den im Jahre 1946 eingebrachten und vom Hohen Haus beschlossenen Antrag bezüglich der Regulierung der Triesting in Erinnerung bringen. Wir haben damals den Antrag eingehend begründet und haben auf die Millionen Schäden, auf die Todesopfer und die großen Verluste an fruchtbarem Ackerboden hingewiesen. Jetzt scheint es, als ob aus diesen Arbeiten endlich etwas werden würde, denn die Mehrheit des Hauses hat einen gleichartigen Antrag eingebracht. Obwohl es mich freut, daß die Abgeordneten der Mehrheit auch der Überzeugung sind, daß diese Arbeiten notwendig sind, stelle ich mir doch die Behandlung von Anträgen in diesem Haus anders vor. Es soll nicht sein, daß eine Partei das, was die andere beantragt, wiederholt, und es soll nicht sein, daß es in bezug auf Anträge im Landtag ein Plagiat gibt. Es scheint also, als ob man sich seine Anträge mit dem Urheberrecht schützen müßte. (*Rufe: Hört! Hört!*) Wie würde es aussehen, wenn wir Ihre Anträge in bezug auf Wiederinstandsetzungsarbeiten der Straßen und dergleichen wiederholen würden? Glauben Sie, daß die Bevölkerung eine derartige Arbeit als eine ernste Arbeit ansehen würde? Wir würden damit der Bevölkerung den abfälligen Ausdruck, den Hitler über die demokratischen parlamentarischen Institutionen geprägt hat, nur in Erinnerung bringen. Wir müssen also ernst arbeiten und nicht Anträge, die schon beschlossenen wurden, nur der optischen Wirkung halber wiederholen. Bezüglich der Regulierung der Triesting sind im Badener und Wiener Neustädter Volksblatt derart große Artikel erschienen, daß ich mich des Gefühles nicht erwehren kann, daß Ihr Antrag nur der optischen Wirkung halber gestellt wurde. Ich bin vielmehr der Meinung, wenn eine Partei die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Antrages der anderen Partei einsieht, daß sie auch die Pflicht hat, diesen Antrag zu unterstützen und ihm zur Durchführung zu verhelfen. Wenn wir das so halten, wird die Bevölkerung von unserer Arbeit im Landtag bestimmt eine andere Meinung bekommen. Wir würden dadurch auch die Würde des Hauses besser wahren.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf die große Gefahr der Überschwemmung hinweisen und bitten, daß die Arbeiten so rasch wie möglich in Angriff genommen werden, damit dadurch auch die Bevölkerung dieses so schwer geprüften Tales zu Arbeit und Verdienst kommt. (*Beifall links.*)

Abg. ENDL: Hohes Haus! Wir haben vom Vorredner gehört, daß die Hochwasserschäden in unserem Lande ganz enorm sind. Das

müssen wir ganz objektiv zugeben. Das Landesamt B 3 hat nach der großen Schneeschmelze innerhalb 24 Stunden folgende Nachrichten über Wasserschäden und Dammrisse erhalten: Gebiet nördlich der Donau, Meldung aus Rußbach: Drei Dammbüche in Haringsee, Überschwemmungen in Deutsch-Wagram und Parbasdorf. Ein Bruch von 20 m und einer von 10 m Länge, ein Dambruch in Leopoldsdorf und Bruck von 12 m Länge. Schmida: Dammdurchriß 10 m bei Gemeinde Eggendorf und Gaisruck, Überschwemmung in Perzendorf, Damm wurde in der Länge von 100 m durchstoßen. Bezirk Tulln: Zwei neue Brücken bei Weikersdorf und Absdorf gefährdet. Vier Mühlen unter Wasser (ABmann, Wolch, Sperholz und Ruffermühle), Menschen und Tiere in Gefahr. Kampfluf: Eisstoß bei Schönberg. Pulkau: Wasseraustritt bei Haugsdorf.

So ging es weiter in allen Bezirken an der Pulkau, March, Göllersbach, Rußbach usw. Was ist da notwendig? Wir streiten uns da, wer zuerst den Antrag einbringt, diese oder jene Fraktion. Notwendig ist aber, daß das zuständige Landesamt B 3 mit Technikern ausgestattet wird, denn die paar, die wir dort haben, haben nicht einmal ein Fahrzeug, sie können in 24 Stunden nicht überall hinfahren, um die dort eingesetzten Leute richtig zu betreuen und sie aufzufordern, diese oder jene Arbeiten zu machen, damit nicht Menschen und Tiere in Gefahr kommen. Wir können alle diese Notstandsgebiete nicht auf einmal instandsetzen. Würden wir alle die Schäden, die ich angeführt habe, beseitigen wollen, so könnten wir mindesents 6000 Arbeiter beschäftigen. Zu diesen Arbeiten stünden uns aber die Baumaterialien nicht sofort zur Verfügung. Es ist richtig, daß fruchtbares Land durch die Überschwemmungen verlorengegangen ist, wir müssen daher die vordringlichsten Arbeiten sofort dort beginnen, wo Ackerland, Gerät usw. gefährdet sind und wo Dammbüche zu beseitigen sind. Ich will nicht schließen, ohne dem Landesamt B 3 mit seinem Beamtenstab und den Bürgermeistern draußen, die sich in den Gemeinden bei den Hochwasserkatastrophen eingesetzt haben, den Dank auszusprechen, denn ihnen ist es zu verdanken, daß wir halbwegs über die Gefahren hinweggekommen sind. (*Beifall rechts.*)

Abg. KUBA: Hohes Haus! Als Mandatar des Gebietes von Laa an der Thaya fühle ich mich verpflichtet, einige Worte zum Kapitel IX zu sprechen. Jahrzehnte hindurch wurde über die dort notwendigen Wasserbauten wohl gesprochen und — man muß es schon sagen — erst in der Nazizeit ist es gelungen, die Bauten anzukurbeln und durchzuführen.

Was die Pulkau und die Thaya in früherer Zeit bei der Schneeschmelze und bei Hochwasser an Schäden angerichtet haben, ist dem Hohen Haus bekannt. Daß wir in Laa an der Thaya vom Hochwasser nur ganz wenig zu verspüren bekommen haben, haben wir im heurigen Jahre nur dem Umstand zu verdanken, daß das Landesbauamt nach den Umsturztagen seine Bautätigkeit im Gebiet von Laa an der Thaya wieder aufgenommen hat. Im Pulkautal sind hingegen die Orte sehr zu Schaden gekommen. Wir mußten zusehen, wie die Pulkau die Dämme riß, wie in Zwingendorf, Obritz und Wulzeshofen Wohnhäuser einstürzten und sämtliche Brücken weggerissen wurden.

Der Bezirk Laa an der Thaya ist früher nicht viel in den Vordergrund getreten, weil man sagte, das Laaer Gebiet sei ein Sumpfbereich. Aber die Nationalsozialisten haben erkannt, daß im Laaer Gebiet ein fruchtbarer Boden ist. Wir müssen konstatieren, daß der Boden dort zu den fruchtbarsten Niederösterreichs gehört. Bis jetzt haben die Kosten für die Thaya-Regulierung 2,200.000 S betragen. Im heurigen Jahre wurde von der Landesregierung für die Weiterarbeit ein Betrag von 100.000 S bewilligt. Ich möchte bitten, daß das Hohe Haus den doppelten Betrag für diese Regulierung im heurigen Jahre festsetzt, weil diese Regulierung bewiesen hat, daß hunderte Hektar Grund vor Hochwasser und Vermurung geschützt wurden und wir dadurch erreichen würden, daß in Zukunft das Gebiet von Laa an der Thaya vor Hochwasserkatastrophen bewahrt wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch folgendes anführen. Wir haben vor einigen Wochen mit Herren der tschechischen Regierung verhandelt. Da möchte ich nun an die Landesregierung appellieren, wenn es zu den Grenzverhandlungen kommt, auch unser Bauamt heranzuziehen, damit es sich, da unsere Gerinne bereits bis zur tschechischen Grenze reguliert sind, mit den tschechischen Behörden ins Einvernehmen setzt, daß die Regulierung bis in die große Thaya und in die March weitergeführt wird, weil sonst unsere Regulierung keinen Wert hätte. Wir würden sonst im unteren Gebiet wieder von Überschwemmungen bedroht sein. Wir wissen aber doch alle, wie schwer die Ernährungslage ist und müssen daher dafür sorgen und alles tun, um unsere Ernährung zu sichern. *(Beifall links.)*

2. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich habe die Ziffern zu Kapitel IX bereits angeführt, ich bitte daher, dieses Kapitel mit den angegebenen Ziffern anzunehmen.

2. PRÄSIDENT *(Abstimmung über Kapitel IX in Erfordernis und Bedeckung)*: Angenommen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Das Kapitel X, Vermögen und Schulden, wurde mit den vorgesehenen Beträgen vom Finanzausschuß angenommen, und zwar mit Ausgaben von 758.100 S und Einnahmen von 753.300 S, somit mit einem Nettoabgang von 4800 S.

2. PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet.

*(Abstimmung über Kapitel X in Erfordernis und Bedeckung)*: Angenommen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Kapitel XI, Finanzverwaltung, sind Ausgaben von 5,492.500 S, Einnahmen von 38,410.200 S, somit Nettoeinnahmen von 32,917.700 S veranschlagt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen zu diesem Kapitel einzuleiten.

2. PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet.

*(Abstimmung über Kapitel XI in Erfordernis und Bedeckung)*: Angenommen.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Kapitel XII, Verschiedene Ausgaben und Einnahmen, wurde vom Finanzausschuß bei Titel 2, „Verschiedene Ausgaben“, eine Unterteilung in § 1, „Förderungsbeitrag für die niederösterreichische Arbeiterkammer“, mit einem Ausgabenansatz von 400.000 S und in § 2, „Unvorhergesehene Ausgaben“, mit einem Ausgabenansatz von 200.000 S vorgenommen.

Die Ausgaben betragen somit 1,050.000 S, die Einnahmen 10.100 S, somit die Nettoausgaben 1,039.900 S.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen einzuleiten.

Abg. FINDNER: Wir sind gewiß alle froh, wenn wir die Beratungen des Budgets hinter uns haben. Ich will mich nur noch mit dem Titel 2 der „Verschiedenen Ausgaben“ näher befassen. Es ist vorgesehen, daß 400.000 S als Subvention der niederösterreichischen Arbeiterkammer zufließen sollen. Da leider Gottes noch immer keine niederösterreichische Arbeiterkammer besteht, bleibt infolgedessen dieser Betrag vorläufig so lange reserviert, bis wir eine Arbeiterkammer für Niederösterreich haben. Ich kann sagen, daß wir in der Christlichen Gewerkschaft uns schon vor 20 Jahren mit dem Gedanken befaßt haben, endlich eine Arbeiterkammer für Niederösterreich zu bekommen. Es ist uns ein Rätsel, daß Burgen-

land und Vorarlberg, die beide nicht so groß sind wie Niederösterreich, bereits eine eigene Arbeiter- und Angestelltenkammer haben und Niederösterreich noch keine hat. Wenn man der Sache auf den Grund gegangen ist, hat es immer geheißt, die niederösterreichische Arbeiterkammer wird doch immer ihren Sitz in Wien haben und dort besteht ohnehin schon eine Arbeiterkammer!

Ich habe seinerzeit in vielen Betrieben mit den Angestellten der Freien Gewerkschaft gesprochen und diesen war es genau so unverständlich, warum nicht eine eigene Kammer für Niederösterreich errichtet wird. Herr Vizepräsident Mentasti sagt, daß die Errichtung einer eigenen Landwirtschaftskammer für Wien angestrebt wird, aber leider sind die Niederösterreicher dagegen. Warum denn? Eben, weil auch die niederösterreichische Landwirtschaftskammer in Wien ist!

Ich möchte folgenden Resolutionsantrag einbringen (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, in weiterer Verfolgung des in der Sitzung des Landtages vom 12. November 1946 eingebrachten Antrages bei dem zuständigen Ministerium zu erwirken, daß auf Grund des Arbeiterkammergesetzes nach § 1, Absatz 4, die selbständige Arbeiterkammer für Niederösterreich ehestens errichtet wird.“

Ich bitte um Annahme dieses Resolutionsantrages.

2. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Nachdem Abänderungsanträge nicht gestellt wurden, erlaube ich mir, das Kapitel XII, „Verschiedene Ausgaben und Einnahmen“, mit einem Erfordernis von 1,050.000 S, einer Bedeckung von 10.100 S, daher mit einem Nettoerfordernis von 1,039.900 S zur Annahme vorzuschlagen.

Ich bitte auch, dem Resolutionsantrag des Herrn Abg. Findner zuzustimmen.

2. PRÄSIDENT (*Abstimmung über Kapitel XII, „Verschiedene Ausgaben und Einnahmen“, in Erfordernis und Bedeckung*): **A n g e n o m m e n .**

(*Abstimmung über den Resolutionsantrag*): **A n g e n o m m e n .**

(*Abstimmung über den gesamten ordentlichen Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 in Erfordernis und Bedeckung*): **A n g e n o m m e n .**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung zum außerordentlichen Voranschlag einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Der Ihnen vorliegende außerordentliche Voranschlag soll in seinen Beträgen abgeändert werden. Durch den Antrag des Finanzausschusses sollen nämlich unter Titel 2, § 2, „Zur Errichtung einer Landeskrankenanstalt in Wien XIII, Speisingerstraße 109“ (neue Zweckbestimmung), 1.000.000 S eingesetzt werden. Dadurch erhöhen sich die außerordentlichen Ausgaben auf 8,031.100 S, denen außerordentliche Einnahmen von 5,148.000 S gegenüberstehen, so daß sich ein Abgang von 2,883.100 S ergibt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, darüber abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT: Da niemand zum Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung über den außerordentlichen Voranschlag (*Abstimmung*): **A n g e n o m m e n .**

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum Wiederaufbauvoranschlag zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Bei Kapitel II, „Gesundheitswesen“, wäre unter Titel 2 ein neuer § 2, „Förderungsbeitrag zur Wiederherstellung kriegsbeschädigter allgemeiner öffentlicher Krankenanstalten in Niederösterreich“, mit einem Betrag von 600.000 S einzusetzen. Dadurch erhöht sich die Ausgaben-summe von 75.000 S um 600.000 S auf 675.000 S.

Der Wiederaufbauvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 wird daher mit Ausgaben von 13,417.800 S und Einnahmen von 9,735.000 S, mithin mit einem Abgang von 3,682.800 S in Antrag gebracht.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlung einzuleiten.

Abg. ZACH: Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Landtages! Dieses Kapitel soll uns Anlaß geben, zu dem Wiederaufbauproblem überhaupt kurz Stellung zu nehmen. Ich glaube, daß allen Mitgliedern des Landtages schon bekannt ist, in welchem wirtschaftlichen und gesundheitlichen Zustand sich die Bevölkerung von Wiener Neustadt und Umgebung befindet. Ich habe das Gefühl, daß bei den zuständigen Stellen der wahre Sachverhalt noch immer nicht voll und ganz gewürdigt wird. Es ist die Zahl derer, die in dieser Stadt nicht nur das Haus, das Geschäft und die Wohnung, sondern auch viele Familienmitglieder verloren haben, sehr groß. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich in der letzten Zeit wieder so verschlechtert, daß es notwendig ist, einen Alarmruf ausstoßen, damit sich alle beteiligten Stellen endlich mit Sofortmaßnahmen intensiv beschäftigen. Wir wissen alle, daß die großen Wiederaufbauprogramme nicht sofort durchgeführt werden können, aber es muß den Betroffenen

zumindestens ein Strohalm gereicht werden, an den sie sich anklammern können, um wieder eine wirtschaftliche Existenzmöglichkeit zu finden. Es ist daher notwendig, daß eine ganz genaue Überprüfung aller Bauvorhaben größeren Umfanges streng durchgeführt wird, damit diejenigen, welche die Hilfe am notwendigsten brauchen, zuerst zum Zuge kommen. Es gibt Leute, die in ihrer Verzweiflung nur mehr vom Strick sprechen.

Ich habe zu den übrigen Kapiteln des Voranschlages nicht gesprochen, weil im Finanzausschuß gesagt worden ist, es sind bereits redliche Bemühungen sichtbar, daß überall dort, wo es nur irgendwie möglich ist, eingegriffen wird. Auf dem Gebiete des Wiederaufbaues müssen aber ganz neue Wege gegangen werden, denn außergewöhnliche Zustände erfordern auch außergewöhnliche Mittel. Ich habe da das Gefühl, daß man da zu viel Angst davor hat, neue Wege zu gehen. Ich teile nicht den Standpunkt, daß mit dem Arbeitsjahr — ob Sie das Pflichtjahr oder irgendwie anders nennen wollen, ist gleichgültig — das Auslangen gefunden werden kann. Wir müssen da weitergehen. Wer zum Beispiel in den öffentlichen Dienst eintreten will, hat vorerst zumindestens ein halbes Jahr, wenn schon nicht ein ganzes Jahr, beim Wiederaufbau mitzuhelfen. Es gibt keine Gesundung der gesamten Wirtschaft, wenn nicht besonders die Notstandsgebiete entsprechende Hilfe bekommen. Österreich kämpft um das Recht seiner Existenz und die vollständig ausgebombten Städte kämpfen auch um ihr Recht. Wenn da der Solidarismus nicht voll und ganz zur Anwendung kommt, dann stirbt in unserem Volk etwas und das dürfen wir nicht zulassen. Ich bin gerne bereit, noch in meinem fortgeschrittenen Alter selbst mit Hand anzulegen, um unserer Jugend ein Beispiel beim Wiederaufbau zu geben. Wenn man nicht voll und ganz Ernst macht mit dem Wiederaufbau, wird es nicht vorwärtsgehen.

Helfen Sie also mit, unserer Jugend und unserer gesamten Bevölkerung deutlich vor Augen zu führen, daß Ernst gemacht wird. Also, alle Mann an Bord und die Frauen mit dabei, denn es gilt zu retten, was noch zu retten ist. In mancher Beziehung ist schon nicht mehr viel zu retten.

Ich bitte den Herrn Landeshauptmann und alle Mitglieder des Landtages, mitzuhelfen, damit wir die größte Not in den Hauptnotstandsgebieten Niederösterreichs lindern können. *(Beifall rechts.)*

Berichterstatter Abg. KUCHNER *(Schlußwort)*: Nachdem zum Wiederaufbauvoranschlag keine Zusatz- oder Abänderungsanträge

gestellt wurden, bitte ich, den Wiederaufbauvoranschlag mit den bekanntgegebenen Ziffern anzunehmen.

PRÄSIDENT *(Abstimmung über den Wiederaufbauvoranschlag 1947 in Erfordernis und Bedeckung)*: A n g e n o m m e n.

Nach Verabschiedung des ordentlichen, des außerordentlichen und des Wiederaufbauvoranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 bringe ich den Voranschlag als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung sowie die Anträge des Finanzausschusses Punkt 1 bis 14 zur Abstimmung.

Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, welche für den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 in seiner Gesamtheit einschließlich der Anträge des Finanzausschusses stimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. *(Geschickt.)* A n g e n o m m e n.

Landesrat HALLER: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Die Budgetberatung für das Jahr 1947 wurde nach langer, mühevoller, mit großen Hindernissen verbundenen Arbeit fünf Tage vor der gestellten Frist beendet.

Die Finanzreferenten aller Bundesländer waren in dieser Woche in Salzburg versammelt und haben sich über das neue Finanzüberleitungsgesetz und über die zu erwartende Abgabenteilung ausgesprochen. Es wäre wohl verfrüht, heute schon darüber zu berichten, aber eines möchte ich doch aus der Schule schwätzen und das betrifft den Wiederaufbau.

Herr Abg. Zach hat vollständig recht, wenn er eingehend darauf hingewiesen hat, daß beim Wiederaufbau außerordentlich große Anforderungen an die Länder gestellt werden, ohne deren Hilfe die Wiederaufbauvorhaben einfach unerfüllbar sind. Die Finanzreferenten aller Bundesländer inklusive des Landes Wien haben daher beschlossen, dem Finanzminister, bzw. der Bundesregierung vorzuschlagen, den Wiederaufbau durch eine große Anleihe oder durch eine andere Kreditform als reine Bundes-sache durchzuführen. Ich glaube, damit wäre dem Wiederaufbau am besten gedient. Wenn wir weiter über das notwendige Baumaterial und über die erforderlichen Arbeitskräfte verfügen, könnten wir rasch mit dem Wiederaufbau beginnen und ihn zum Nutzen aller Bundesländer durchführen.

Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann und allen Herren der Landesregierung ohne Unterschied der Partei für die Unterstützung herzlichst danken, die Sie mir als Finanzreferenten bei der Erstellung des Budgets gewährt haben.



Ich möchte weiter allen Frauen und Männern des Hohen Hauses für ihre Mitarbeit danken, wenn sie auch manchmal Anträge gestellt haben, die mir als Finanzreferenten nicht immer angenehm waren. Wir haben nun das Budget unter Dach gebracht, und zwar durch die Mitarbeit der Herren Referenten in den verschiedenen Referaten, durch die Mitarbeit des Herrn Landesamtsdirektors und speziell durch die Mitarbeit des Herrn Doktor Holzfeind (*Beifall*) und des Herrn Direktors Dufek (*neuerlicher Beifall*). Herr Direktor Dufek war zwar eine Zeitlang vom Dienst ausgeschaltet, es ist aber durch die Intervention des Herrn Landesrates Genner gelungen, ihn wieder in den Dienst zu stellen. Ich möchte beiden Herren für die überaus gute Mitarbeit, die sie geleistet haben, herzlichst danken.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch allen anderen Beamten des Hauses für die Unterstützung herzlichst danken, die sie dem Finanzreferat angedeihen ließen.

Ich möchte mit dem Wunsche schließen: Gebe der liebe Gott, daß wir die für den Wiederaufbau unseres schwer geprüften Landes notwendigen Materialien und Arbeitskräfte bekommen, um alle im Voranschlag vorgesehenen Arbeiten zum Wohle des Landes Niederösterreich durchführen zu können. (*Großer Beifall.*)

Abg. VESELY: Hoher Landtag! Wir sind am Ende der Budgetberatungen angelangt. Ich möchte die Verabschiedung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 zum Anlaß nehmen, hiezu einige abschließende Worte zu sprechen.

Es ist im Einvernehmen der Parteien gelungen, alle die wichtigen Wünsche, die wir gehabt haben, unterzubringen und das erfüllt uns mit einer gewissen Befriedigung. Es handelt sich dabei um ganz große Dinge, wenn wir bedenken, daß wir beschlossen haben, für das zu errichtende Landeskrankenhaus in Wien XIII, Speisingerstraße 109, eine Million Schilling und zur Wiederherstellung der zerstörten Krankenhäuser 600.000 S auszuwerfen. Wenn wir ferner bedenken, daß auch für Stipendien, für Lehrlingsbeihilfen und für die Errichtung von Lehrlingsheimen bedeutende Summen im Voranschlag vorgesehen sind, so können wir wohl mit Fug und Recht sagen, daß hier gute Arbeit geleistet worden ist, besonders in Anbetracht der schweren Verhältnisse, in denen wir leben und in Anbetracht der schwierigen Lage des Finanzreferenten, was wir gerne zugestehen wollen.

Es wird sich nun als notwendig erweisen, die bewilligten Beträge so rasch als möglich

tatsächlich zu verausgaben. Wenn der Herr Finanzreferent soeben sagte, daß in Salzburg beschlossen worden sei, den Wiederaufbau im großen Programm des Bundes durchzuführen, so soll uns das nicht davon abhalten, von uns aus alles Notwendige vorzubereiten, um uns gegebenenfalls in dieses Programm des Bundes eingliedern zu können.

Wir haben noch immer nicht die Finanzhoheit des Landes, hoffen aber, sie im nächsten Jahr zu haben. Wenn der Bund sie beschließt, so könnte uns das mit einer gewissen Befriedigung erfüllen, weil wir im nächsten Jahr bei der Behandlung des Voranschlages leichter mit den Schwierigkeiten fertig werden können.

Weniger erfreulich ist aber das, was wir aus Moskau hören. Wir alle gaben uns der Hoffnung hin, daß wir endlich einmal frei sein werden, daß wir die dringend notwendige Reform der Währung durchführen und daß wir endlich unsere Gesetzgebung unbehindert in eigener Regie praktizieren können. Wir müssen es bedauern, daß wir in absehbarer Zeit nicht an die wirkliche Befreiung denken können und daß das österreichische Volk vielleicht noch ein Jahr auf die gänzliche Befreiung warten wird müssen.

Durch diese sehr böse Nachricht dürfen wir uns aber nicht unterkriegen lassen, denn ein Volk, das sich selbst aufgibt, hat keine Existenzberechtigung. Wir wollen uns nicht aufgeben, sondern wir wollen, ohne daß wir unsere grundsätzliche Einstellung fallen lassen, in Anbetracht der Not der Zeit und trotz aller schwierigen Verhältnisse in Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien für das niederösterreichische Volk, als deren Vertreter wir hier sitzen, weiterarbeiten, damit wir sagen können, der Niederösterreichische Landtag hat seine Pflicht getan. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*)

PRÄSIDENT: Der Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 ist somit verabschiedet.

Wenn der Herr Finanzreferent hier aus Anlaß des Abschlusses der Budgetberatung den wärmsten Dank ausgesprochen hat, so will ich mich als Präsident diesem Dank vollinhaltlich anschließen und ihn nur noch dahin ergänzen, daß ich den beiden Herren Präsidenten, die mich in der Führung der Geschäfte des Vorsitzenden unterstützt haben, sowie der Landtagskorrespondenz, dem Stenographenbüro und der Presse danke.

Ich ersuche nun den Herrn Berichterstatter Abg. Kuchner, die Verhandlung zur Zahl 261/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Es liegen vier Anträge des Finanzausschusses vor. Ich

habe zunächst über den Antrag des Abgeordneten Nimetz zu Kapitel I, Titel 3, des Ordentlichen Voranschlages, betreffend die Errichtung eines zentralen Beschaffungsamtes im Schoß der Landesverwaltung, zu berichten. Der Antrag des Finanzausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Zum Zwecke der rechtzeitigen, alle derzeit gegebenen Möglichkeiten ausschöpfenden und rentablen Beschaffung von Sachgütern, die zur Aufrechterhaltung eines klaglosen Dienstbetriebes notwendig sind, wird die Errichtung eines zentralen Beschaffungsamtes im Schoß der Landesverwaltung beschlossen.“

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich bitte den Herrn Referenten, zur Zahl 290/2 zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich habe über den Antrag des Abg. Dr. Steingötter zu Kapitel I, Titel 3, betreffend die Errichtung eines Amtes für Wiederaufbau im Rahmen der allgemeinen Landesverwaltung, zu berichten. Der Antrag des Finanzausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Zum Zwecke des Wiederaufbaues der landeseigenen Objekte und Anlagen sowie zur Förderung von Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr wird die Errichtung eines Amtes für Wiederaufbau im Rahmen der allgemeinen Landesverwaltung beschlossen.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die notwendigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.“

Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich bitte den Herrn Referenten, zur Zahl 290/3 zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich habe über den Antrag des Abg. Sigmund zu Kapitel I, Titel 3, des Ordentlichen Voranschlages, betreffend die Errichtung eines Amtes für Verwaltungsreorganisation, zu berichten. Der Antrag des Finanzausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Zum Zwecke der Durchführung einer gründlichen, den modernen Erfordernissen ent-

sprechenden Erneuerung der Verwaltungsarbeit wird im Rahmen der allgemeinen Verwaltung die Errichtung eines Amtes für Verwaltungsreorganisation beschlossen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich bitte den Herrn Referenten, zur Zahl 290/4 zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich habe über den Antrag des Abg. Götzl, betreffend Gewährung von Darlehen für Zwecke des Wiederaufbaues und Übernahme des Zinsendienstes, zu berichten. Der Antrag des Finanzausschusses lautet:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Das Land Niederösterreich übernimmt für Darlehen, die zum Zwecke des Wiederaufbaues kriegsbeschädigter Betriebe der gewerblichen Wirtschaft bis Ende des Jahres 1947 aufgenommen werden, im Rahmen des voranschlagsmäßigen Kredites den Zinsendienst.“

2. Zum Zwecke der Wiederinstandsetzung und Ausgestaltung kriegsgeschädigter Betriebe der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen der für das Jahr 1947 voranschlagsmäßig verfügbaren Mittel zinsenlose Darlehen bis zum Höchstbetrag von 10.000 S gewährt.“

Hiedurch erledigt sich der Antrag des Finanzausschusses, bzw. der Beschluß des Landtages vom 11. Dezember 1946, Zl. 198 Präs., mit dem eine Ausfallhaftung durch das Land für Kredite an Gewerbetreibende, Fremdenverkehrs- und Gaststättenbetriebe zum Zwecke der Instandsetzung, bzw. des Wiederaufbaues derselben übernommen werden sollte, da für eine Ausfallhaftung bereits ein Landtagsbeschluß vorliegt und außerdem von einer solchen Möglichkeit bisher erfahrungsmäßig fast kein Gebrauch gemacht wurde.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, den verlesenen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 16 Uhr 40 Min.)